Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 35 – 29. August 2009 — Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland — C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Verhaltene Blicke: Sind die drei Spitzenkandidaten an der Saar, Ministerpräsident Peter Müller (CDU, links), Heiko Maas (SPD, Bildmitte) und Oskar Lafontaine (Linke, rechts im Bild) von ihrem eigenen Wahlkampf gelangweilt? Bild: Becker & Bredel

Vor der Stromschnelle

Die drei Landtagswahlen am Sonntag könnten für etwas Bewegung sorgen

Noch immer hat der Bundestagwahlkampf erstaunlich wenig Schwung. Doch die drei Wahlen in Sachsen, Thüringen und im Saarland könnten für etwas Bewegung sorgen: Die SPD muss einmal mehr Farbe bekennen in Sachen „Linkspartei“.

Nur kurz brachten in den vergangenen Tagen die Debatten um die Opel-Rettung und eine Einladung ins Kanzleramt zum 60. Geburtstag des Bankers Josef Ackermann etwas Leben in den wohl langweiligsten Bundestagswahlkampf seit Bestehen der Republik.

Schon etwas grundsätzlicher war die überraschende Wendung, dass die seit Wochen andauernden Sticheleien der CSU gegen die FDP plötzlich von Guido Westerwelle erwidert wurden. Während kleinere Wahlkampfgeplänkel zwischen CSU und FDP in Deutschland Tradition haben und bisher meist der Profilbildung beider Beteiligter genutzt haben, machen die Schlagzeilen der letzten Tage vom Streit innerhalb des schwarz-gelben Lagers den Strategen von CDU, CSU und FDP gewiss keine Freude. Denn bürgerliche Wähler mögen keinen offenen Streit, schon gar nicht unter potenziellen Partnern. So gesehen könnte die zurückliegende Wahlkampfwoche eher der SPD genutzt haben. Doch die sitzt dermaßen tief im Umfragekeller und ist im Wahlkampf derartig demotiviert, dass weit mehr geschehen müsste, um ihrem immer verzwungener lächelnden Spitzenkandidaten Frank-Walter Steinmeier noch einmal Hoffnung einhauchen zu können.

> Viel kann die SPD von den drei Wahlen nicht erhoffen

Der Blick auf den politischen Kalender kann der SPD allerdings wenig Zuversicht geben. Am Sonntag wird in drei Bundesländern gewählt, in Sachsen, Thüringen und im Saarland. Der Wahltag vor der großen Wahl könnte wie eine Stromschnelle in einem langsam dahinfließenden Fluss für ein wenig Tempo und Bewegung im müden Wahlkampf sorgen.

Am klarsten liegen die Dinge in Sachsen. Die CDU mit Ministerpräsident Stanislaw Tillich steht bei 43 Prozent. Nach Lage der Dinge kann sie zwischen dem bisherigen Partner SPD und einer Koalition mit der FDP wählen. Da andere Mehrheiten in weiter Ferne sind, dürfte sie ihre Bedingungen weitgehend durchsetzen können – das ist nicht gerade das Holz, aus dem „rote Rettungsboote“ gezimmert werden.

Nicht viel besser die Lage in Thüringen. Hier steht die frühere SED seit Monaten stabil um mehrere Prozentpunkte vor der SPD. Bleibt es dabei, kann die SPD nurnoch wählen zwischen der Fortsetzung der Koalition unter Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) und der fatalen Rolle als Steigbügelhalter des ersten „knallroten“ Ministerpräsidenten.

Auch an der Saar dürfte mit Peter Müller ein CDU-Ministerpräsident sein Amt verteidigen, wenn auch geschwächt. Eine Restchance auf eine rot-rot-grüne Mehrheit bleibt ihr, doch es wäre fatal für die SPD, schnell nach diesem Strohhalm zu greifen. Denn im Bund, so ihre vielfache Beteuerung, würde sie das ja niemals tun. *Konrad Badenheuer*

WILHELM V. GOTTBERG:

Krise

Wir sind gut beraten, wenn wir noch nicht mit einem schnellen Ende der Wirtschafts- und Finanzkrise rechnen. Die labile Konjunktur wird durch die staatlich alimentierte Kurzarbeit gestützt. Die Abwrackprämie hat den Autokonzernen ein beachtliches Zwischenhoch in der derzeitigen Absatzkrise beschert. Was wird sein, wenn derartige Förderprogramme im Herbst auslaufen? Was wird nach der Wahl an neuen Erkenntnissen auf den Tisch kommen? Jahreszeitlich bedingt und durch Beendigung der Förderprogramme wird die Arbeitslosenzahl erheblich ansteigen. Das Negativwachstum der deutschen Wirtschaft im Jahr 2009 wird über fünf Prozent liegen.

Nach wie vor brechen in den USA Banken zusammen. Im Jahr 2009 waren es mehr als im gesamten Jahr 2008. Wer mag daran glauben, dass die Probleme bei der HSH-Nordbank und der Hypo Real Estate behoben sind? Wer mag ausschließen, dass noch andere bundesdeutsche Banken in extreme Schieflage kommen? Professor Kurt Biedenkopf, der frühere sächsische Ministerpräsident, ein weltweit anerkannter Ökonom, schrieb den Menschen ins Stammbuch: „Die Krise ist dann vorbei, wenn wir die Schulden bezahlt haben, die zu ihrer Bewältigung gemacht wurden. Dazu werden alle den Gürtel enger schnallen müssen.“

Wir werden lernen müssen, mit Krisen zu leben. Die Schuldenkrise, die Rentenkrise, die demographische Krise sind hausgemacht und werden uns über Jahrzehnte belasten. Hinzu kommen weltweite Krisen wie Rohstoffknappheit, Globalisierungsverlierer, Pandemien und der nicht friedlich verlaufende Konkurrenzkampf der Kulturen.

Ach wie gut, dass niemand weiß ...

Seit wann ist Breslau Ausland? – Politiker tippen auf 1945, vor 1959, 1970, 1972 oder 1992 – Andere nennen kein Datum oder gleich zwei

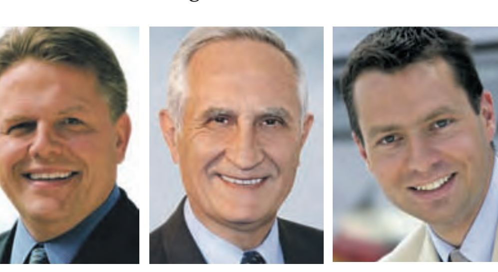
Ganz unterschiedliche Ansichten vertreten deutsche Politiker in der Frage, seit wann die Oder-Neiße-Gebiete nicht mehr zu Deutschland gehören. Das belegt die Umfrage dieser Zeitung „Seit wann ist *für Sie* Breslau Ausland?“, auf die nun weitere Bundestagsabgeordnete geantwortet haben. Das völkerrechtlich korrekte Datum „16. Januar 1992“ nannten Klaus-Peter Willsch (CDU) sowie Norbert Geis und Stephan Mayer (beide CSU). Bemerkenswerterweise hat bis heute kein Unionspolitiker ein anderes Datum genannt, wobei allerdings die meisten Antworten noch ausstehen.

Ganz anders das Bild bei den Grünen: Für die niedersächsische Abgeordnete Silke Stokar von Neuforn wurde Breslau bereits mit dem Schlusstag der Potsdamer Konferenz am 2. August 1945 polnisch, im selben Sinne antwortete Ekin Deligöz, deren Antwort womöglich für die Gesamtfraktion gelten soll, Zitat: „... sehen wir keinen Grund, der Stichtagsfestlegung auf den 2. August 1945 zu widersprechen“. Wolfgang Wieland, Sprecher der Grünen für Innere Sicherheit, kreuzte kurzerhand zwei Daten an, 2. August 1945 und 16. Januar 1992, das eine beziehe sich „auf die Tatsache als solche“, das andere „auf die juristische Absegnung“. Wieland ist Jurist und war 2001/2002 Justizsenator des Landes Berlin.

> Umweltminister Gabriel antwortete temperamentvoll

Deutlich weniger „sortiert“ gestalten sich die Antworten der FDP. In einem freundlichen Schreiben erläuterte Max Stadler, promovierter Jurist und bayerischer Landesvorsitzender der Liberalen, er gehe davon aus, „dass der Bundesinnenminister die mit der Empfehlung vom 19. März d.J. in Zusammenhang stehenden Fragen mit Ruhe und Besonnenheit klären wird“. Stadler zitierte die Auffassung eines Innen-Staatssekretärs, dass es sich „nicht um eine völkerrechtliche Frage“ handele, wenn nach dem 2. August 1945 in den Oder-Neiße-Gebieten Geborenen künftig ein Geburtsort in Polen oder Russland bescheinigt wird. „Man wird sehen, ob der Minister angesichts der zwischenzeitlich erhobenen Einwände an dieser Auffassung festhalten wird“, schließt Stadlers Brief, der weit mehr Distanz zu einem CDU-Innenminister erkennen lässt als die Antworten der Grünen. Allerdings: Ein konkretes Datum, wann denn für ihn selbst Breslau im Ausland liegt, wollte der FDP-Politiker nicht nennen.

Zwei seiner Fraktionskollegen taten es: Konrad Schily nannte den 2. August 1945, Christoph Waitz hingegen den 3. Juni 1972, also den Tag, an dem der Warschauer Vertrag von 1970 in Kraft trat.



Klare Frage, klare Antwort: Klaus-Peter Willsch (CDU), Norbert Geis und Stephan Mayer (beide CSU) nannten das Jahr 1992.

Das Datum 7. Juni 1970, also den Tag, an dem Willy Brandt und Walter Scheel den deutscherseits von Egon Bahr ausgehandelten Warschauer Vertrag unterzeichneten, nannte der hessische SPD-Bundestagsabgeordnete Gerd Höfer. Die bislang persönlichste Antwort auf die Umfrage der *Preußischen Allgemeinen* stammt aus der Feder von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, ebenfalls SPD. „In wenigen Wochen vollende ich mein 50. Lebensjahr und ich kann Ihnen versichern, dass Breslau in all diesen Jahren immer in Polen gelegen hat. Ich hab es jedenfalls nie anders kennengelernt.“ Nach Lage der Dinge läuft dies auf eines der drei Daten 8. Mai 1945, 2. August 1945 oder 6. Juli 1950 (Görlitzer Abkommen zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen) hinaus, aber so genau wollte sich der meinungsfreudige SPD-Politiker dann auch wieder nicht festlegen. *K.B.*

MELDUNGEN

EU findet die Homo-Ehe toll

Brüssel – Einen Beweis ihrer Macht hat vor wenigen Tagen erneut die Homosexuellen-Lobby erbracht. Nicht nur ist es ihr gelungen, das vor 20 Jahren noch kaum bekannte Projekt der „Homo-Ehe“ fast europaweit zu etablieren. Vielmehr hat diese Interessengruppe es sogar geschafft, in Brüssel die Homo-Ehe geradezu als Ausdruck europäischer Gesinnung und Werteorientierung durchzusetzen. Jedenfalls verblüffte vor wenigen Tagen der albanische Premier Sali Berisha mit der Ankündigung, auch in seinem Land die Homo-Ehe einführen zu wollen, um Albanien an die EU heranzuführen. Dies setzt eine positive Bewertung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften oder gar Ehen in Brüssel voraus. *K. B.*

Gefahr für Helfer steigt

Bonn/Friedrichsdorf – Immer mehr Hilfskräfte kommen bei Kriseneinsätzen ums Leben. Das berichtet die Uno-Flüchtlingshilfe. Demnach gab es im vorigen Jahr mindestens 260 Angriffe auf Mitarbeiter von Hilfsorganisationen. 122 wurden getötet und 62 entführt. Die anderen erlitten schwere Verletzungen. Wie es hieß, habe sich die Zahl der getöteten Helfer und der Entführungen seit 1998 mehr als verdreifacht. Damals zählte die UN 36 Todes- und 18 Entführungsopfer. Wie das christlich-humanitäre Hilfswerk World Vision Deutschland mitteilte, nehmen Helfer hohe persönliche Risiken in Kauf. Aktuelle Beispiele seien die Lage im Nordkaukasus und in Afghanistan. So habe ein Anschlag auf eine Polizeistation in Nasran (Inguschetien) am 17. August nur knapp das Büro von World Vision verfehlt. Bei dem Anschlag kamen mindestens 20 Menschen ums Leben; mehr als 160 wurden verletzt. World Vision habe sofort Hilfsmaßnahmen eingeleitet. *idea*

Warme Worte von Kanzlerin und Papst

Zentrale Kundgebung zum Tag der Heimat – Vertriebene mit mehr als moderaten Anliegen

Harmonisch und ohne Überraschungen verlief die zentrale Kundgebung in Berlin zum Tag der Heimat 2009. Bundeskanzlerin Angela Merkel sicherte den Vertriebenen ihre Solidarität zu. Die Stiftung für das vom BdV angestrebte Vertriebenenzentrum sei errichtet, nun gelte es, das Zentrum in der nächsten Wahlperiode „zügig zu errichten“.

Unter dem Leitwort „Wahrheit und Gerechtigkeit – Ein starkes Europa!“ beging der Bund der Vertriebenen im Internationalen Kongresszentrum (ICC) in Berlin die zentrale Kundgebung zum Tag der Heimat. Vor rund 600 geladenen Gästen sprachen BdV-Präsidentin Erika Steinbach und Bundeskanzlerin Angela Merkel. Für seine Verdienste um das Verhältnis zwischen den Vertriebenen und der SPD wurde der frühere Innenminister Otto Schily mit der Ehrenplakette des BdV ausgezeichnet, einer der höchsten Ehrungen, die die deutschen Vertriebenen zu vergeben haben.

Den Auftakt der musikalisch ausdrucksvoll umrahmten Kundgebung bildete ein knapp siebenminütiger Ausschnitt aus dem Film „Die große Flucht“ von Ekkehard Kuhn. Sehr authentisch und ohne jede Beschönigung wurden die Schrecken von Flucht und Vertreibung in Erinnerung gerufen.

„Halbe Sachen und halbe Wahrheiten, verborgen gehaltene oder gar mehrere zugleich befolgte Wahrheiten können uns wohl zum ‚Überleben‘, aber nicht zum Leben helfen, sie machen uns nicht wirklich frei“, erinnerte der evangelische Kirchenpräsident i. R. Helge Klassohn in seinem Geistlichen Wort über Johannes 8 („Die Wahrheit wird Euch frei machen.“). Einmal mehr ist es dem Bund der Vertriebenen gelungen, sogar ein schriftliches Grußwort des Papstes für den Tag der Heimat zu bekommen.

BdV-Präsidentin Erika Steinbach rief in ihrer Rede einmal mehr das gemeinsame Grußtelegramm von Willy Brandt, Herbert Wehner und Erich Ollenhauer zum Deutschlandtreffen der Schlesier des Jahres 1963 in Erinnerung, in dem diese überdeutlich erklärt hatten „Verzicht ist Verrat, wer wollte das bestreiten. Das Recht auf die Heimat kann man nicht verhökern …“, und erklärte – gewiss auch in Richtung des anwesenden früheren Bundesinnenministers Schily (SPD): „Solche Aussagen muss man kennen, um manches an Reaktionen Vertriebener in späteren Jahren nachvollziehen zu können.“ Gemeint war damit natürlich die heftige Kritik des BdV und der Landsmannschaften an der Ostpolitik Willy Brandts in den frühen siebziger Jahren, bei der sie Brandt wiederholt mit seinen eigenen Worten konfrontierten.

Hohe Ehrung für bescheidene Verdienste Schilys

Von dieser heftigen Tonlage war allerdings das Treffen am vergangenen Sonnabend meilenweit entfernt. Die Anliegen des BdV sind mehr als moderat geworden: Frau Steinbach beharrt auf dem Recht ihres Verbandes, alle drei (von 13!) ihm zugewiesenen Sitze im Rat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ autonom besetzen zu dürfen, kleinere Forderungen betreffen eine völkerrechtlich korrekte Nennung der Geburtsländer von Vertriebenen in deutschen Melderegistern, die Kulturarbeit oder den Ausssiedlerzuzug.

Traditionsreiche Anliegen des BdV wie das Recht auf die Heimat, Autonomierechte für die noch oder wieder in den angestammten ost- und sudetendeutschen Gebieten lebenden Deutschen, die Strafverfolgung noch lebender Vertreibungsverbrecher oder eine Klärung der rechtlich unverändert offenen Eigentumsfragen (mit welchem Ergebnis auch immer) haben zumindest an diesem Tag keine Rolle gespielt.

Wie klein die Brötchen geworden sind, die der Bund der Vertriebenen heute noch bäckt, wurde bei der Verleihung der Ehrenplakette des BdV an den Altlinken Otto Schily deutlich. Steinbach lobte das gute Gesprächsklima, das zwischen Schily und dem BdV entstanden sei, auch befürworte Schily das geplante Dokumentationszentrum über Vertreibungen in Berlin und habe sich schon einmal selbstkritisch über den lieblosen Umgang der Linken mit den Vertriebenen geäußert. Das reicht heute für einen hohen Orden aus der Hand der höchsten Vertreterin der einst über 14 Millionen Ost- und Sudetendeutschen. Auch die Dankrede Schilys ließ keine weiteren Leistungen des Geehrten für die Vertriebenen erkennen, allerdings lobte der frühere RAF-Anwalt und nachmalige Grüne nicht nur seinen verstorbenen SPD-Parteifreund Peter Glotz, sondern auch den großen Sozialdemokraten Wenzel Jaksch.

Die Rede von Bundeskanzlerin Merkel war einmal mehr ein Musterbeispiel von vielleicht ehrlicher Wärme und Freundlichkeit, die aber weitestgehend ohne Zusagen in der Sache auskommt. In der nächsten Legislaturperiode sollten das vielfach beschlossene Vertriebenenzentrum in Berlin realisiert und Rückstände bei der Anerkennung der Bildungsabschlüsse russlanddeutscher Aussiedler aufgearbeitet werden – das waren die beiden konkretesten Punkte. Dies kann ohne Kritik gesagt werden, denn in der in Mitteleuropa unverändert politisierten Causa der deutschen Vertriebenen ist die Anwesenheit der Regierungschefin für sich genommen eine Botschaft und ein Zeichen der Solidarität. Die Anwesenden jedenfalls haben die Rede der Kanzlerin mit warmen Applaus aufgenommen. *K. Badenheuer*



Die Kanzlerin gibt den Vertriebenen die Ehre: Hier begrüßt sie den Innenminister von Baden-Württemberg, Heribert Rech. Ganz rechts am Bildrand LO-Sprecher v. Gottberg, links im Bild BdV-Präsidentin Steinbach. Bild: action press

Mehr als nur veraltet

Kamen wirklich 31 Millionen Sowjetbürger und Polen ums Leben?

Vor wenigen Tagen berichtete in dieser Zeitung Hans-Joachim v. Leesen über die an den Deutschen in Polen bei Kriegsausbruch 1939 verübten Grausamkeiten, bei denen etwa 5800 Zivilisten den Tod fanden. Dabei äußerte der *PAZ*-Autor die Erwartung, dass solche Tatsachen in der absehbaren Flut an Veröffentlichungen zum 70. Jahrestag des Kriegsausbruches wohl kaum erwähnt werden würden.

Der „Spiegel“-Titel von dieser Woche zeigt, wie berechtigt diese Sorge war. Kein Wort von der massiven Diskriminierung der 1919 noch über zwei Millionen Deutschen in der Republik Polen, von denen in wenigen Jahren über eine Million aus ihrer Heimat herausgeekelt wurden. Die teilweise blutigen Übergriffe auf die Polendeutschen schon ab Anfang 1939 bleiben ebenso unerwähnt wie die als „Bromberger Blutsonntag“ bekannten Massaker in Anfang September 1939. Besonders ärgerlich

Der »Spiegel« nennt falsche Zahlen

sind die massiv überhöhten Verlustzahlen für mehrere Länder, die der „Spiegel“ einmal mehr verbreitet. Eine Gesamtopferzahl von „60 Millionen“ Toten des Zweiten Weltkrieges stimmt eben selbst dann nicht, wenn man den asiatischen Kriegsschauplatz mitrechnet, auf dessen Kämpfe Berlin kaum Einfluss hatte.

Ganz falsch sind die Angaben von „sechs Millionen“ getöteten Polen (die *PAZ* berichtete) und sogar „25 Millionen“ getöteten Sowjetbürgern. Schon 1991, vor nunmehr 18 Jahren, gab Moskau quasioffiziell bekannt, dass an allen Fronten und in Gefangenschaft knapp 8,7 Millionen Rotarmisten ums Leben gekommen waren. Selbst sehr hohe Schätzungen der Zahl der getöteten Zivilisten führen daher nicht (mehr) zu 25 Millionen toten Sowjetbürgern. Merkwürdigerweise nennt der „Spiegel“ mit „sieben Millionen“ auch für die Deutschen eine überhöhte Zahl, die Gesamtzahl sechs Millionen kommt der Wahrheit näher. *K. B.*

Titel

Tote im Zweiten Weltkrieg in Prozent der jeweiligen Bevölkerung 1939*

Polen	6 Mio.	17,2
Sowjetunion	25 Mio.	14,2
Jugoslawien	1,7 Mio.	11,0
Deutschland	7 Mio.	8,8

Nur überholt oder bewusst falsch? Diese Zahlen hat der „Spiegel“ aktuell veröffentlicht. Bild: Spiegel

Deutsche Namen

»Welt«-Chef: Wir schreiben Karlsbad!

Seit mehreren Jahren streitet eine Gruppe engagierter Sudetendeutscher dafür, dass Behörden, Sender und Verlage Städte, Gewässer und Landschaften in den Vertreibungsgebieten zumindest zweisprachig auch mit ihren deutschen Namen bezeichnen. Treibende Kraft dieser „Aktion deutsche Ortsnamen“, für die viele Prominente und Politiker, darunter auch Bundeskanzlerin Merkel Sympathien bekundet haben, sind Hans Slezak und Andreas Schmalcz von der Führung der SL Oberbayern.

Erfolg der »Aktion deutsche Ortsnamen«

Nun können sie einen Erfolg verbuchen. Anlässlich der Berichterstattung der „Welt“ über Unwetter in Böhmen und über das Filmfestival in Karlsbad („Karlovy Vary“) wandte sich Schmalcz mit einem freundlichen Schreiben an die Verlegerin Friede Springer in Berlin. Die leitete das Verlangen an „Welt“-Chefre-dakteur Thomas Schmid weiter, der umgehend reagierte: „Ihre Kritik ist berechtigt und ich hoffe sehr, dass wir künftig keinen Anlass mehr dazu bieten werden. Damit es nicht bei einer Hoffnung bleibt, haben wir die Redaktion bereits kurz nach Erhalt Ihres Schreibens mit einer Rundmail sensibilisiert.“ Schmid gab dann sogar Auszüge aus dieser Mail bekannt, in der er unter anderem argumentiert, die Verwendung des Namens Karlsbad sei völlig berechtigt („Wir schreiben schließlich auch nicht ‚Milano‘“).

Schmid, der übrigens als Mitgründer der Gruppe „Revolutionärer Kampf“ mit Daniel Kohn-Bendit und Joschka Fischer zu den exponiertesten Kämpfern der 68-er Bewegung gehörte und noch in den achtziger Jahren für die linke „taz“ schrieb, bittet dann aber auch um Verständnis, dass sich die Verwendung der nichtdeutschen Namen nicht immer vermeiden lasse. Das sei dann „nicht politisch oder ideologisch begründet. Es liegt vielmehr daran, dass im nachrichtlichen Tagesgeschäft oft auf Agenturmaterial zugegriffen wird.“ Soweit in diesen Agenturberichten die nichtdeutschen Namen verwendet werden, könne es vorkommen, dass auch die „Welt“ diese dann abdrucke. *PAZ*

Die Schulden-Uhr: Kröte geschluckt

Der Bund macht Rekordschulden. Eine Möglichkeit, an das benötigte Geld zu kommen, ist, es bei Privatanlegern einzuwerben. 2008 tat dies für den Bund die Schildkröte Günther Schild. Frech pries die Kröte Bundeswertpapiere, speziell die Tagesanleihe, an. Doch diese Anleihe, die vor zwölf Monaten noch 3,4 Prozent abwarf, bringt jetzt nur noch 0,19 Prozent Zinsen. Selbst die „bösen“ Banken zahlen für Tagesgeld im Durchschnitt 0,5 Prozent. Finanzzeitschriften lästern schon, dass sich das eingesetzte Kapital bei der jetzigen Verzinsung in 365 Jahren verdoppeln würde. Doch das sei selbst für Günther Schild zu lang. *Bel*



1.605.642.959.522 €

Vorwoche: 1.603.004.879.575 €
Verschuldung pro Kopf: 19 567 €
Vorwoche: 19 535 €

(Dienstag, 25. August 2009, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Brüssel lässt unsere Flusswehre einreißen

Von Harald Fourier

Die Auswirkungen einer etwas älteren EU-Richtlinie werden jetzt sichtbar. In deutschen Kommunen müssen zahllose Wasserwehre abgerissen werden. In Sachsen fielen bereits 20 Stück.

Ein Wasserwehr ist ein Überlaufbecken. Seit Jahrtausenden bauen Menschen solche Wehre (auch Schlacht, Schlagd, Stauwehr oder Stauwerk genannt), etwa, um ein flaches Gewässer schiffbar zu machen oder um eine Mühle zu betreiben. EU-Bürokraten sind nun zu der Auffassung gelangt, Gewässer in ihrem Herrschaftsbereich müssten „durchgängig“ und „barrierefrei“ sein, damit die Fische überall hinschwimmen können.

Eine so genannte EG-Wasserrahmenrichtlinie macht's möglich: Den Wehren droht ihretwegen der Abriss. Das ist schlecht für die Betreiber von Wasserwerken, von denen es in Sachsen allein 310 gibt. Sie produzieren so viel Strom, dass alle Haushalte in Chemnitz damit versorgt werden könnten – und zwar mit dem völlig sauberen Strom, den sich die Kohlendioxid-Gegner immer wünschen. Doch ohne Wehr funktioniert keine einziges von ihnen. Es gibt noch die Alternative, Fischaufstiegsrampen zu bauen. Aber so etwas kostet natürlich Geld. Zehn Millionen Euro musste der Freistaat Sachsen dafür schon ausgeben.

Auch in Berlin und Brandenburg beschäftigen sich viele Beamte mit der Umsetzung der haarsträubenden Richtlinie. So hat der Berliner Senat vor einigen Wochen einen 34-seitigen „Ergänzenden Länderbericht“ herausgegeben, in dem über „gesellschaftlich-soziale Anforderungen“ und eine „kontinuierliche Gestaltung des Partizipationsprozesses“ philosophiert wird. Mit anderen Worten: Hier läuft die deutsche Bürokratie zur Höchstform auf.

Das ganze Projekt „Europäische Wasserrahmenrichtlinie“ hört sich nach einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für unterbeschäftigte Behördenmitarbeiter an. Halten wir mal fest: Die deutschen Gewässer sind im Großen und Ganzen sauber, auch in der Hauptstadt. Während der großen Ferien konnten die Kinder Tag für Tag in fast alle Berliner Seen springen. Außerdem können wir den Wasserhahn aufdrehen und bedenkenlos trinken. Das können viele Südeuropäer nicht.

Mit welchem Recht also mischt sich die EU in solche Angelegenheiten der Einzelstaaten ein? Was geht der Flusslauf der Panke Brüsseler Bürokraten an? Ganz nebenbei verringern sie damit die Energiegewinnung aus Wasserkraft, die eigentlich ein erklärtes Ziel der Klimawandel-Gläubigen ist. Es scheint, dass bei der EU die Rechte nicht weiß, was die Linke tut. Sie will es wohl auch nicht wissen.

Wenn alle schweigen

Lauer Landtagswahlkampf in Brandenburg: Größter Politskandal wird nicht angesprochen



Ihre Stasi-Vergangenheit stört die Linkswähler nicht mehr: Die brandenburgische Spitzenkandidatin der Linkspartei, Kerstin Kaiser, posierte Mitte August in Berlin mit ihren Kollegen aus Sachsen, Andre Hahn (r.), und Thüringen, Bodo Ramelow (l.), bei einem gemeinsamen Auftritt mit Linke-Bundeschef Lothar Bisky (2. v. r.).

Bild: ddp

Niemand redet vor der Landtagswahl am 27. September vom Potsdamer Enteignungsskandal. Dafür wurde die Linkspartei zum gleichberechtigten Partner erhoben. Nun kann sich Matthias Platzeck (SPD) seinen Partner aussuchen.

Was für den Wahlkampf zur Bundestagswahl gilt, gilt in Brandenburg erst recht, wo wie in Schleswig-Holstein am 27. September auch ein neuer Landtag gewählt wird: Es fehlt der Schwung. Es gibt kein Thema, keine Konfrontation, und es ist nicht mit großen Überraschungen zu rechnen.

Das müsste nicht so sein. Ein großes Thema liegt auf der Hand. In Brandenburg hat sich der größte politische Skandal in den neuen Bundesländern seit der deutschen Vereinigung abgespielt. Aber die Bodenreform-Affäre (*PAZ* berichtete) spielt im Wahlkampf keine Rolle. Es herrscht ein Kartell des Schweigens, das alle drei Volksparteien, zu denen hier auch die Linke gezählt wird, errichtet haben.

Beobachter vermuten einen Kuhhandel: Die Linkspartei verzichtet darauf, die tausendfache Enteignung von Brandenburgern durch das Bundesland vor zehn Jahren propagandistisch auszuschlachten. Im Gegenzug wird sie in den Rang eines gleichberechtigten Partners erhoben. Übereinstimmend erklärten CDU, SPD und Linke im Untersuchungsausschuss des Landtages, dass ein Behördenfehler vorgelegen habe, für den nun niemand mehr zur Rechenschaft zu ziehen sei. Klappe zu, Affe tot. Seitdem hat niemand mehr etwas von der Bodenreformaffäre gehört.

Und so sieht es danach aus, dass Matthias Platzeck die SPD auch bei dieser Landtagswahl zum Sieg führen wird. Die SPD setzt auf seine Popularität und verzichtet darauf, seinen Namen auf Wahlplakate zu drucken. Unter seinem Konterfei steht einfach nur: „Der Brandenburger“. Zwei Millionen Euro, mehr als jede andere Partei, wollen die Genossen in der heißen Wahlkampfphase ausgeben. Umfragen prognostizieren für die SPD jetzt, beim Start der heißen Wahlkampfphase, ein Ergebnis von 34 Prozent.

> Die CDU wird ihr 19-Prozent-Ergebnis von 2004 wohl verbessern, aber vermutlich wieder nur drittstärkste Kraft nach SPD und Linker werden

Die Linke liegt mit 27 Prozent deutlich dahinter, nachdem sie es vor fünf Jahren fast geschafft hätte, die SPD mit einem Anti-Hartz-IV-Wahlkampf zu übertrumpfen. Trotzdem ist die Partei traditionell stark. Dass eine frühere Inoffizielle Mitarbeiterin der Stasi jetzt als Spitzenkandidatin fungiert, scheint potentielle Links-Wähler nicht zu stören.

Die 49-jährige Diplomslawistin Kerstin Kaiser hat vor 30 Jahren im damaligen Leningrad studiert und dort Kommilitonen ausgespitzelt. Laut der Internet-Enzyklopädie Wikipedia zum Beispiel wegen des Tragens von Jeanshosen oder wegen des verbotenen Hörens westlicher Radiosender. Später machte sie Karriere in der SED-Parteischule, die sie nach 1990 bei der PDS fortsetzte. In der Person der linken Spitzenkandidatin verdichtet sich der nahtlose Übergang der früheren Staatspartei in die spätere PDS und jetzige Linkspartei.

Johanna Wanka (CDU) dagegen hat es schwerer. Die Wissenschaftsministerin der Potsdamer Großen Koalition hat etwas mit dem SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier gemeinsam: Sie mag es nicht, auf miese Umfrageergebnisse angesprochen zu werden. Ihre Partei liegt zwar einige Prozentpunkte über dem katastrophalen 19-Prozent-Ergebnis von 2004. Aber gegen den Bundestrend wird die Union wohl wieder nur drittstärkste Kraft im Land. Der Abgang von Jörg Schönbohm, der nach der Wahl für kein Amt mehr zur Verfügung steht, dürfte die Wahlaussichten der Partei nicht eben erhöhen.

Die SPD ist in einer hervorragenden Situation. Es gibt drei mehr oder minder große Parteien im Land, die es unter sich ausmachen, wer am Ende regiert – und die beiden anderen Parteien (CDU und Linke) können nicht miteinander. Also stellt die SPD den Ministerpräsidenten.

Die kleineren Parteien haben wenig zu sagen. Grüne und FDP könnten wieder in den Landtag einziehen, aber sicher ist das nicht. Selbst wenn der Einzug gelingen sollte, werden sie kaum als Mehrheitsbeschaffer gebraucht. Ohnehin backen sie in Brandenburg eher kleine Brötchen.

So feiert die FDP auf ihrer Internetseite tatsächlich die Neuwerbung von zwei Mitgliedern in Bad Saarow, wo sie ein Sommerfest veranstaltet hat, als großen Erfolg. Und die Grünen protzen damit, dass es ihnen gelungen sei, in elf Tagen sage und schreibe 1111 Euro an Spenden eingenommen zu haben. Beides, der FDP-Zuwachs und die Grünen-Spendeneinnahmen, ist nicht eben vielversprechend in einem Bundesland mit 2,5 Millionen Einwohnern.

Der DVU schließlich droht in ihrer letzten Hochburg ein Desaster. Und das trotz guter Voraussetzungen: Seit zehn Jahren ist die Partei im Landtag vertreten, wo sie nicht durch Skandale oder szenetypische Abspaltungen aufgefallen ist. Auch das Wählerpotential für so eine Partei ist nach wie vor vorhanden.

Es wird ihr aber nicht mehr zugute kommen, weil die DVU jetzt Konkurrenz von der NPD bekommt, die über machthungriges Personal vor Ort verfügt. Das frühere Bündnis zwischen den beiden Rechtsaußen-Formationen ist zerbrochen, jetzt kandidieren beide Parteien gegeneinander. Denkbar, dass beide am Ende mit weniger als fünf Prozent der Stimmen dastehen.

Markus Schleusener

Berlin umjubelt den Kaiser

Geschichtsfestival »Historiale« versetzt die Hauptstadt für Tage in die Vergangenheit

Es ist allgemeine Auffassung, dass die Geschichte ein unumkehrbarer, linear verlaufender Prozess sei. Doch gibt es immer wieder Momente, die daran zweifeln lassen – und sei es nur mittels der Fiktion. In beeindruckender Weise zeigt sich das einmal jährlich in Berlin. Anlass hierfür ist die „Historiale“, die – ausgerichtet seit 2006 – als das größte Geschichtsfestival Europas gilt.

In diesem Jahr geht sie über fünf Tage bis zum morgigen Sonntag und ist der Kaiserzeit von 1871 bis 1918 gewidmet. So verwandelten sich die Straßenzüge zwischen Brandenburger Tor und Nikolaiviertel in Flaniermeilen des 19. Jahrhunderts. Zum Höhepunkt fahren gleich alle drei Kaiser (Wilhelm I. und II., Friedrich III.) mit ihren Gattinnen in prunkvollen Kutschen durch das Brandenburger Tor, begleitet von Hofstaat und Husareneskorte. In einer farbenprächtigen Parade geht es zur historischen Wiege Berlins, dem Nikolaiviertel. Hier haben die Macher einen Historischen Markt aufgebaut, an dem sich über 40 Stände von Handwerkern und Museen beteiligten sowie 300 Geschichtsdarsteller, Tänzer und Musiker.

Das Festival fällt auf in einer Zeit, in der der Blick zurück meist auf die vergangenen 80 Jahre verkürzt wird. Dass die heutige Generation mehr wünscht, belegt das Publikumsinteresse. Waren im ersten Jahr unter dem Motto „Napoleon in Berlin“ 30 000 Gäste gekommen, belief sich ihre Zahl 2007, als es um „Die preußischen Reformen von 1807-1813“ ging, schon auf 50 000. Vergangenes Jahr, zu „160 Jahre Märzrevolution – Europas Jugend nach Berlin“ kamen dann 70 000 Besucher. Dieses Jahr nun sind 100 000 angepeilt.

> Die Veranstalter rechnen mit 100 000 Besuchern

Zu den zahllosen Angeboten des Historiale-Festivals gehören neben Filmvorführungen („Der Untertan“, „Majestät brauchen Sonne“) auch Stadt- und Museumsführungen, die den Besuchern die Kaiserzeit nahebringen. Kunsthistoriker und Stadtführer seien dabei „ständige Ansprechpartner“, versichert Historiale-Chef Wieland Giebel von der Buchhandlung „Berlin Story“. Erstmals wurde auch ein Kongress zum diesjährigen Motto ausgerichtet, an dem sich Museumsleiter, Hochschulprofessoren, Historiker und Publizisten beteiligen. Zu den Fragen, die hier erörtert wurden, gehört neben der „Arbeiterbewegung im Deutschen Reich“ und den „Frauenbewegungen der Kaiserzeit“ auch Bismarcks Diplomatie und die Streiche von Kaiser Wilhelm II. während seiner Primanerzeit.

Was bedeutet dieses Spektakel nun für die Gegenwart? Da die Geschichte offen ist, kann an dieser Stelle als mögliche Antwort getrost Philip Prinz von Preußen zitiert werden, ein Ururenkel des letzten deutschen Kaisers. Anlässlich einer Festveranstaltung zum 300. Todestag der Preußen-Königin Sophie Charlotte äußerte der aus der Erbfolge gefallene Hohenzollernspross als „Königliche Hoheit“ sinngemäß, dass die Idee, den Kaiser Wilhelm wiederhaben zu wollen, wohl einer tief verwurzelten Bedürfnis entspräche. Nicht umsonst würde die Nachricht von der Vermählung Prinz Charles' in den öffentlich-rechtlichen Nachrichten als erste Meldung gebracht, während ähnliche Verlautbarungen von deutschen Politikern allenfalls am Ende der Sendung Erwähnung fänden.

Peter Westphal

Baubeginn 2010

Potsdams Stadtschloss in vier Jahren fertig

Schon im nächsten Frühjahr soll der Wiederaufbau des Potsdamer Stadtschlosses beginnen, in dem ab 2013 der brandenburgische Landtag seinen Sitz haben soll. Aus der Politik hatte es erheblichen Widerstand gegen die Rekonstruktion gegeben, doch Bürgerwille und zahlreiche private Initiativen setzten sich schließlich durch.

> Heftige Kritik an neuem Grundriss

Am Ende gab der Unternehmer Hasso Plattner den Ausschlag, der 20 Millionen Euro bereitstellte unter der Bedingung, dass die Außenfassaden des Barockbaus als originalgetreue Kopie des Knobelsdorffschen Entwurfs aus der frühen Regierungszeit Friedrichs des Großen wiedererstehen.

Dennoch hat sich die Landesregierung aus SPD und CDU gerade von den Schlossbefürwortern nun abermals erhebliche Kritik eingehandelt. Denn um jetzt schon Platz zu schaffen für den dereinst entstehenden Landtag eines fusionierten Landes aus Berlin und Brandenburg, wird der Bau erheblich größer und breiter werden als das Original. Dies geht auf Kosten des Innenhofes, der zum Hauptbau hin zehn bis 20, zu den Seitenflügeln je vier Meter verlieren soll. Zum anderen soll offenbar auch die Seitenflügel des bereits wiedererrichteten Fortuna-Portals „verdickt“ werden.

Dagegen regt sich auch deshalb Widerstand, weil bis auf das historische Treppenhaus (das originalgetreu rekonstruiert werden soll) keiner der Räume seine alten Ausmaße mehr erhalten wird. Daher wäre auch eine spätere Rekonstruktion der Räume im Sinne des Wortes verbaut. Die Kritiker sprechen von einer „geschichtslosen Gebäudehülle“. *Hans Heckel*

Zeitzeugen



Georg Funke – Schon in den ersten Monaten des Jahres 2008 riefen die ersten „Funke muss weg“. Und im Oktober 2008 legte der damalige Chef der Hypo Real Estate dann endlich sein Vorstandsmandat nieder. Dass der Banker, der 2006 3,1 Millionen Euro verdient hat, selbst den Überblick über die intransparenten Geschäfte und Risiken seines Unternehmens verloren hat, scheint offensichtlich.

Gerhard Bruckermann – Er war Chef der Depfa-Bank bis die HRE diesen in Irland ansässigen Staatsfinanzierer übernahm. Schon damals war das riskante Geschäftsmodel der Depfa in Schwierigkeiten, doch Bruckermann verließ das sinkende Schiff mit gut 100 Millionen Gewinn für sich. Sein jetziger Aufenthaltsort ist nicht bekannt.



Jörg Asmussen – Gehört wie Weidmann dem vierköpfigen Lenkungsausschuss des Bankenrettungsfonds Soffin an. Der 42-jährige Staatssekretär im Bundesfinanzministerium ist aus Bonner Studententagen mit Weidmann bekannt, einer ihrer Lehrer war Professor Axel Weber, der später auf die Empfehlung seines früheren Studenten Asmussen zum Bundesbankpräsidenten avancierte. Ausmussen muss von den vier „Soffin-Lenkern“ am meisten Kritik hinnehmen, denn er hatte vor der großen Krise der Liberalisierung der Finanzmärkte das Wort geredet– eher ungewöhnlich für einen Sozialdemokraten.

Jens Weidmann – Der Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Finanzpolitik im Bundeskanzleramt hat zusammen mit Asmussen studiert. Sein Job bei der Kanzlerin erhielt er auf dessen Empfehlung.



Walther Otremba – Das 58-jährige CDU-Mitglied ist seit 2006 beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und gehört dem Lenkungsausschuss an.

Lutz Diwell – Der Justiz-Staatssekretär gilt – nicht nur wegen seiner Haarfarbe – ein bisschen als die „graue Maus“ in dem Vierergremium, das weitgehend ohne Kontrolle über weit größere Mittel entscheidet als alle 611 Bundestagsabgeordneten zusammen. Diwell ist der einzige Jurist in dem diskreten Gremium.

Viele Fragen bleiben

Die Untersuchung zur Krise der Hypo Real Estate (HRE) brachte wenig Klarheit

Die Rettung der Krisenbank HRE kostet den Steuerzahler insgesamt über 100 Milliarden Euro – und ein Ende ist nicht absehbar. Ein Untersuchungsausschuss sollte mehr Licht in den beispiellosen Vorgang bringen. Offenbar hängen auch Politiker von FDP und Grünen in der Bankenkrise drin, sie waren deswegen nur bedingt als Aufklärer geeignet.

Vier Monate lang waren in 22 Sitzungen Dutzende Banker, Prüfer, Aufseher und Politiker befragt worden. Vor allem von Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) hatte sich die Opposition Wahlkampffutter erhofft, doch das Finale des Untersuchungsausschusses mit dem Zeugen Steinbrück vor wenigen Tagen brachte keine Sensationen. Der oft aufbrausende Steinbrück hatte sich voll in der Gewalt und antwortete sehr überlegt.

Individuell Schuldige, die man an den Pranger hätte stellen können, waren für FDP und Grüne nicht auszumachen, obwohl der Ruf hiernach, angesichts staatlicher Bürgschaften in Höhe von bisher 102 Milliarden Euro allein für die HRE, besonders laut war. Doch weder Peer Steinbrück oder seinem Staatssekretär Jörg Asmussen noch Bankern und Prüfern konnte der Untersuchungsausschuss ein eindeutiges Versagen nachweisen.

„Auf Lehman war niemand vorbereitet, auch ich nicht“, erklärte Steinbrück. Auch beteuerte er, dass die Politik nicht vorher hätte eingreifen können, da das HRE-Debakel nach damaligem Wissensstand undenkbar gewesen sei. Hier kritisierte er den Chef der Bankenaufsicht (BaFin), Jochen Sanio, der die HRE zuvor vor dem Ausschuss als „Saustall“ bezeichnet hatte. Dies täte Sanio auch nur in der Rückschau, so der Minister spitz. Das Pikante daran: Die BaFin untersteht ihrerseits der Aufsicht von Steinbrücks Ministerium.

Hätte Sanio dies bereits 2008 so gesehen, hätte er das Finanzministerium informieren müssen, was er jedoch nicht getan habe, so Steinbrück. Zwar hätten einzelnen Fachabteilungen seines Hauses Berichte der BaFin über die HRE vorgelegen, doch in denen habe sie die Lage der Bank nur als „angespannt, aber beherrschbar“ beschrieben, so die Analyse von Steinbrücks Staatssekretär Asmussen, der die Berichte jedoch auch erst nach dem Debakel gelesen hat.

Bankenaufsicht hatte zu wenig Eingriffsmöglichkeiten

Die Warnung der BaFin war also nicht laut genug. Viel mehr hätte sie allerdings auch nach dem bis jetzt geltenden Recht nicht tun können. Den Vorstand abberufen kann sie nicht, zudem kannte sie auch nicht das gesamte Geschäft der Bank, da die HRE-Tochter Depfa, die mit ihrem riskanten Kreditgeschäft erst die Bank an den Abgrund brachte, ihren Sitz in Dublin hatte und somit der irischen Aufsicht unterstand.

Die geringen Einflussmöglichkeiten der BaFin wurden jedoch nicht allzu laut angeprangert. Abgeordnete der SPD und Union hielten sich mit ihren Fragen zurück, da Parteifreunde unter den „Betroffenen“ waren. Aber auch die Grünen waren recht zaghaft, da sie 2003 unter Rot-Grün an der letzten Reform der BaFin beteiligt waren. Die FDP war sich zudem bewusst, dass, hätte vor der Finanzkrise jemand stärkere Eingriffsmöglichkeiten für die Bankenaufsicht gefordert, sie am lautesten widersprochen hätte. Gerade die Liberalen plädierten jahrelang für möglichst wenig regulierte Finanzmärkte. Letztlich hatten jedoch außer der Linkspartei alle geglaubt, dass zu viel Regulierung die Banken mit ihren Jobs, Gewinnen und Steuerzahlungen an andere Finanzplätze getrieben hätte. Wirtschaftswissenschaftler bestätigten sie zudem in dieser Annahme. Dieser Irrglaube gehört zu den Ursachen der Finanzkrise. *Bel*



Finanzminister Steinbrück (SPD) vor der Anhörung: Der HRE-Untersuchungsausschuss erwies sich als „zahnloser Tiger“. Bild: action press

Gigantische Umverteilung

Es ist ein altes Prinzip für Historiker, bei der Erklärung undurchsichtiger Vorgänge danach zu fragen, wer am Ende gewonnen und verloren hat. Sehr oft haben diejenigen, die am Ende einer chaotischen Entwicklung mit mehr Macht oder mehr Geld dastanden, schon frühzeitig die Fäden gezogen.

Es ist interessant, diese bewährte Regel auf die Finanzkrise anzuwenden. Zwar haben beim Zusammenbruch großer Banken nicht nur Anleger, sondern auch Tausende Investmentbanker viel verloren. Dennoch gab es oft auch in Pleite-Banken noch Gewinner, einige Vorstände haben noch nach dem Kollaps Millionen eingestrichen.

Generell waren und sind die Umverteilungseffekte der Krise gewaltig. Doch diese waren vor, während und nach der heißen

Boni vor und nach der Krise

Phase der Krise ganz unterschiedlich. Vor der Krise wurden den Boni und Provisionen verdient, die heutigen Ramschpapiere hatten satte Margen.

Währenddessen war das Profitieren am schwierigsten. Doch wer als Insider früher als andere vom drohenden Kollaps erfuhr, konnte auch dieses Wissen versilbern. Jetzt, nach dem Ende der aktuen Phase der Krise, sprudeln neue Füllhörner für diejenigen, die an der richtigen Stelle sitzen: Zwar sind die Gehälter von Bankern, deren Institute Staatshilfen bekommen, meist auf 500000 Euro pro Jahr beschränkt. Doch die eigentlichen Verdienstmöglichkeiten liegen anderswo: Staatliche Hilfen lösen Kursschwankungen aus, die sich relativ leicht in private Gewinne ummünzen lassen. Das Wissen um die Entwertung oder Erholung dubioser Papiere und Institute hat indirekte Effekte, aus denen sich ganz legal durch Anlageentscheidungen Geld machen lässt. Auch die sich abzeichnende Inflationswelle lässt sich zum eigenen Vorteil nutzen. *K. B.*

Ungeheure Machtfülle

Der vierköpfige »Lenkungsausschuss« verwaltet 480 Milliarden

Etwa 290 Milliarden Euro umfasst der gesamte Bundeshaushalt im Jahr 2009. Doch die Masse der Ausgaben sind verplant oder sogar vertraglich fixiert, etwa die Kostenblöcke für Personal, Rentenkasse und Schuldendienst. Nur über etwa 30 Milliarden Euro kann der Bundestag faktisch disponieren.

Dagegen verwaltet heute ein Gremium von nur vier Personen, die weder gewählt wurden, noch von einem Haushaltsausschuss kontrolliert werden, die schier unvorstellbare Summe von 480 Milliarden Euro. Wenn Macht nur daran zu messen wäre, wer über wieviel Geld disponieren kann, dann wäre der Lenkungsausschuss des Bankenrettungsfonds Soffin das mit Abstand mächtigste Gremium der Bundesrepublik Deutschland, und die vier Staatssekretäre in dieser Runde mächtiger als alle Bundestagsabgeordneten zusammen.

Natürlich stapeln die vier öffentlichkeitsscheuen Herren tief. „Ich bereite politische Entscheidungen vor. Ich treffe sie nicht“, versichert Finanz-Staatssekretär Asmussen, wenn er sich ausnahmsweise überhaupt gegenüber Journalisten äußert. „Wir sind nur Stellvertreter. In Zweifelsfragen stimmen wir uns mit unseren Chefs ab“, verweist Wirtschafts-Staatssekretär Otremba auf die formal begrenzten Kompetenzen des Vierergremiums.

Und doch sieht die Wirklichkeit anders aus. Die de iure verantwortlichen Minister haben gar nicht die Zeit, sich im Einzelnen mit den Kreditinstituten zu befassen, denen der Soffin schnell einmal Beträge von zehn Milliarden

Wirtschaftliche Macht fast ohne Kontrolle

Euro als Bürgschaft oder gar als Eigenkapitalhilfe zuspricht, wenn erfolglose Banker eine ernsthafte Notlage glaubhaft machen und ihr Institut als „systemrelevant“ gilt. Damit ist gemeint, dass ein bestimmtes Geldinstitut entweder durch seine schiere Größe oder aber durch seine besondere Rolle im Finanzsystem schlechterdings nicht pleitegehen darf, weil dies zu unabsehbaren wirtschaftlichen Weiterungen führen würde.

Das sehr grundsätzliche Problem dieser Entscheidungsstrukturen besteht darin, dass auch der vierköpfige Soffin-Lenkungsausschuss beim besten Willen nicht in der Lage ist, die ihm vorgelegten Angaben der Banken in der an sich gebotenen Tiefe zu überprüfen. Dies hat sich schon im Herbst 2008 gezeigt, als die HRE tatsächlich hart am Kollaps entlangschrammte, aber auch Berlin pokerte, weil lange nicht klar war, ob die Drohung der Banker, „am Montag die Schalter nicht mehr zu öffnen“, ernstzunehmen war oder nicht. Politologen und Ökonomen verweisen drauf, dass just eine solche sogenannte „Informationsasymmetrie“ zwischen dem allmächtigem Zentrum und dem Rest der Ökonomie zum Ruin der DDR-Wirtschaft geführt hat.

Zwar gibt es bisher keine Hinweise auf Unregelmäßigkeiten beim Soffin oder bei den begünstigten Banken, doch die offenkundige Intransparenz, mit der hier gigantische Mittel zugeteilt werden, lässt schaudern. Faktisch ist ein neues Machtzentrum in Deutschland entstanden, das die Verfassung nicht kennt, das geradezu geheim entscheidet und das nur sehr indirekt von der Politik kontrolliert wird. *K. B.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer, Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

E-Mail:

redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3642**

Schwarz-gelbes Fingerhakeln

Die Union auf der Suche nach dem verlorenen Gegner – Westerwelle gibt sich »enttäuscht«

Das Rennen schien gelaufen: Nach der Bundestagswahl, so ließen Umfragen, Expertenprognosen und Koalitionsaussagen vermuten, würden Union und FDP die neue Regierung stellen. Doch nun machen Schwarz und Gelb es noch einmal spannend und führen Wahlkampf gegeneinander.

Kämpferisch gibt sich die Union einen Monat vor der Wahl. Ihr größtes Problem: Gegen wen soll sie kämpfen? Im Umgang mit dem „natürlichen“ Gegner, dem linken Lager, geht es eher um unterlassene Hilfeleistung denn um Attacke. Also suchten – und fanden – CDU und CSU den Ersatzgegner im eigenen Lager.

Nicht der im Umfragetief dahindümpelnde SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier, sondern FDP-Chef Guido Westerwelle sieht sich zunehmend heftigen Angriffen des CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer ausgesetzt: Unzuverlässig und wankelmütig sei er, weil seine Freidemokraten erst eine Woche vor der Wahl eine förmliche Koalitionsaussage treffen wollen. Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel assistiert dem Angreifer aus Bayern, wenn auch merklich zurückhaltender: „Je klarer sich die FDP äußert, umso klarer wissen die Menschen auch, woran sie sind“, mahnte die Kanzlerin im ZDF-Sommerinterview.

Der Ober-Liberale konterte: Nicht er, sondern die Union lasse es an Treue zu gemeinsamen schwarz-gelben Regierungsperspektiven fehlen. Westerwelle argwöhnt gar, in Wirklichkeit wollten Merkel und Seehofer die Große Koalition in Berlin fortsetzen. Eine vom Wähler gedemütigte SPD, so seine keineswegs abwegige Spekulation, sei als Juniorpartner allemal bequemer als eine selbstbewusste FDP.

Bayerns Christsoziale, seit zehn Monaten mit der FDP verbandelt, legen nach. Gegen Kernpunkte liberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik, von der Gentechnik bis zum Kündigungsschutz, kündigt Ministerpräsident Seehofer heftigste Gegenwehr an: „Wenn Herr Westerwelle glaubt, es wird nach der Wahl ein neoliberales Streichkonzert geben, lernt er den Widerstandsgeist der CSU kennen.“ Dass der Ingolstädter, der sonst auch gern den Gralshüter des Konservatismus gibt, nun wieder das „S“ im Namen seiner Partei hervorhebt, um sich als soziales Gewissen der Union zu profilieren, wird in München inzwischen ohne weitere Verwunderung zur Kenntnis genommen.

Selbst die Devise, das Fell des Bären erst nach dessen Erlegung zu verteilen, wollen die wahlkämpfenden Bajuwaren nicht mehr gelten lassen: Zumindest ihrem Sympathieträger Nr. 1, dem erfolgreichen Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, soll der Stammplatz auf der Berliner Regierungsbank vorab sicher sein. Anderweitige Ansprüche wehrt Kabinettskollegin und Parteifreundin Ilse Aigner vehement ab. Es sei doch „absurd, dass die FDP schon vor der Wahl das Wirtschaftsressort für sich beansprucht“. Eine Erklärung, warum Ressortansprüche seitens der CSU weniger „absurd“ sein sollen, steht allerdings noch aus.

> Für den FDP-Chef ist nunmehr »Schluss mit lustig«

Stattdessen setzt CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt noch eins drauf: „Dass wir die Defizite der FDP in puncto Personal und Programm deutlich ansprechen, darauf kann sich Westerwelle verlassen!“

Daraufhin sieht sich der FDP-Chef von jeglicher Contenance verlassen. Im Klartext: Ihm platzt der Kragen. Bislang habe er „eine Engelsgeduld gehabt; man könnte auch von Eselsgeduld sprechen. Aber jetzt ist Schluss mit lustig!“ In seine von „tiefer Enttäuschung“ geprägten Antwort auf die CSU-Attacken schließt Westerwelle ausdrücklich auch die Kanzlerin ein: Sie habe die Diskussion über Koalitionsaussagen nicht beendet, „sondern sogar befeuert“.

Infolge der sich steigernden Wahlkampf-Querelen hat sich inzwischen auch das Koalitionsklima in Bayern deutlich verschlechtert. Informierte Kreise in der Landeshauptstadt machen dafür vor allem Seehofers Ehrgeiz verantwortlich, baldmöglichst die traditionelle Hürde von 50 + x wieder zu schaffen. Der Schuss, so heißt es, könne aber leicht auch nach hinten losgehen: Viele Wähler verstünden nicht, warum die CSU ausgerechnet den eigenen Partner und Wunschkandidaten so wild attackiert – am Ende treibe das eher der FDP weitere Zweitstimmen zu, ein Effekt, der Merkel vielleicht gar nicht ungelegen wäre.

Auch scheinen sich viele Wähler verunsichert zu fühlen, weil sie bei der neuen CSU-Führung eine klare Linie vermissen. Manchmal gewinne man den Eindruck, Horst Seehofer wolle politische Gegner gleich welcher Couleur gleichzeitig links und rechts überholen. Offenbar sei die einst so übermächtige Partei sich selber nicht sicher, ob sie die Krise nach dem Abgang Edmund Stoibers wirklich schon überwunden und zu alter Stärke zurückgefunden hat. Die Antwort auf all diese am Selbstbewusstsein der CSU nagenden Fragen lässt noch auf sich warten – vermutlich bis zum 27. September, wenn der Wähler das Wort hat.

Hans-Jürgen Mahlitz



Schwierige Partner: Eigentlich will Merkel mit CSU und FDP zusammenarbeiten, doch die bekämpfen sich. Bild: Getty

MELDUNGEN

ZDF-Redakteure angezeigt

Gießen – Die Staatsanwaltschaft Gießen muss eine ungewöhnliche Anzeige prüfen: Der evangelische Unternehmer Ulrich Weyel hat drei Redakteure des an sich angesehenen Senders ZDF angezeigt. Arndt Ginzel, Martin Kraushaar und Ulrich Stoll arbeiten für das Magazin „Frontal21“, das am 4. August missionarisch engagierte Christen mit islamistischen Selbstmordattentätern verglichen hat. Der Beitrag mit dem bezeichnenden Titel „Sterben für Jesus – Missionieren als Abenteuer“ verhöhnt kaum verhüllt die unlängst in islamischen Ländern ermordeten sowie die dort noch entführten evangelischen Missionare, indem er Opfer und Täter auf eine Ebene stellt. „Eingeblendete Filmszenen von bewaffneten, terroristischen Islamkämpfern zielen darauf ab, die ‚Radikalität‘ der christlichen Missionen den selbstmörderischen Verbrechen islamistischer ‚Gotteskrieger‘ gleichzusetzen“, begründet Weyel seine Anzeige. Der Unternehmer ist Träger des Bundesverdienstkreuzes. Der Sender ZDF wird von der Bevölkerung durch Gebühren finanziert. *K.B.*

Der Traum vom Weltmarktführer

Berlin – Eine Millionen Elektroautos bis 2020 lautet ein neues Ziel der Großen Koalition. Auch wolle man Weltmarktführer für elektronisch betriebene Fahrzeuge werden. Allerdings: Bis jetzt haben deutsche Automobilhersteller noch gar keine marktreifen Modelle. „Ich kann mir vorstellen, dass eine neue Bundesregierung dafür noch mal etwa eine Milliarde Euro zur Verfügung stellt, um die Batterietechnologie voranzubringen“, so Fraktionschef Volker Kauder (CDU). Der Autokauf selbst solle laut Union nicht direkt gefördert werden, das Elektroauto müsse sich schon allein durchsetzen. *Bel*

Russki-Deutsch (32):

Molotow

Von Wolf Oschlies

Unter Stalin, dem „Stählernen“, war es bei kommunistischen Spitzenfunktionären Mode, sich markige Kampfnamen zuzulegen. Der spätere Außenminister Wjatscheslaw Skrjabin (1890–1986) nannte sich Molotow, abgeleitet von „molot“ (Hammer). Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er international häufig als „Mister Njet“ verhöhnt, denn bei allen acht Außenministerkonferenzen der Siegerkoalition war er völlig unkooperativ und blockte westliche Initiativen mit „Njet“ (Nein) ab.

Molotow galt als typischer sowjetischer Betonkopf, und so hat ihn der Kabarettist Thierry karikiert: „Wer looft mir heute im Traum übern Weg? Watscheslaff! Wat, den kennen Se nich? Naja, ick kenn ja den Mann selber nur unjern. Der kleene Molotow, den mein ick. Der mit die einjelegten Vetos, der ... also der macht ja ein Gesicht, hat der Molotow, also wissen Se, ick globe, dem is der janze Kommunismus nich bekommen, wa? Also eine Miene macht der immer – daneben wirkt ne Tellermine jeradezu scheu und lieblich, nich?“

Mit dem Namen Molotow bleibt sprachbildend manches verbunden, zum Beispiel der „Molotow-Ribbentrop-Pakt“, also der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 24. August 1939, der „das Tor zum Weltkrieg aufstieß“ (wie russische Historiker heute urteilen). Dem Weltkrieg ging 1939/40 der sowjetisch-finnische Winterkrieg voraus, den die Finnen letztendlich verloren. Zuvor hatten sie den Sowjets schwerste Verluste zugefügt und mit großer Mühe die eigene Souveränität bewahrt. Molotow war damals für seine Propagandalügen berüchtigt, weswegen sowjetische Streubomben den Spitznamen „Molotow-Brotkörbe“ bekamen.

Berühmter wurde der „Molotow-Cocktail“, eine mit Benzin gefüllte Flasche, mittels Docht entzündet und als Wurfgeschoß verwendet. Ähnliche Waffen wurden im russischen Bürgerkrieg erstmals im nachrevolutionären Bürgerkrieg 1920 als „Brenngemisch“ eingesetzt, erst die Finnen prägten den höhnischen Namen „Molotow-Cocktail“. Gegen sowjetische Panzer waren die „Cocktails“ eine erfolgreiche Gegenwehr. Auch beim Warschauer Ghetto-Aufstand 1942, beim ungarischen Volksaufstand 1956 und weiteren Anlässen wurden „Molotow-Cocktails“ eingesetzt.

Prügel vom Pfarrer

Schorlemmer giftet gegen Schönbohm

Verblüffend polemische Äußerungen nicht nur von einem Vertreter der Linkspartei, sondern auch von dem bekannten Pfarrer Friedrich Schorlemmer musste Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) einstecken, nachdem er laut über den Niedergang des Christentums in den neuen Bundesländern nachgedacht hatte. Der langjährige *PAZ*-Autor hatte gegenüber der Nachrichtenagentur dpa wörtlich erklärt: „Wir müssen intensiv besprechen, was 40 Jahre Indoktrination in der DDR bedeuten, wie wir Verwahrlosung und Entbürgerlichung verhindern können, und was wir gegen die Entkirchlichung und für die Wiederbelebung des Christentums in Ostdeutschland tun können.“

Einmal abgesehen davon, dass Schönbohm hier die neuen Bundesländer historisch und geographisch reichlich ungenau als „Ostdeutschland“ bezeichnete, sollte man meinen, dass ihm dieser Mut und diese Deutlichkeit jedenfalls von Kirchenvertretern nichts als Dank und Zustimmung eintragen würde. Doch diese blieb aus, im Gegenteil. Der Wittenberger Theologe Friedrich Schorlemmer, der sich in den achtziger Jahren mutig gegen das SED-Regime exponiert hatte, beschimpfte den CDU-Politiker geradezu. Er „halte es nicht für ein Allheilmittel, den Osten jetzt wieder zu christianisieren. Vielleicht noch mit Zwangstaufen?“, giftete er in der „Sächsischen Zeitung“. Aus der Sicht Schorlemmers scheint gelebter Glaube schon fast eine Gefahr für die Menschenrechte zu sein oder zum Sadismus zu verlocken, denn er gab zum Besten, dass „das fromme Land Amerika Menschen heranzüchtet, die am Foltern ihre Lust haben“.

> Hassausbrüche auch seitens der Ex-SED

Mit diesen Formulierungen unterschied sich der ordinierte Pfarrer nicht wesentlich von Dietmar Bartsch, dem Bundesgeschäftsführer der Linkspartei. Schönbohms Äußerungen hätten „mit beginnender Alterssenilität zu tun“, erklärte er in der „Leipziger Volkszeitung“, und polemisierte weiter: „Wir können ja nicht per Dekret Jugendlichen anordnen, ob sie Katholik oder Muslim werden sollen.“ Unterstützung erhielt Schönbohm dagegen vom evangelischen Landesbischof von Sachsen, Jochen Bohl. *K.B.*

Verbliebene Rätsel

Packen RAF-Terroristen doch noch aus?

Schon vor gut zwei Jahren erklärte Michael Buback, der Sohn des 1977 erschossenen damaligen Generalbundesanwalts Siegfried Buback, einen sehr konkreten Verdacht: Die heute 57-jährige RAF-Terroristin Verena Becker sei es gewesen, die seinen Vater erschossen habe. Zwei Zeugen des Anschlags hätten entsprechende Aussagen für die Person auf dem Sozius des Terroristen-Motorrades gemacht, für die sich die Justiz aber verblüffend wenig interessiert habe. Ihre Beschreibungen passten nicht zu den für den Buback-Mord verurteilten drei RAF-Leuten Knut Folkerts, Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt. Becker selbst hatte recht bald nach ihrer Verhaftung gegenüber dem Verfassungsschutz „ausgepackt“ und einen fünften, Stefan Wisniewski, für die Todesschüsse verantwortlich gemacht. Dagegen sickerte vor zwei Jahren durch, dass sich der seinerzeit (auch) wegen dieses Mordes verurteilte Folkerts am Tattag in Holland aufgehalten hatte.

1989 kam Becker nach nur zwölf Jahren Haft frei, sicher auch wegen ihrer Aussagebereitschaft. Doch nun fragt sich, wie zutreffend die Aussagen waren, die Becker dem Staatsschutz Anfang der achtziger Jahre gemacht hat. Vor einigen Tagen wurde namentlich bekannt, dass Verena Becker, die heute mit anderer Identität in Berlin lebt, offenbar selbst eine weit zentralere Rolle in der RAF spielte, als bisher (für die Öffentlichkeit) bekannt war. Mit einem neuen Verfahren ist es gelungen, Beckers DNA an allen zehn untersuchten RAF-Bekennerbriefen nachzuweisen – darunter am Schreiben zum Buback-Mord.

> Wer hat hier wen aufs Kreuz gelegt?

Der Schluss, dass Becker den Verfassungsschutz gründlich gelinkt habe, ist indes nicht zwingend. Möglich ist, dass die Ermittler mit Becker bewusst ein Mitglied der Kommandoebene aus dem im Kern bis heute stabilen „Schweigekartell“ herausbrechen wollten. Jedenfalls wurde Beckers Telefon seit Frühjahr wieder abgehört, und so erfuhren die Ermittler vor wenigen Wochen, dass sie ihre Erinnerungen aufschreiben wollte; jetzt wurden ihre Rechner konfisziert. Allerdings kann Becker kaum die vielen Geheimnisse um die zehn Morde der „dritten Generation“ der RAF in den Jahren 1985 bis 1993 lüften – damals saß sie längst in Haft. *K.B.*

MELDUNGEN

Attentäter als Minister?

Teheran – Mehr als zwei Monate nach seiner umstrittenen Wiederwahl hat Irans Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad seine Kabinettsliste fertig. Sie muss nun vom Parlament beraten werden. Gegen alle Erwartungen soll Außenminister Manutschehr Mottaki im Amt bleiben und nicht durch ein Mitglied des radikalen Flügels ersetzt werden. Für internationale Erregung sorgt die Nominierung von Ahmad Vahidi zum Verteidigungsminister, da dieser wegen mutmaßlicher Beteiligung am Anschlag auf ein jüdisches Zentrum in Buenos Aires 1994 auf der Interpol-Fahndungsliste steht. Konservative Kreise im Iran protestieren hingegen, weil erstmals drei Ministerposten mit Frauen besetzt werden sollen. *RGK*

Moskau erstickt im Müll

Moskau – Die russische Hauptstadt droht im Müll zu ersticken. Der Anteil des Hausmülls wächst jährlich um fünf Millionen Tonnen, der gewerbliche erreicht 17 Millionen. Täglich landen in Russland zirka 20 Millionen Einwegverpakkungen und sogar Autobatterien im Hausmüll. Eine gesetzlich verordnete Mülltrennung gibt es nicht mehr. Nach einem zweijährigen Versuch stellte die Hauptstadt ihre Bemühungen wieder ein, weil die Akzeptanz der Bürger zu gering war. Bislang entsorgt die Metropole ihren Abfall in drei Verbrennungsanlagen, 90 Prozent des Mülls lädt sie auf Deponien im Umland ab. Weil die Kapazität der städtischen Müllentsorgung überschritten ist, gibt es Pläne für den Bau von sechs weiteren Müllverbrennungsanlagen bis 2025. Nun wurden diese wegen Geldmangels auf Eis gelegt. Da die Deponien bereits 2010 überfüllt sein werden, droht Moskau ein Mülldesaster wie Neapel. *MRK*

Vollbremsung aus Detroit

Beim Tauziehen um Opel macht Merkel keine glückliche Figur – Einflussmöglichkeiten überschätzt

Fest hatte die Bundesregierung am vergangenen Wochenende grünes Licht aus Detroit für den Einstieg des Investors Magna bei Opel erwartet, die Pressetermine zur Verkündigung der frohen Botschaft waren schon arrangiert. Dann kam die kalte Dusche aus den USA: Die Entscheidung wurde einmal mehr vertagt. Jetzt könnte alles wieder offen sein.



Will GM Opel jetzt doch behalten? Mit dieser Option hatte die Bundesregierung gar nicht mehr gerechnet. Bild: ddp

Die Bundesregierung versucht, erheblichen Druck auszuüben, um den Verwaltungsrat des maroden amerikanischen Autobauers General Motors (GM) zu einem Verkauf der GM-Tochter Opel an das Konsortium aus dem Autozulieferer Magna und der unter staatlicher russischer Kontrolle stehenden Sberbank zu bewegen. Bundeskanzlerin Merkel legte sich fest: „Unsere Präferenz liegt eindeutig bei Magna.“ Wie es heißt, wollten sie und Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg gerne bereits am letzten Wochenende den erfolgreichen „Abschluss“ der Presse bekannt gegeben. Doch der GM-Verwaltungsrat hat zum großen Ärger Berlins die Entscheidung wiederum vertagt. Immerhin soll es der Bundesregierung nun gelungen sein, einen GM-Topmanager für das nächste Gespräch zu gewinnen.

Der traditionsreiche Konzern gehört infolge der Krise mittlerweile zu 60 Prozent der US-amerikanischen Regierung. Insofern hat das Tauziehen um Opel auch eine hochpolitische Dimension: Obama kennt seinen Einfluss auf GM und weiß natürlich auch, dass Merkel mitten im Wahlkampf steht. Doch die US-Regierung will sich erklärtermaßen aus dem Bieterstreit heraushalten. Für Merkel ist das eine kalte Dusche, ist doch offenbar der deutsche Einfluss auf die Regierung Obama in diesem Punkt geringer als erhofft. Beobachter fragen, ob es keine klaren Absprachen gegeben hat oder ob eine bundesdeutsche Gegenleistung ausgeblieben ist – die (ökonomisch unsinnige) Opel-Rettung gehört schließlich zu den wenigen konkreten Themen im bundesdeutschen Wahlkampf und 4,5 Milliarden Euro nimmt auch eine Bundeskanzlerin nicht einfach so in die Hand.

Der Plan der Bundesregierung war klar: Der Bund und die deutschen Länder mit Opel-Fabriken geben eine Kreditzusage von 4,5 Milliarden für Opel, vorausgesetzt GM würde sich für das Magna/Sberbank-Konsortium entscheiden. Eigentlich sollten ausländische Staaten mit Opel-Standorten eingebunden werden. Doch mit ihnen dürfte eine Einigung noch dauern. Bislang erzielte das kurz vor der Bundestagswahl unterbreitete „Lockvogelangebot“ jedoch nicht die erwünschte Wirkung.

Der GM-Vorstand lässt sich offensichtlich Zeit bei der Prüfung der Angebote. Längst nicht aus dem Rennen ist die Offerte des Finanzinvestors RHJ International, der angibt, eine Milliarde Euro weniger Staatskredit zu benötigen. Selbst das Thema Opel-Insolvenz ist in Detroit kein Tabu. Die nächste Sitzung des GM-Verwaltungsrats findet am 8. oder 9. September statt. Unklar ist jedenfalls, ob trotz des Drängens aus Berlin vor der Bundestagswahl eine Entscheidung fallen wird.

Außenpolitische „Kollateralschäden“ sind jedenfalls bereits zu verzeichnen. Fred Irwin, der Chef des Beirats der Opel-Treuhand und Präsident der US-Handelskammer, warnte angesichts des forschen Berliner Auftretens vor Belastungen der deutsch-amerikanischen Beziehungen: „Für eine gute Lösung brauchen wir keinen transatlantischen Streit zwischen Deutschland und Amerika, sondern mehr Flexibilität aller Beteiligten“. Merkels Sprecher Ulrich Wilhelm versuchte anschließend die Wogen zu glätten. Kurz vor der Insolvenz hatte GM 65 Prozent seiner Anteile an Opel in eine Treuhandgesellschaft überführt.

> Obama weiß, wie wichtig Opel für die Bundeskanzlerin ist

Der müde und inhaltsarm dahinplätschernde Bundestagswahlkampf bietet gegenwärtig keine Themen, die die Wähler fesseln könnten. Nunmehr will der Opel-Betriebsrat unter seinem agilen Vorsitzenden Klaus Franz der Politik mit Protestkundgebungen unter anderem vor der Berliner US-Botschaft Beine machen zugunsten von Magna/Sberbank. Auch diese Ankündigung hatte Irwin irritiert.

Offenbar will Merkel den derzeit bequemen Vorsprung vor der SPD ruhig ins Ziel schaukeln – indem sie die ursprünglich von der SPD favorisierte Magna-Option selbst vertritt. Darum reagiert sie allergisch gegen Störungen und will den Eindruck einer Hängepartie bei Opel vermeiden. Für die Demonstration eigener Durchsetzungsfähigkeit ist sie auch bereit, Steuerzahlergelder in erheblichem Umfang mit dem Risiko des Kreditausfalls einzusetzen. Auch Wirtschaftsminister zu Guttenberg ist in die Kabinettsdisziplin eingebunden. Von der volkswirtschaftlich zweifellos sinnvollen und von ihm wohl nach wie vor bevorzugten „Planinsolvenz“ von Opel ist von ihm seit Längerem nichts mehr zu hören. Sein Staatssekretär Jochen Homann leitet geräuscharm die Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die das Gespräch mit GM führen will.

Derweil fragen sich Beobachter, welche Rolle Russland in den Überlegungen der Bundesregierung zukommt. Kanzlerin Merkel hatte unverblümt ausgesprochen, dass bei der Magna-Offerte die russische Komponente „ohne Zweifel“ sinnvoll sei. Sie „sehe da sehr viele Chancen“. Inzwischen wird über Absprachen mit Russland spekuliert. Doch wie sehen diese aus? Haben die Russen womöglich ihre Bereitschaft zu einer umfangreicheren industriepolitischen Zusammenarbeit mit der ebenso zügig vollzogenen wie überraschend pünktlich finanzierten Übernahme der insolventen Wadan-Werften unter Beweis gestellt? Doch der Werftendeal hat eine deutlich kleinere Dimension als Opel. Sollten Merkels Andeutungen Substanz haben, müssten entsprechende Verabredungen wohl mehr umfassen. *Jost Vielhaber*

Konjunkturhilfen

Moskau verteilt Subventionen neu

Die russische Wirtschaft ist in den vergangenen Monaten dramatisch eingebrochen. Besonders hart traf es den Automarkt. Der Absatz des Konzerns Avtovaz in Tojatti brach nun 60 Prozent ein. Die Inflation liegt seit Jahren im zweistelligen Bereich, in diesem Jahr wird sie auf 12,5 Prozent geschätzt. Ausländische Investitionen gingen um ein Drittel zurück. Für Anfang 2010 sagt der Minister für Wirtschaftsentwicklung, Andrej Klepatsch, eine zweite Krisenwelle voraus, bedingt durch eine Kreditklemme, in deren Folge viele Unternehmen zahlungsunfähig werden dürften.

> Die Kleinen zahlen die Zeche

Allen Negativprognosen zum Trotz blicken russische Industrielle optimistisch in die Zukunft. Sie rechnen mit einem Exportplus von 30 bis 40 Milliarden US-Dollar im kommenden Jahr aufgrund steigender Weltmarktpreise für Öl, Metalle und chemische Produkte.

Die Arbeitnehmer der unteren und mittleren Ebene trifft es umso härter. Sie sind von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnrückständen betroffen. Heute rächt sich die sowjetische Zentralisierungspolitik. Wie bei Avtovaz hängt eine ganze Region oft vom Gedeih und Verderb eines einzigen Betriebs ab. Weil im Untergang dieser „Monopolstädte“ sozialer Brennstoff liegt, sieht der Kreml sich gezwungen, marode Betriebe künstlich am Leben zu erhalten. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung wächst. In Pikalewo im St. Petersburger Regierungsbezirk hatten erst vor kurzem Arbeiter eine wichtige Verkehrsader lahm gelegt, weil ihr einziger Arbeitgeber, eine Tonfabrik, vor dem „Aus“ stand. Anfang August drohten Arbeiter der Baikal-Zellulosefabrik an, wegen Gehaltsrückständen die Transsib zu blokkieren. In beiden Fällen griff Putin ein. Er ordnete ein Subventionsprogramm für Monopol-Städte an, denn in weiteren 400 Orten werden Unruhen befürchtet. Daneben erließ die Regierung weitere Förderprogramme, eine Abwrackprämie nach deutschem Vorbild und die Subventionierung von Immobiliendarlehen in Höhe von sieben Milliarden Rubel (155 Millionen Euro). Wie diese Programme bei sinkenden Steuereinnahmen finanziert werden sollen, blieb zunächst offen. Nun hat Moskau ein Sparprogramm für Beamte, Arbeitslose, Kriegsveteranen und Familien mit Kindern beschlossen. Für ihre Unterstützung will der Staat künftig nicht mehr aufkommen. *MRK*

Spuren der Konkurrentin beseitigt

Frankreich: Carla Brunis späte Rache an den Freunden von Sarkozys Ex-Frau Cécilia

Mit eisernem Besen fegt die sanfte Carla Bruni, Nicolas Sarkozys aktuelle und dritte Ehefrau, die ehemaligen Freunde ihrer Vorgängerin, Sarkozys zweiter Ehefrau Cécilia Ciganer, aus der Umgebung ihres Gatten weg. Nach der für die Sarkozy-Partei erfolgreichen Europa-Wahl fand die erwartete Regierungsumbildung statt. Auf der höchsten Ebene fiel vor allem der stille Abgang der Justizministerin Rachida Dati auf, die als Europa-Abgeordnete ins ferne Brüssel verbannt wurde.

Es gab Zeiten, als die kleine, zierliche Juristin direkt an Sarkozys Seite kämpfte. „Die Rachida ist ein kleiner Soldat“, sagte der Präsident einmal. Allerdings haben Datis Strafrechtsreform und ihre Neujustierung der Justizlandkarte – übrigens auf Sarkozys Wunsch, der ebenfalls Jurist ist – ihr viele Feinde gebracht. Ihr größter Fehler war aber, dass sie damals, als der Haussegen zwischen Sarkozy und Cécilia schief hing, sich nicht von Cécilia distanzierte. Gleichzeitig soll ihr Carla Bruni weibliches Interesse an Sarkozy unterstellt haben.

> Brüssel oder USA – Hauptsache weg

Obwohl die Rivalin um die Gunst des Präsidenten inzwischen in Brüssel ist, bemüht sich Brunis Riege, deren eventuelle Rückkehr abzuwenden. Rachida Dati will nämlich dem Sozialisten Bertrand Delanoë das Bürgermeisteramt von Paris streitig machen. Der juristische Berater von Sarkozy, Patrick Oudart, und Pierre Charon, der die Sarkozy-Partei UMP im Gemeinderat von Paris vertritt, versperren ihr jedoch den Weg. Charon will die Pariser Stadtabgeordneten überreden, dass Dati nicht die richtige Kandidatin für dieses Amt sei. Sie ihrerseits weiß, dass sie, wenn sie Paris erobern will, jetzt gegen die eigenen Leute kämpfen muss. Ihre Waffe sind ihre guten Beziehungen zu den gutbetuchten Bezirken wie den Immigrationsbezirken. Als Tochter eines Moslems kann sie die Zugewanderten am ehesten für sich einnehmen. Auch speiste sie neulich mit den ehemaligen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing und Jacques Chirac.

Ebenfalls auf der Streichliste der „first lady“ stand ein ehemaliger Intimus von Cécilia, der Staatssekretär des Premierministers, Roger Karoutchi. Er war Cécilias „Lieblingsregierungsmitglied“. Sie hatte sich für seine Beförderung eingesetzt. Auch er wurde vor die Tür gesetzt.

Ein anderer Cécilia-Protégé, den Carla aufs Korn nahm, war der ehemalige Pressesprecher von Sarkozy, David Martinon. Mitten im Wahlkampf um das Rathaus des schicken Pariser Bezirks Neuilly, Sarkozys Hochburg, stellte ihm der Sohn Sarkozys aus erster Ehe, Jean, ein Bein. Jeans guter Draht zu Carla ist stadtbekannt. Nun ist Martinon Konsul in Los Angeles.

> Eigene Freunde installiert

François de La Brosse, der Internet-Experte des Präsidialamtes, hat einen Schönheitsfehler: Er ist mit einer Freundin von Cécilia verheiratet. Jetzt muss er sich damit begnügen, mit François Sarkozy, dem Bruder des Präsidenten, Internetseiten nach Afrika zu verkaufen.

Der Stuhl von Catherine Pégard, einer ehemaligen Journalistin von „Le Point“, die auf Empfehlung von Cécilia PR-Beraterin von Sarkozy geworden war, wackelt auch. Es wurde ihr fälschlich vorgeworfen, die ehemalige Kulturministerin Christine Albanel frühzeitig darüber informiert zu haben, dass sie von Frédéric Mitterrand abgelöst wird. Tatsache ist, dass der Neffe des seligen Präsidenten François Mitterrand, der jetzt über Frankreichs Kultur herrscht, ein Freund von Carla ist. Albanels Schicksal besiegelte Bruni mit einem Satz: „Hat denn Christine Albanel keinen Rechtsberater?“, sagte sie ihrem Mann, nachdem das Albanel-Gesetz zum Schutz der Urheberrechte im Internet vom Verfassungsrat gekippt wurde.

Eine harte Nuss für Carla Bruni bleibt der Generalsekretär des Elysée-Palastes Claude Guéant, der Cécilias Vertrauen genoss. Sarkozy schätzt diesen langjährigen Kampfgefährten sehr. Der Elysée-Sprecher Frédéric Lefebvre, ein Freund von Carla, soll mit ihm auf Kriegsfuss stehen. Freunde von ihr, die früher Opfer von Cécilia waren, kamen wieder in Gnade, etwa Pierre Charon, nunmehr zum „Präsidentschaftsberater“ auserkoren, Laurent Solly, zum Chef des privaten, Sarkozy-nahen TV-Senders TF1 befördert und Brice Hortefeux, der zum Innenminister ernannt wurde.

Der Einfluss von Bruni wächst stetig. In den letzten Wochen hat sie Sarkozy in ihrer Familienresidenz Cap Nègre am Mittelmeer nach einem Hitzekollaps beim Joggen wieder aufgepäppelt. Er wird es ihr danken. *Jean-Paul Picaper*

Picaper ist Autor des Buches „Nicolas Sarkozy und die Beschleunigung der Politik“.

Staat hilft, Konkurrenz auszuschalten

Deutsche Post profitiert von einseitiger Umsatzsteuerbefreiung – Bundestag verschleppt Entscheidung

Eigenmächtig beschloss die Deutsche Post AG eingeschränkte Zustelltermine in den Sommerferien. Auch die Schließung der verbliebenen Filialen bis 2011 verärgert die Postkunden. Doch Alternativen zur Post haben sie kaum, obwohl das Briefmonopol offiziell bereits 2008 aufgehoben wurde.

„Wir sind die größten Herausforderer der Deutschen Post AG auf dem Briefmarkt.“ Diesen Satz sagt die Unternehmenssprecherin der TNT Post Deutschland keineswegs voller Inbrunst, denn die Zahlen, die dieser Aussage folgen, deuten eher auf ein Trauerspiel als auf eine Erfolgsstory hin. Drei Prozent Marktanteil hat TNT Post in Deutschland – und das als größter Herausforderer der Deutschen Post AG, die 91,6 Prozent Marktanteil hält. Alle anderen rund 800 weitgehend regionalen Anbieter teilen sich den verbleibenden Markt.

Die Deutsche Post AG verfügt also quasi immer noch über ein Monopol auf dem Briefmarkt, obwohl dieser 2008 für Wettbewerber geöffnet worden war. Und die Dominanz der Post AG ist noch stärker, wenn man den privaten Briefverkehr betrachtet, denn beispielsweise TNT stellt nur die Briefe für Unternehmen und Behörden zu. Der 2007 so lautstark gestartete Briefzusteller PIN ist inzwischen weitgehend vom Markt verschwunden. Bereits 2008 meldete das Unternehmen Insolvenz an und wurde nur zum Teil von der Düsseldorfer Verlagsgruppe Holzbrinck übernommen, mit der nun auch TNT eine Kooperation anstrebt.

Doch wie kommt es, dass Wettbewerber gegenüber der Post so schwer bestehen können und sie die Zahl ihrer Mitarbeiter weiter reduzieren müssen? Der niederländische Konkurrent TNT hat nach Gewinneinbruch auch im zweiten Quartal 2009 wieder Stellen gestrichen. Er verweist hierbei auf Untersuchungen der Bundesnetzagentur, nach denen sich die Zahl der Arbeitsplätze bei Post-Mitbewerbern auf dem Briefmarkt im Jahr der Marktfreigabe um 19 000 auf 29 000 reduziert habe.

„Obwohl der deutsche Postmarkt seit über einem Jahr formell liberalisiert ist, findet noch immer kein fairer Wettbewerb statt“, wettert Mario Frusch, Geschäftsführer bei TNT Post Deutschland. „Schuld daran ist ein Giftcocktail bestehend aus dem völlig überhöhten Post-Mindestlohn, der einseitigen Umsatzsteuerbefreiung und der fehlenden Entgeltkontrolle der Deutsche Post AG.“

Allein die geltende Mehrwertsteuerbefreiung der Post AG sorgt dafür, dass alle Konkurrenten bei Behörden, Banken und Versicherungen, die die 19 Prozent nicht von der Steuer absetzen können, einen Wettbewerbsnachteil haben. Statt diesen mit der Marktöffnung 2008 fallen zu lassen, besteht er bis heute fort, obwohl der Europäische Gerichtshof hier bereits Beschwerde eingelegt hat. „Alle Voraussetzungen sind erfüllt, um die Beratungen des Gesetzes noch vor der Sommerpause abzuschließen. Dennoch soll das Gesetzgebungsverfahren nun ohne Angabe von Gründen verschoben werden“, so Frusch. „Das zeigt einmal mehr, dass es in der Politik starke Kräfte gibt, die alles tun, um auch in Zukunft den Wettbewerb im Postmarkt zu bremsen oder ganz zu verhindern.“ Gerade vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise sei es unverständlich, dass der Staat auf Steuermehreinnahmen verzichte, nur um ein einziges Unternehmen zu protektionieren, schimpft der TNT-Geschäftsführer ungehalten. Gerade wieder ist sein Unternehmen von einer Ausschreibung ausgeschlossen worden, weil es nicht den Mindestlohn von 9,80 Euro zahlt. Zwar hat das Düsseldorfer Oberlandesgericht entschieden, dass dieser Ausschluss nicht rechtens sei, da ein anderes OLG den Mindestlohn als unrechtmäßig beurteilt hatte, doch das Bundesverwaltungsgericht hat noch keinen Termin festgelegt, um zu entscheiden. „Bis zu einer endgültigen rechtskräftigen Klärung bleibt die Mindestlohnverordnung in Kraft. Die Bundesregierung ist optimistisch, dass ihre Rechtsauffassung letztinstanzlich bestätigt wird. Sie sieht die Mindestlohnverordnung für die Branche Briefdienstleistungen nach wie vor als rechtmäßig an“, antwortet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf Anfrage der *PAZ*. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Ex-Post-Chef Klaus Zumwinkel 2007 den Post-Vorstand Wolfhard Bender zum Chef des Bundesverbandes Deutscher Postdienstleister e.V. gemacht hatte. Dort waren nur die Post und ihre Töchter vertreten, die dann einen hohen Mindestlohn bestimmten, um die Konkurrenz im Keim zu ersticken. TNT zahlt nur 7,60 Euro.

Auch unterstellen die Post-Mitbewerber, dass das ehemalige Staatsunternehmen bei Großunternehmen mit Dumpingpreisen arbeitet. Doch die Bundesnetzagentur prüft nur auf Zuruf und wer denunziert einen möglichen Kunden? Die Konkurrenten können nur schwer der Versicherung XY auf Verdacht Prüfer ins Haus schicken und dann, im Falle des bewiesenen Verdachts, sich als Ersatz für die überführte Post AG anbieten. *Rebecca Bellano*



Die Gelben beherrschen den Briefmarkt: Postzusteller in Grün oder Orange werden wieder seltener. Bild: ddp

Bald Gebührenbescheid per De-Mail?

Die Deutsche Post AG schließt bis 2011 ihre verbliebenen rund 500 Filialen, auch weil sie davon ausgeht, dass der Plan der Behörden, ihre Post in den nächsten Jahren weitgehend per De-Mail zu versenden, den Briefmarkt weiter schrumpfen lässt. 20 Prozent der von der Post beförderten Briefe sind von Behörden. Allerdings ist die Post weiter als die Behörden. Zwar soll die De-Mail 2010 starten, doch bisher weiß kaum eine Behörde von dieser sicheren Variante der E-Mail. Die De-Mail erfordert einen Identitätsnachweis und eine sichere Dokumentenablage am PC, doch bisher ist dies noch reine Theorie. Im Oktober wird der Pilotbetrieb der De-Mail in Friedrichshafen starten, erfährt man vom Bundesministerium des Inneren. Teilnehmen werden neben Providern (Telekom, United Internet) auch die Verwaltung (Stadtverwaltung Friedrichshafen) und Wirtschaftsunternehmen aus der Region. Wichtigstes Ziel des Piloten ist es, Akzeptanz der De-Mail und technische Umsetzbarkeit der Konzepte zu ermitteln. Was das im Detail für die Bürger bedeutet und ob sie ihre Behördenpost irgendwann nur noch über PC erhalten können, muss in den nächsten Jahren geklärt werden. *Bel*

MELDUNGEN

Eigentum schlägt Miete

Berlin – Laut einer Untersuchung der „Stiftung Warentest“ ist es fast immer günstiger, eine Wohnung zu kaufen statt sie zu mieten und sein Geld anderweitig anzulegen. In einem Modellversuch haben die Warentester errechnet, dass sich bei gleichem Startkapital das Vermögen des Käufers nach 30 Jahren fast dreimal so stark vermehrt hat als das des Mieters, der sein Geld verzinsen ließ. Voraussetzung ist allerdings, dass die Wohnung jährlich um ein Prozent an Wert gewinnt. *H.H.*

Stellenabbau nach der Wahl

Berlin – Nach der Bundestagswahl ist mit Stellenstreichungen in großem Umfang zu rechnen. Wie die „Financial Times Deutschland“ von Top-Managern erfahren haben will, läuft dann eine Art Stillhalteabkommen zwischen der Bundesregierung und großen Unternehmen aus. Allerdings erwarten Experten nicht mehr, dass die Zahl der Erwerbslosen auf über fünf Millionen steigt. *H.H.*

Schulden schöngerechnet

Wiesbaden – Das Statistische Bundesamt vermeldet ein Staatsdefizit von 17,3 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2009. Weitgehend unkommentiert verbreiteten die meisten Medien diese Daten und wiesen darauf hin, dass Deutschland mit diesem Defizit sogar die Maastricht-Kriterien noch erfüllen würde. Doch jeder, der die Berichterstattung verfolgt hat, weiß, dass das deutsche Staatsdefizit weit über diese 17,3 Milliarden Euro hinausgeht: Die extremen Schulden, die der Bund in den letzten Monaten gemacht hat, ob für Banken- oder Unternehmensrettung, sind als „Sondervermögen“ außerhalb des regulären Etats verbucht. *Bel*

Datenstreit beigelegt

Staatsvertrag zwischen Washington und Bern löst UBS-Zwist

Der Streit zwischen den USA und der Schweiz um die Offenlegung von Kundendaten der Schweizerischen Großbank UBS ist beigelegt. Vorerst, denn die Kompromisslösung bietet Ansatzpunkte zum „Nachstoßen“, und sie bezieht sich nur auf die UBS, schließt also Verfahren gegen andere Banken nicht aus. Die Affäre hat teils erwartete, teils überraschende Folgewirkungen.

Die Causa UBS besteht eigentlich aus drei nicht zusammenhängenden Bereichen, die aber in der öffentlichen Wahrnehmung vermengt werden – was sich auch politisch instrumentalisieren lässt: Da war vor Jahren die Kampagne gegen die Schweiz und speziell die Banken im Zusammenhang mit der Kriegszeit. Im Herbst 2007 brach dann die amerikanische Hypotheken-Krise aus, durch welche die UBS so schwere Verluste erlitt, dass sie nur mittels Staatshilfe gerettet werden konnte. Und im Juni 2008 eröffneten die US-Behörden ein Verfahren gegen die „waidwunde“ Bank – oder genauer gesagt, gegen deren US-Tochter wegen „Beihilfe zum Steuerbetrug“. Gefordert wurde die Preisgabe von Kundendaten, was aber Schweizer Gesetze verletzt hätte.

Ausweg ist nun ein Staatsvertrag zwischen Washington und Bern. Damit bleibt das Schweizer Bankgeheimnis pro forma intakt, und das Verfahren gegen die UBS wird eingestellt. Statt der ursprünglich geforderten Daten von 52 000 Kunden dreht es sich jetzt nur um 4450 Fälle, vielleicht aber insgesamt um 10 000. Jeder einzelne Fall wird im Amtshilfeverfahren abgewickelt, und 500 müssen innerhalb der nächsten drei Monate abgeschlossen sein. Eine Personalaufstockung ist erforderlich, und ungewiss bleibt, wie viele Fälle in Berufungsinstanzen gehen und wie sich die Verzögerungen auf das Abkommen auswirken werden, denn in diesem ist das nicht geregelt.

Staat zieht sich mit Gewinn zurück

Die Kriterien, nach denen die Fälle ausgewählt werden, bleiben bis 23. September geheim, damit möglichst viele US-Anleger verunsichert werden und in der Hoffnung auf mildere Strafen Selbstanzeigen tätigen. Tatsächlich verzeichnen die US-Steueranwälte einen Ansturm von UBS-Kunden. Beachtung fand die Bemerkung eines New Yorker Anwalts, der 250 dieser Klienten betreut, dass rund die Hälfte davon Holocaust-Überlebende oder deren Erben seien. Auch israelische Medien berichten, dass es unter den von US-Fahndern anvisierten UBS-Kunden „viele“ solcher Fälle gebe, wobei es sich meist um uralte Kundenbeziehungen handle.

Eine Überraschung ganz anderer Art war, dass sich die Schweiz prompt nach der Einigung mit den USA wieder aus der UBS zurückzog – mit einem Ergebnis, vom dem die an Bankenhilfe-Paketen würgenden Finanzminister anderer Länder nur träumen können: Die Eidgenossenschaft nützte das Recht, ihre Anteile an der Pflicht-Wandelanleihe, die von der UBS im Zuge der Sanierung begeben worden war, in Aktien einzulösen und diese zu verkaufen – mit einem Nettogewinn von 800 Millionen Euro. Ein Staat als erfolgreicher „Optionenhändler“! Die „Neuer Zürcher Zeitung“ rechnet vor, dass dies – auf das eingesetzte Kapital gerechnet – einer Rendite von 30 Prozent entspreche. Der Gewinn wird übrigens zur Schuldentilgung verwendet. *RGK*

SPD droht den Banken

Kreditklemme: KfW soll Privatinstituten Konkurrenz machen

Drehen die Banken der mittelständischen Wirtschaft doch den Saft ab? Bislang wurde die Existenz der gefürchteten „Kreditklemme“ von den Finanzinstituten heftig bestritten. Und Vertreter der Unternehmen wie Otto Kentzler, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), schienen ihnen dabei sogar Recht zu geben. „Wir haben keine Kreditklemme“, bestätigte er erst Mitte August gegenüber der „Bild“-Zeitung.

Das Problem sei anders gelagert, so Kentzler: Zwar verweigerten die Banken ihren bisherigen Kunden keine Darlehen, doch: „Viele Banken knöpfen den Betrieben jetzt neun bis zehn Prozent Zinsen ab und verlangen oft noch Risikozuschläge und zusätzliche Sicherheiten.“

Diese Beobachtung wird bestätigt von der Bundesbank und der staatlichen KfW-Bank. Auch sie bestreiten eine Kreditklemme. Die Kreditstandards seien nur „leicht verschärft“ worden, was in Zeiten der Rezession mit vermehrt drohenden Pleiten normal sei. Der Rückgang der Kreditvergabe aber sei vor allem auf die geringe Investitionsneigung der Unternehmen zurückzuführen. Die Gewinnmargen der Banken hätten sich jedoch „teils kräftig ausgeweitet“, so Bundesbank und KfW in einem gemeinsamen Bericht.

Dies und die Worte von Handwerkspräsident Kentzler lassen darauf schließen, dass die Banken versuchen, aus den verbliebenen Kreditkunden das Letzte herauszuquetschen, um trotz Flaute ihre eigenen Gewinnziele doch noch zu erreichen. Das aber laufe darauf hinaus, dass die Banken, statt den Aufschwung zu stimulieren, die Krise zusätzlich verschärfen.

Zu hohe Zinsen, zu scharfe Bedingungen

Das hat die Politik auf den Plan gerufen, aus der warnende Stimmen zu den Banken hinüberschallen. Dabei bleibt es nicht beim Appell an die Gesamtverantwortung der Geldinstitute.

Der Mittelstandsbeauftragte im Wahlkampfteam von SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier, Harald Christ, überlegt öffentlich, die KfW in direkte Konkurrenz zu den privaten Banken zu bringen, falls diese keine Kreditvergabe zu fairen Bedingungen mehr gewährleisteten. Dann solle die KfW Mittel aus den Förderprogrammen für den Mittelstand direkt an die Unternehmen verleihen. Bislang tritt die KfW nur im Verbund mit der jeweiligen Hausbank in Erscheinung, vergibt aber keine Kredite unmittelbar an Personen oder Betriebe. Kanzlerkandidat Steinmeier und der SPD-Finanzminister Peer Steinbrück stellten sich hinter Christs Überlegungen.

CDU-Finanzexperte Jochen-Konrad Fromme bezeichnete die Praxis in der Kreditvergabe ebenfalls als „ärgerlich“, riet jedoch von Zwangsmaßnahmen gegen die Banken ab. Es sei ordnungspolitisch der falsche Weg, ins operative Geschäft der Banken einzugreifen und die Finanzinstitute zu einer bestimmten Kreditvergabe zu zwingen, so Fromme gegenüber dem „Handelsblatt“.

Steinbrück hat für Anfang September ein Krisentreffen mit den Führungen der Banken- und Wirtschaftsverbände anberaumt. Hier will der Finanzminister auf eine ausreichende Kreditversorgung zu angemessenen Konditionen drängen. *Hans Heckel*

Schily umarmt

Von Konrad Badenheuer

Das waren noch Zeiten, als Jahr für Jahr pünktlich zum Tag der Heimat in Warschau und Prag die Polemik losbrach, unterstützt von linken Büchsenspannern in der bundesdeutschen Politik und Publizistik. Zwar sind die großen Anliegen der Vertriebenen bis heute nicht erledigt und ihre Rechtspositionen offen, doch die Führung des Bundes der Vertriebenen selbst verfolgt – taktisch womöglich gar nicht ungeschickt – eine Politik des minimalen Profils.

Wir sind so brav und friedlich, wer uns dennoch angreift, disqualifiziert sich selbst – das scheint die unausgesprochene Devise von BdV-Präsidentin Erika Steinbach zu sein. Wer nicht rechtzeitig die Flucht ergreift, wird kurzerhand umarmt, etwa der Altlinke Otto Schily.

Der hat den Vertriebenen jahrzehntelang nicht das Schwarze unter den Fingernägeln gegönnt und bekommt nun auf seine alten Tage die Ehrenplakette des BdV verpasst! Früher gab es diesen Orden für Verdienste um den deutschen Osten, dann für Verdienste um den deutsch-polnischen Dialog. Jetzt also um Verdienste für den Dialog zwischen SPD und BdV – die Zeiten ändern sich.

Die Politik folgt manchmal anderen Regeln als das alltägliche Miteinander. Die Rechnung des BdV, der nicht alle Wahrheiten ausspricht, könnte aufgehen.

Was will der Staat?

Von Rebecca Bellano

Manchmal fällt es wirklich schwer, das Handeln unserer Politiker nachzuvollziehen. So wollten sie 2008 das Briefmonopol der Deutschen Post AG (siehe Seite 7) beenden und den Markt für andere Anbieter öffnen. Wieso sie dann jedoch nicht sofort die Umsatzsteuerbefreiung aufgehoben haben und der Post somit einen Wettbewerbsvorteil ließen, wirft Fragen auf. Es ist auch mehr als merkwürdig, warum auch jetzt nicht gehandelt wird und der Bundestag erst nach der Wahl entscheiden soll. In der Zwischenzeit kämpfen die Mitbewerber, an denen ja auch Arbeitsplätze hängen, einen aussichtslosen Kampf.

Auch fragt man sich, warum der auf dubiosem Weg zustande gekommene Mindestlohn von 9,80 Euro aus Sicht des SPD-geführten Ministeriums für Arbeit und Soziales immer noch gerechtfertigt ist. Das Oberlandesgericht Berlin-Brandenburg hat zwar gegenteilig geurteilt, doch die Sache wird nun weiter verschleppt bis das Bundesverwaltungsgericht irgendwann entscheidet. Dass die Mitkonkurrenten da von staatlicher Protektion reden, erscheint gar nicht so abwegig.

Für den Verbraucher ist das quasi noch existente Briefmonopol zudem ärgerlich. Die Post macht, was sie will, und der Kunde kann nicht ausweichen. Und wie wirkt sich das selbstgefällige Handeln der Post auf die Mitarbeiter aus? Als vor Jahren die ersten Post-Filialen geschlossen wurden, kamen Beamte aus Zeiten vor der Privatisierung in Auffanggesellschaften. Ihre Arbeit war zwar weg, aber bezahlt wurden sie weiter ... vom Staat und somit vom Steuerzahler.

Zum Spielball degradiert

Von Hans Heckel

Ob es tatsächlich der langweiligste Wahlkampf der Geschichte wird, können wir erst nach den Landtagswahlen diesen Sonntag sagen. Geraten die Resultate nach den Umfragen, bergen sie allerhand Sprengstoff für die von den Medien so schmerzlich vermisste Eskalation.

Was wir indes jetzt schon mit einiger Sicherheit vorhersehen können ist, dass dies der wohl teuerste Wahlkampf werden dürfte. Ursache ist eine Politik, die die realen Erfordernisse des Landes dermaßen hinter ihre parteitaktischen Erwägungen gestellt hat, dass einem nur das abgenutzte Wörtchen „Skandal“ dazu einfällt.

Welche Folgen diese bewusste Unverantwortlichkeit zeitigen kann, dürfte sich am Beispiel Opel manifestieren. Jeder halbwegs verständige Mensch weiß: Nur wer Nein sagen kann, der kann erfolgreich verhandeln. Doch um Nein sagen zu können, muss man eine Alternative haben.

Fiat, der Finanzinvestor RHJI und Magna/Sberbank hatten Gebote für die Übernahme der Opel-Mehrheit von der Muttergesellschaft General Motors (GM) abgegeben. Da der deutsche Staat als unverzichtbarer Kreditbürge hinter der Rettung stand, hatte er eine gute Verhandlungsposition, um für den deutschen Steuerzahler im Ringen der Bieter untereinander und mit GM das Beste herauszuholen.

Und falls es gar nicht weitergegangen wäre, weil die Verhandlungspartner allzu sehr feilschen und pokern, hätte Berlin immer noch die Möglichkeit einer Planinsolvenz ins Spiel bringen können – und sei es nur, um den Druck auf die anderen Seiten zu erhöhen.

Statt ihre Vorteile auszuspielen, hat sich die Große Koalition jedoch frühzeitig auf den kanadisch-österreichischen Autozulieferer Magna und die russische Sberbank festgenagelt. Warum? Gewerkschaft und Betriebsrat bei Opel wollten es so. Es war ihnen gelungen, sich als Stimme des ganzen Volkes zu inszenieren, was ihnen erhebliche Macht verlieh. Deshalb wurde Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, der die letzte Möglichkeit einer Insolvenz ins Gespräch brachte, mit brachialer Wortgewalt ins Glied gestoßen. Deshalb wohl auch hatte RHJI keine Chance, handelt es sich dabei doch um eine „Heuschrecke“. Die wollte Angela Merkel dem Wahlvolk offenbar auf keinen Fall präsentieren. Fiat stieß ohnehin auf den entschiedenen Widerstand des Betriebsrats.

Blieb also nur Magna/Sberbank und das deutsche Versprechen von 4,5 Milliarden Euro Staatsbürgschaft. Alternative: keine mehr. Hinzu kommt der Zeitdruck wegen der herannahenden Wahl. Angeblich hatte die Bundesregierung schon Ort und Termin der stolzen Bekanntgabe der Magna-Lösung festgelegt, als die Nachricht aus Detroit kam, dass es noch dauere.

GM-Chef Fritz Henderson hält nun alle Trümpfe in der Hand. Er hat im Unterschied zu Berlin viel Zeit, und er hat Alternativen. So wuchs der eben noch schwache Konzernlenker zum starken Verhandlungspartner, während sich der einst starke Helfer Deutschland selbst zum Spielball degradierte.



Strippen gezogen: Opel-Betriebsratschef Klaus Franz erklärte Steinmeier bereits vor Monaten, wer aus seiner Sicht Opel haben soll. Der 56-jährige Franz führt seit 2000 den Gesamtbetriebsrat und spricht somit für alle 25600 Opel-Beschäftigten in Deutschland. Zugleich ist er Vize-Aufsichtsratschef.

Bild: ddp

Gastkommentar



Für mehr Ehrlichkeit bei der Kirchenmitgliedschaft

Von Menno Aden

Die evangelische Kirche in Deutschland ist geistig und geistlich ausgelaugt. Zur katholischen Kirche sei nichts gesagt – viel besser ist es dort aber auch nicht. Die Kirche der Reformation weiß nicht mehr, was sie noch glaubt, und wozu sie eigentlich da ist. Das Apostolische Glaubensbekenntnis und die Augsburger Konfession, auf welche protestantische Pastoren ordiniert werden, haben in Predigt und Verkündigung fast keine Bedeutung mehr.

Die landeskirchliche Verfassung der deutschen evangelischen Kirchen konserviert den Gebietsstand des Heiligen Römischen Reiches von 1806 und sind völlig anachronistisch. Klagen über Geldmangel sind angesichts der schreienden Verschwendung kirchlicher Mittel in falsche Strukturen ein Hohn. Der Staat stabilisiert das System noch durch das Kirchensteuersystem und indem er Zuwendungen an die Kirche ohne Verwendungsprüfung für steuerabzugsfähig erklärt.

Die Regionalbindung der Landeskirchen führt zu personalpolitischer Inzucht. Personalaustausch über die Grenzen einer Landeskirche ist heute fast ausgeschlossen. In kleineren Landeskirchen kennt jeder jeden, und jede Schlamperei, selbst Straftaten, wie ich erleben musste, finden ihren brüderlichen Deckel, um sie zu vertuschen.

> Welche Gemeinschaft verlässt man, wenn man aus der Kirche austritt?

Seit Kriegsende ist zudem ein deutlicher Niveauverlust auf allen Ebenen der evangelischen Kirchenhierarchie festzustellen. Der Stand des Pfarrers, früher ein Hort der Bildung, ist in seinem Bildungsniveau weit zurückgefallen. In sozialen und gesellschaftlichen Fragen, zu welchen die evangelische Kirche gerne das Wort nimmt, haben selbst Leitungspersonen nur selten das Wissen eines Bankkaufmanns. Gepredigt wird darüber dann trotzdem.

Die (Un-)Kenntnis vieler evangelischer Geistlicher auch auf ihrem ureigenen Gebiet, der Theologie, der Kirchen-, Dogmen- und Religionsgeschichte, neuerdings auch in der Bibel selbst, ist gelegentlich entwaffnend. Mancher Pastor rühmt sich sogar, von Theologie nichts zu verstehen. Es komme auf das fromme Herz an. Die Qualität der Predigten ist dementsprechend. Ein frommes junges Mädchen meinte mir gegenüber: Ich kann meinen Freund gar nicht mit in den Gottesdienst bringen – was würde der bloß von mir denken!

Der Pastor ist offenbar der einzige Berufsstand, der ohne Fortbildung in seinem Fachgebiet auskommt. Es werden Bischöfe und Superintendenten gewählt, es amtieren Pastoren, die seit ihrem Studium kein Fachbuch mehr gelesen haben. Fachzeitschriften, etwa die Zeitschrift für „Neutestamentliche Theologie“, nimmt kaum ein Pastor in die Hand. Das ist so, als ob ein Jurist die „Neue Juristische Wochenschrift“ (NJW) oder ein Arzt das „Ärzteblatt“ nicht lese.

Es findet auch keine Qualitätskontrolle der Arbeit der Pastoren statt. Eine Dienstaufsicht fehlt weitgehend. Missachtung der kirchlichen Ordnungen, Fehlleistungen in der Verkündigung, ja offene Arbeitsverweigerung bleiben ohne Konsequenz. Junge, frische Pastoren, die etwas bewegen wollen, laufen langsam aber sicher in eine dunkle Röhre, aus welcher kein Echo mehr kommt. Am Ende verlieren auch sie den Mut.

In kirchlichen Gremien wird über alles gesprochen, aber zu wenig darüber, was eigentlich unser Glaube ist und wie er bei Glaubensfernen geweckt werden kann. Als Präsident der Kirchenverwaltung in Schwerin pflegte ich Pastoren dienstlich zu fragen: Mit wie vielen Menschen, die nicht im kirchlichen Dienst stehen, haben Sie in der letzten Woche gesprochen? Oder: Wann haben Sie zuletzt einen aus der Kirche ausgetretenen Menschen auf einen Wiedereintritt angesprochen? Solche Fragen werden oft gar nicht verstanden. Man habe doch wahrhaftig genug mit Verwaltungssachen zu tun. Man möchte als Christ manchmal verzweifeln und austreten. Aber aus was träte man aus?

Das Recht der kirchlichen Mitgliedschaft ist in Deutschland wegen seiner Verknüpfung mit der Kirchensteuerpflicht unaufrichtig, ja verlogen. Seit der Urkirche ist unbestritten, dass Mitgliedschaft in der Kirche durch das Sakrament der Taufe erworben wird, und dass die Mitgliedschaft in der Heilsgemeinschaft nur durch Absage vom Glauben (Apostasie) endet. An der Taufe halten die Kirchen zumeist fest. Aber für die Amtskirchen (beider Konfessionen) verwirkt nicht die Glaubensleugnung die Kirchenzugehörigkeit und damit das ewige Heil, sondern nur Nichtzahlung der Kirchensteuer.

Wer sämtliche Glaubensartikel öffentlich leugnet oder Jesus Christus schmäht, kann lange warten, bis ihm der Ausschluss aus der Kirche angedroht wird, denn auch von Gottesleugnern wird Kirchensteuer gerne kassiert. Und umgekehrt: Der frömmste Christ steht anscheinend außerhalb der christlichen Heilsgemeinschaft, wenn er die Steuer nicht zahlt. Deren Höhe wird übrigens nicht von der Kirche, sondern vom Staat festgesetzt.

> Plädoyer für eine Kirchenmitgliedschaft ohne Wahlrecht und Steuer

Der altkirchliche Grundsatz extra ecclesiam non est salus – außerhalb der Kirche gibt es kein Heil – gilt im katholischen Kirchenrecht weiterhin, und er ist weiterhin Teil der meisten evangelischen Bekenntnisschriften. Die logische Folge müsste heute sein: Egal ob fromm und gottesfürchtig, ohne Kirchensteuer, ab in die Hölle! Im Mittelalter hatte die Kirche wenigstens den Mut, klar von der Hölle zu sprechen. Doch heute laviert sie auch hier. Die Kirche ist schon unsicher, ob sie uns noch eine Auferstehung und ein ewiges Heil in Aussicht stellen will; aber an eine Hölle glaubt sie schon lange nicht mehr. Nur hat sie vergessen, uns das in der Predigt zu sagen und die Folgen dieser Veränderung zu erläutern.

Aber Geld will sie doch. Wofür eigentlich? Was glaubt sie denn noch?

Ein Urteil des Verwaltungsgerichts Freiburg vom 15. Juli könnte immerhin in der Frage der Kirchenmitgliedschaft für mehr Klarheit sorgen. Es ging um den Austritt eines Professors für katholisches Kirchenrecht aus der Kirche. Dieser hatte das erforderliche Formular ausgefüllt, aber mit dem Zusatz: Ich bleibe aber katholischer Christ!

Das Bistum hält diesen Austritt für unwirksam, doch das Gericht gab dem Professor Recht. Es sagt: Der auf Grund des staatlichen Gesetzes erklärte Austritt habe .... lediglich die Folge, mit „öffentlichrechtlicher Wirkung“ die staatlich durchsetzbaren Konsequenzen der Mitgliedschaft – gemeint ist die Kirchensteuer – entfallen zu lassen. Ob nach innerkirchlichem Recht zwischen Wirkungen im staatlichen Bereich (= körperschaftliche Rechte) und im innerkirchlichen Bereich (= geistliche Teilhabe an den Heilsgaben der Kirche) getrennt werden könne, entziehe sich der Regelung durch staatliches Recht. Das Gericht unterscheidet also zwischen der körperschaftlichen und der geistlichen Sphäre der Kirchmitgliedschaft – und das zu Recht!

Was mich angeht, so plädiere ich seit langem dafür, das kirchliche Mitgliedschaftsrecht im Sinne einer doppelten Mitgliedschaft zu reformieren: Geistliche Mitgliedschaft entsteht durch die Taufe und endet mit Absage an den Glauben, ohne Kirchensteuer. Diese Mitgliedschaft lässt teilhaben an allen (!) geistlichen Leistungen der Kirche. Die körperschaftliche Mitgliedschaft hingegen entsteht durch Eintritt in die Körperschaft Kirche und endet mit dem Austritt. Nur die körperschaftliche Mitgliedschaft begründet die Kirchensteuerpflicht und gibt körperschaftliche Rechte wie etwa das Wahlrecht in Kirchenvorstände und Synoden. Vielleicht wäre eine Austrittswelle und Einnahmeverluste die Folge einer solchen Reform, doch die Kirchen gewönnen viel Glaubwürdigkeit.

Der Autor ist Professor für deutsches und internationales Wirtschaftsrecht sowie Buchautor und war Oberkirchenratspräsident in Schwerin.

Durch die Weiten des Pazifiks

Eine Ausstellung nimmt den Besucher mit auf die legendären Expeditionsreisen des James Cook

Dem britischen Seefahrer James Cook (1728–1779), der auf drei Expeditionsreisen die Weiten des Pazifiks erkundete und erstmalig Neuseeland, Australien und die Inselwelt der Südsee kartographierte, ist eine Ausstellung in der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland in Bonn gewidmet.

Die Ausstellung erzählt mit rund 500 Exponaten von den Reisen des James Cook und seines internationalen Wissenschaftlerteams, das im Zeitalter der europäischen Aufklärung in einer Vielzahl von Disziplinen neue Erkenntnisse beitragen konnte: in Navigation, Astronomie, Naturgeschichte, Philosophie und Kunst. Darüber hinaus haben diese

In Europa verstreute Exponate wieder zusammengeführt

Reisen die Begründung einer neuen Wissenschaft ermöglicht, der Völkerkunde (Ethnologie). Zum ersten Mal werden in Bonn die von Cooks Reisen mitgebrachten ethnographischen und naturhistorischen Objekte aus den verschiedenen pazifischen Kulturen wieder zusammengeführt, nachdem sie bereits Ende des 18. Jahrhunderts in frühe völker- und naturkundliche Sammlungen in ganz Europa verstreut worden waren.

Als die „Adventure“ und die „Resolution“, wie ihre Vorgängerin „Endeavour“ ein umgebauter Kohlefrachter, am 13. Juli 1772 die Segel setzten und in Richtung des legendären Südlands in See stachen, waren auch die Westpreußen Reinhold (1729–1798) und Georg Forster (1754–1794) mit an Bord der „Resolution“. Drei Jahre und 18 Tage waren sie mit Captain James Cook unterwegs, um unter heute kaum vorstellbaren Bedingungen die weißen Flecke auf der Landkarte mit Farbe zu füllen, sprich, neue Länder und ihre Menschen zu erkunden. James Cook war, wie viele vor ihm, davon getrieben, das legendäre Südland zu finden, das man in den ungeheuren Weiten des Pazifiks vermutete, ein riesiges Gebiet als Gegengewicht zur Landmasse auf der nördlichen Halbkugel. Cook wagte sich bis zur Packeisgrenze vor. „Der äußere nördliche Rand dieses unermesslichen Eisfeldes bestand aus losem oder gebrochenem, so dicht gedrängtem Eis, dass ein Eindringen unmöglich war“, notierte Cook am 30. Januar 1774 im Logbuch, „ungefähr eine Meile breit und fest, bildete es eine zusammenhängende, kompakte Masse.“ Er sah keine Möglichkeit, weiter voran zu kommen und drehte ab nach Norden Richtung Tahiti.

Johann Zoffany: Der Tod des Captain James Cook (um 1789) — Bild: National Maritime Museum, Greenwich

Der Südkontinent wurde auch auf dieser Expedition nicht gefunden. Resultat der 300 000 Kilometer langen Reise, die auch auf die Tonga-Inseln, Vanuatu und die Osterinseln führte, aber waren 270 neu entdeckte Pflanzenarten und 241 Tierarten: 13 Säuger, 139 Vögel, acht Amphibien, 72 Fische und neun Weichtiere (Mollusken), welche die Forsters dokumentierten.

Reinhold Forster hatte gehofft, ein Buch über seine Reiseerlebnisse herausgeben zu können, überwarf sich aber mit der Admiralität, die ihm verbot, seine Erkenntnisse zu veröffentlichen. 1777 holte dies Sohn Georg nach, der eigentlich nur mitgefahren war, um bisher unbekannte Flora und Fauna in der Südsee bildlich zu dokumentieren. Er legte in englischer Sprache seine Erlebnisse dieser Fahrt unter dem Titel „Reise um die Welt“ vor; zwei Jahre später erschien die deutsche Übersetzung.

Schon 1768 war Cook, der von einem kleinen Bauernhof in Yorkshire stammte und seit seinem 17. Lebensjahr zur See fuhr, im Auftrag der Royal Society in See gestochen, um bei Tahiti den Durchgang der Venus vor der Sonne am 3. Juni 1769 zu beobachten, wovon man sich eine genauere Messung des Abstands der Erde von der Sonne versprach, die auch gelang. Nebenher aber sollte er schon damals nach dem Südland suchen. Mit Unterstützung des Tahitianers Tupaia konnte er schließlich Neuseeland und Teile Australiens kartographieren. Auf der dritten Reise (1776–1780) begab man sich auf die Suche nach der Nordwestpassage und begegnete den Menschen entlang der nordamerikanischen Küste. Auf dieser letzten Reise starb Cook am 14. Februar 1779 im Alter von nur 50 Jahren unter nicht restlos geklärten Umständen auf Hawaii eines gewaltsamen Todes.

Die Entdeckungsreisen von James Cook hatten enorme kulturelle, religiöse, ökonomische und politische Einflüsse auf den Lebensraum „Südsee“. Schon 1773 notierte Cook im Logbuch nach einer zügellosen Begegnung seiner Matrosen mit den eingeborenen Frauen (wenn auch mit Billigung der Männer): „Das sind die Konsequenzen eines Handels mit Europäern und, was uns noch mehr zur Schande gereicht, mit zivilisierten Christen.“ Auch Georg Forster ahnte schon die Folgen des Aufeinanderprallens zweier Welten: „Es ist Unglücks genug, dass alle unsre Entdeckungen so viel unschuldigen Menschen haben das Leben kosten müssen. So hart das für die kleinen, ungesitteten Völkerschaften seyn mag, welche von Europäern aufgesucht worden sind, so ists doch warlich nur eine Kleinigkeit im Vergleich mit dem unersetzlichen Schaden, den ihnen diese durch den Umsturz ihrer sittlichen Grundsätze zugefügt haben.“

Das Hauptaugenmerk haben die Ausstellungsmacher auf die europäische Perspektive gelegt, mit der man damals auf außereuropäische Welten traf. „Es ist ein zentrales Anliegen, Ergebnisse aus den Forschungen zur Naturgeschichte, Seefahrtsgeschichte, Kunstgeschichte und der frühen Ethnologie miteinander im Geiste der Aufklärung des 18. Jahrhunderts zu verknüpfen und erstmals interdisziplinär zu präsentieren. Mit Cooks Vordringen in die Weiten der Südsee veränderte sich das abendländische Weltbild, mit ihm begann im Zeichen aufklärerischer Fortschrittsgläubigkeit ein Aufbruch in die europäische Moderne.“

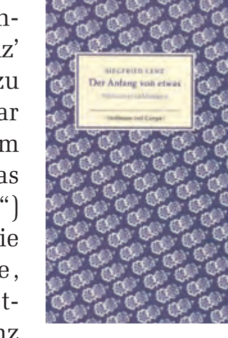
Silke Osman

Die Ausstellung in der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland, Friedrich-Ebert-Allee 4, Bonn, in Kooperation mit dem Institut für Ethnologie der Universität Göttingen ist bis 28. Februar dienstags und mittwochs von 10 bis 21 Uhr sowie donnerstags bis sonntags von 10 bis 19 Uhr geöffnet, Eintritt 8/5 Euro. Anschließend Museum für Völkerkunde, Wien, (10. Mai bis 13. September 2010) und Historisches Museum Bern (7. Oktober 2010 bis 13. Februar 2011). Zur Ausstellung erscheint ein umfangreicher Katalog im Hirmer Verlag (29 Euro).

FÜR SIE GELESEN

Siegfried Lenz: Neuer Film, neues Buch

Während der norddeutsche Schauspieler Jan Fedder für die Verfilmung des Romans „Die Auflehnung“ von Siegfried Lenz gerade vor der Kamera steht, arbeitet der Schriftsteller an einem neuen Werk. Die Novelle „Landesbühne“ um ein paar Kleinganoven soll im Herbst bei Hoffmann und Campe erscheinen. Fedder, der schon zweimal in Verfilmungen von Lenz' Romanen zu sehen war („Der Mann im Strom“, „Das Feuerschiff“) trifft genau die Charaktere, die der Ostpreuße Lenz so meisterhaft beschrieben hat. Auch in dem neuen Buch werde wieder eine Rolle für ihn dabei sein, so Fedder über Freund Lenz, er habe sogar den ganzen Roman auf ihn ausgerichtet, sagte Fedder in einem Interview mit dem NDR.



In dem 1994 erschienen Roman „Die Auflehnung“ geht es um die Geschichte des Fischmeisters Frank Wittmann, gespielt von Jan Fedder, der in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sich und seine kleine Familie durchbringen muss. Als ein erster Kormoran sich an seinen Teichen blicken lässt, sieht Wittmann rot... Ob es nun in dem neuen Buch von Lenz derart dramatisch zugeht wie in „Die Auflehnung“ muss man abwarten.

Wer nicht so viel Geduld aufbringen kann, der mag zu einem kleinen Band mit acht Meistererzählungen von Siegfried Lenz greifen, der jetzt bei Hoffmann und Campe erschienen ist. Mehr als 150 Kurzgeschichten hat der Ostpreuße geschrieben, in diesem Band sind Höhepunkte seines Schaffens versammelt. *os*

***Siegfried Lenz: „Der Anfang von etwas. Meistererzählungen“**, Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 2009, 128 Seiten, Pappband, 10 Euro*

Der Star des »Ring« war Christian Thielemann

Bayreuther Festspiele 2009: Die Töchter Wolfgang Wagners setzten auf Bewährtes – »Magischer Ort«

Erstmals in diesem Jahr haben die Töchter Wolfgang Wagners, Katharina und Eva, das Geschehen auf dem grünen Hügel bestimmt. Seit dieser Saison leiten sie gemeinsam die Bayreuther Festspiele, wenn auch nicht mehr auf Lebenszeit wie ihr Vater, aber doch sechs Jahre lang. Katharina tritt schwerpunktmäßig nach außen auf, übernimmt also die Öffentlichkeitsarbeit und führt auch Regie. Eva, die lange Jahre ähnliche Arbeit beim Festival in Aix-en-Provence leistete, schließt Verträge mit Regisseuren, Dirigenten und Sängern ab und leitet die laufende Verwaltung. Beider Konzept ist: Das Bewährte beibehalten, und mit Neuerungen behutsam umgehen. Es wird beim Festspielcharakter Bayreuths bleiben, mit festem Zeitplan im Juli und August wie bisher, und es wird nur das Werk Richard Wagners aufgeführt. Damit bleibt der seit Jahrzehnten weltweit bekannte und geschätzte Rahmen Bayreuths erhalten.

Ansonsten geht man an die Öffentlichkeit: Schon 2008 waren per öffentlicher Übertragung auf Großbildschirmen die Meistersinger zu sehen, 2009 nun Tristan und Isolde. Die Aufnahme durch das Publikum war überwältigend: Beide Male kamen 30 000 bis 40 000 Besucher. Dazu wurde in diesem Jahr der „Fliegende Holländer“ in einer besonderen Bearbeitung für Kinder vor begeisterten jungen und jüngsten Zuschauern auf einer der Probebühnen des Festspielhauses aufgeführt. Und was beiden Schwestern natürlich ein besonderes Anliegen ist: die künstlerische Qualität in Regie und Musik zu steigern, so dass Bayreuth wieder weltweit richtungsweisend für Wagner-Aufführungen wird.

Bayreuth ist schließlich nicht irgendein Festspielort, es ist ein magischer Ort, der Publikum und Mitwirkende seit weit über 100 Jahren in seinen Bann zieht. Die Geschichten, die Wagner erzählt, passen nicht in das Gewand, das ihnen so manche Regisseure in den letzten sechs, sieben Jahren verpassen wollten.



Dirigat von archaischer Gewalt: Christian Thielemann begeistert nicht nur in Bayreuth das Publikum. — Bild: Internet

Es sind gewaltige Geschichten, voller Mythos, die ernst zu nehmen sind, und das Narrenkostüm steht ihnen gar nicht. Hoffen wir, dass der genius loci des Festspielhauses nicht weiter demontiert wird. Entscheidend ist, dass sich das Publikum und nicht nur die Kritik in Bayreuth wohlfühlt. – In „Parsifal“ geht es um den Mythos vom Opfer des einen, der die Last der andern auf sich nimmt: eben die Parallele zum Erlösungsgeschehen des Christentums. Um es vorweg zu nehmen: Stefan Herheims Inszenierung genügt einer Reihe von Anforderungen an die Regie. Sie ist ernsthaft gemeint, schlüssig, ästhetisch und musikalisch. Sein Gesamtkonzept ist auf das Gesamtkunstwerk abgestellt: Es verbindet geschickt die Geschichte Parsifals und seiner Gestalten mit der Geschichte Deutschlands seit der Reichsgründung und mit der Geschichte der Familie Wagner. Das ist neu und originell. Ohne jede Oberlehrerhaftigkeit mit erhobenem Zeigefinger wird uns in ästhetischen Bildern eindrucksvoll diese Dreifachhandlung – Parsifal, Deutschland, Wagner – vor Augen geführt. Man merkt, dass Herheim Musik und Oper kennt und schätzt, im Gegensatz zu dem einen oder andern „Regisseur“, der in Bayreuth während der letzten Jahre „am Werk“ war. Trotz der mannigfaltigen Regieeinfälle waren Handlung und Musik, Orchester wie Gesang, synchron, wie es sein muss und behinderten sich nicht gegenseitig. Eine intellektuelle und ästhetische Produktion. Man muss mitdenken, und man hat etwas fürs Auge, opulent bisweilen und mit viel Bewegung, aber nie mit Aktionismus, was dem an sich statuarischen Werk gut tut!

Richard Wagners „Ring des Nibelungen“ erzählt die ewige Geschichte vom Untergang und vom Neuanfang, von Menschen und von Göttern. Tankred Dorsts Regiekonzept fügt zu den vom Komponisten vorgegebenen Ebenen die Zeitebene hinzu, um die Aktualität der Werksaussagen deutlich zu machen. Die Umsetzung seiner Einfälle ist häufig allerdings nichtssagend, beiläufig, erläuterungsbedürftig, vor allem wenn Dorsts sonderbare Regieeinfälle über den Zuschauer hereinbrechen: Ein Riesengockel stolziert hinter Gunter her, eine nackte Frau mit Kavalieren erinnert an Manets „Frühstück im Grünen“ – die Gruppe nimmt Hagen fast den Platz zum Agieren weg.

Der Star der Tetralogie ist ohnehin der in Berlin geborene Dirigent Christian Thielemann. Er zeigt, wie Wagner allem eine Stimme verleiht und alles tönen lässt (Nietzsche). Nichts wird zugedeckt, sondern unterstrichen, es ist eine Freude, wie sich Handlung und Musik verweben. Aber wenn es drauf ankommt, dann bricht das Verhängnis in Tönen herein. Der besonders langsame Walkürenritt und der Trauermarsch nach Siegfrieds Tod (bei geschlossenem Vorhang) lassen aufhorchen: Thielemann gehört in die Reihe der großen Wagnerdirigenten. Sein Dirigat ist gleichzeitig von archaischer Gewalt und hoher Transparenz – nichts geht verloren, und nie ist es bloß spektakulär.

Bis 2015 will Thielemann permanent in Bayreuth dirigieren. Dann wird auch eine Neuinszenierung von Tristan und Isolde durch Katharina Wagner auf dem Programm stehen.

Irmgard u. Werner Dremel/PAZ

Der Sieger von Mars-la-Tour

Vor 200 Jahren, am 26. August 1809, kam Reimar Constantin von Alvensleben als Spross einer niederdeutschen Adelsfamilie in Berlin zur Welt. Wie seine älteren Brüder Gustav und Werner wurde auch Constantin in der Berliner Kadettenanstalt erzogen. 1827 trat er als Sekondeleutnant in das Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiment ein. 1853 wurde er als Major in den Generalstab versetzt. 1860 übernahm er im Kriegsministerium die Leitung der Abteilung für Armeeangelegenheiten. Bereits im darauffolgenden Jahr wurde er jedoch zur Truppe zurückversetzt. Im Deutsch-Dänischen Krieg von 1864 wurde er Generalmajor, im deutschen



Constantin von Alvensleben

Bruderkrieg von 1866 Generalleutnant.

Im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 führte er als Kommandierender General das III. Armeekorps. Als Sieger der Schlacht von Mars-la-Tour trug er wesentlich zur kriegswichtigen Einschließung der Französischen Rheinarmee in Metz bei. Des weiteren nahm er an den Schlachten bei Graveltotte, Beaune-La-Rolande, Orléans un Le Mans teil. Nach dem Krieg nahm er 1873 seinen Abschied. Am 28. März 1892 starb der General in Berlin. Noch kurz vor seinem Tode wurde er für sein Lebenswerk mit dem Schwarzer-Adler-Orden geehrt. Das Infanterie-Regiment Nr. 52 in Cottbus erhielt ihm zu Ehren den Namen „von Alvensleben“.

Manuel Ruoff

Das Schicksal der Marienburg

Der größte Backsteinbau Europas wurde vor 700 Jahren politisches Zentrum des Deutschordensstaates

Von 1309 bis 1454 war die Marienburg Sitz der Hochmeister des Deutschen Ordens und damit Herrschaftszentrum des Deutschordensstaates. In dieser Funktion, aber auch danach, hatte der größte Backsteinbau Europas eine bewegte Geschichte.

Der Deutsche Orden war aus der Verbindung des adligen Rittertums mit monastischen Traditionen entstanden. Er wurde während der Belagerung der im heutigen Nordisrael gelegenen Stadt Akkon von 1189 bis 1191 unter dem Namen „Orden der Ritter des Hospitals St. Marien des Deutschen Hauses oder der Deutschen zu Jerusalem“ gegründet. Die Erhebung zu einem eigentlichen Ritterorden erfolgte 1199. Die zunehmenden Spannungen zwischen den erstarkenden mittelalterlichen Königtümern und den christlichen Orden bedrohten diese und führten 1307 zum Ende des Templerordens. Diese Tatsache bedeutete auch für den Deutschen Orden eine gewisse Bedrohung. Der Orden hatte nach dem Verlust seiner Eroberungen im Heiligen Land im Jahr 1291 seinen Sitz nach Venedig verlegt und musste sich nun neue Betätigungsfelder erschließen. Letztere fand er im Nordosten des Reiches. Es war daher folgerichtig, dass der Hochmeister Siegfried von Feuchtwangen den Hauptsitz des Ordens im September des Jahres 1309 in die Marienburg verlegte, um die in den Ordenskapiteln festgelegte Aufgabe der Missionierung der Heiden vor Ort wahrnehmen zu können.

Als diese Entscheidung fiel, hatte die Marienburg bereits über 30 Jahre bestanden. Denn das Schloss Marienburg war durch Konrad von Thierberg, der von 1273 bis 1279 Landmeister des Deutschen Ordens in Preußen gewesen war, um 1274 in zweijähriger Bauzeit errichtet worden. Einen quadratischen Hof umschlossen vier mehrgeschossige Flügel, in denen sich neben dem Kapitelsaal und der Kapelle die Speise- und Schläfsäle der Ritter befanden.

Da die vorhandene Burg ab 1309 als Hauptsitz des Ordens mit dem für den Hochmeister notwendigen Verwaltungsapparat und als Ausgangspunkt für die weitere Unterwerfung der östlich davon liegenden Ländereien zu klein war, wurden insbesondere in den Jahren 1324 bis 1341 umfangreiche Erweiterungsbauten errichtet. Die an der Südostecke des Hochschlosses gelegene Marienkirche wurde mit einem acht Meter hohen Relief der Jungfrau Maria geschmückt, dessen goldene, blaue und rote Mosaike weithin sichtbar waren. Die Vorburg nordöstlich der Burg wurde noch weiter nach Nordosten verlegt und das Mittelschloss sowie der imposante Palast des Hochmeisters als Anbau an den zur Nogat liegenden Flügel neu errichtet. Dieser repräsentative Profanbau wurde um 1400 fertig und weist neben gotischen Elementen auch italienische und flämische Einflüsse auf. In der dann entstandenen Vorburg befand sich neben Wirtschaftsräumen und Speichern eine Kapelle für die Dienerschaft und weibliches Personal. Zahlreiche Mauern und Gräben, in welche die Nogat umgeleitet wurde, dienten der Verteidigung der Gesamtanlage. An der Burg wurde bis zum Ende des 14. Jahrhunderts gebaut. Die größte Backsteinanlage der Welt entstand.

Seit dem Niedergang des Deutschen Ordens hatte die Marienburg ein wechselvolles Schicksal. 1457 wurde sie von den vom Orden angeworbenen Söldnern an den König von Polen verkauft; der Hochmeister wählte Königsberg zu seiner Residenz. 1466 wurde ganz Westpreußen polnischer Besitz und die Burg Sitz polnischer Starosten. Die Marienburg hatte ihre Hoch-Zeit überschritten. Als Friedrich der Große (1712–1786) sie 1772 mit ganz Westpreußen durch die Erste Polnische Teilung für Preußen erwarb, erwähnte er sie nur noch als historische Reminiszenz. Sie verfiel mit der Zeit und sollte 1803 sogar abgerissen werden.



Siegfried von Feuchtwangen auf der Marienburg: Er machte den Bau zum Hauptsitz des Deutschen Ordens. 1803 sollte sie abgerissen werden. Bild: Bildarchiv preußischer Kulturbesitz

Der in Tilsit geborene Dichter der Freiheitskriege Max von Schenkendorf (1783–1817) machte gerade noch rechtzeitig durch einen Zeitungsartikel auf den drohenden Kulturfrevel aufmerksam. Auch der Dichter der Romantik Joseph von Eichendorff (1788–1857) setzte sich für die Erhaltung der Marienburg ein. So kam es, dass von 1817 bis 1842 eine gründliche Restauration der Burganlage begann. Karl Friedrich Schinkel (1781–1841), der die Burg 1819 besuchte, unterstützte die Maßnahmen: „Die Schönheit der Verhältnisse, die Kühnheit der Gewölbe in den Remtern, die Originalität und Consequenz der Fassaden ... sucht man anderswo überall vergeblich.“ Der Ablauf der Wiederherstellung wurde von Joseph von Eichendorff mit einer schönen Publikation „Die Wiederherstellung des Schlosses der deutschen Ordensritter zu Marienburg“ (Berlin, 1844) dokumentiert. Als am 12. und 13. September 1872 in der teilweise renovierten Burg im Beisein von Kaiser Wilhelm I. (1797–1888) Feierlichkeiten zum „Heimfall“ Westpreußens 100 Jahre zuvor stattfanden, waren der Palast des Hochmeisters und das Mittelschloss noch nicht endgültig restauriert. Immerhin legte der Kaiser den Grundstein für ein monumentales Denkmal Friedrich des Großen von dem Königsberger Bildhauer Rudolf Siemering (1835–1905), das vor dem Haupteingang der Burg errichtet und 1877 enthüllt wurde. Es ist seit Kriegsende verschollen.

Im Zweiten Weltkrieg wurden weite Teile – insbesondere der Turm des Hochschlosses und die Marienkirche – zerstört. Im Mittelschloss gab es 1959 zwei verheerende Brände, deren Ursachen nicht genau geklärt werden konnten. Danach schritt die Restaurierung ständig voran, so dass die Burg inzwischen Ziel zahlreicher Touristen ist.



Jürgen Ziechmann

Er ließ den Teltowkanal bauen

Der Polizeipräsident Berlins und Landrat Ernst von Stubenrauch starb vor 100 Jahren – Als Chef umtriebig und fordernd

Teltow bei Berlin: Zur Trauerfeier in der Berliner Garnisonkirche erschien fast alles, was in der Reichshauptstadt Rang und Namen hatte. Selbst das Kaiserpaar gab dem Toten das letzte Geleit. Dicht an dicht habe sich die Bevölkerung an den Straßen gedrängt, als der Sarg nach Genshagen gebracht wurde, berichtete die Presse. Dort auf dem Friedhof gegenüber dem Schloss fand von Stubenrauch seine letzte Ruhestätte. Bis ein Jahr vor seinem Tod waltete und schaltete dieser Ernst Leberecht Hugo Georg Colmar von Stubenrauch als Landrat im Teltow-Kreis – dem „Lieblingskreis“ des letzten Deutschen Kaisers.

Im Teltow lebten damals knapp 200 000 Menschen. Dazu gehörten der Süden der heutigen Bundeshauptstadt einschließlich des Schlosses Charlottenburg und Teile von Potsdam. Wer hier erfolgreich als Verwaltungschef agieren wollte, musste unbedingt die entsprechenden fachlichen Voraussetzungen mitbringen und über eine gehörige Portion Menschenkenntnis verfügen.

Stubenrauch entstammt einer bürgerlichen Juristenfamilie. Geboren am 19. Juli 1853 im schlesischen Sagan wuchs er in Berlin auf. Als Kriegsfreiwilliger erlebte



Ernst von Stubenrauch Bild: Wikipedia

er 1871 die Belagerung von Paris. Nach den Deutsch-Französischen Krieg nahm er das Studium der Rechte auf, beschäftigte sich mit Verwaltungswissenschaften und Volkswirtschaft. Er legte das Referendar-Examen ab, arbeitete an verschiedenen Gerichten und bei der Polizei. Der junge Mann machte Karriere. Bereits mit 33 Jahren wurde er Landrat. Er setzte sich gegen einen adligen Gegenkandidaten durch. Das war zu jener Zeit noch eine kleine politische Sensation. Stubenrauch brachte ehrgeizige Projekte auf den Weg. Vor allem mit dem Ausbau des brandenburgischen Verkehrssytems – dem Straßenbau und der Errichtung des Teltowkanals – setzte er Zeichen. Um fast 300 Kilometer ist in seiner Amtszeit das Wegenetz des Kreises gewachsen. Auf sein Drängen hin fielen nach der Jahrhundertwende die Zölle für die Chaussee-Nutzung weg. Einen Namen hat sich Stubenrauch auch mit dem Bau von Krankenhäusern gemacht – in Zossen und Trebbin, in Lichterfelde und Mittenwalde, dem Oberlinhaus in Potsdam-Babelsberg. Es war die Ära des „Eisernen Kanzlers“ Otto von Bismarck, unter dessen Regierung das Deutsche Reich ein für die damalige Zeit weltweit einzigartiges Sozial- und Gesundheitssystem aufbaute. Und da war noch der 38 Kilometer lange Teltowkanal. Die künstliche Wasserstraße entstand zwischen 1900 und 1906. Sie verbindet Havel und Spree. Aus eigener Kraft brachte der Kreis Teltow die für den Bau notwendigen 50 Millionen Reichsmark auf. Kein einziger Pfennig kam vom Königreich Preußen oder aus den Kassen des Deutschen Reiches. Die Stubenrauchschen Visionen zahlten sich aus: Es gab kaum einen Ort links und rechts der Wasserstraße, der nicht seine Industrialisierung dem Kanal verdankte. Der Fortschritt hatte übrigens auch einen Preis. Als Stubenrauch die Amtsgeschäfte seinem Nachfolger übergab, soll er ihm einen Schuldenberg von 65 Millionen Reichsmark hinterlassen haben.

Einfach kann die Zusammenarbeit mit dem zwar umtriebigen, aber zugleich sprichwörtlich korrekten Landrat nicht gewesen sein. Was nämlich Stubenrauch von sich selbst abverlangte, das legte er auch seinen Untergebenen auf. Er forderte absolute Disziplin und unbedingte Einsatzbereitschaft. Das konnte im Extremfall bedeuten, dass bei Bedarf der Feierabend einfach ausfiel. Urlaub, so wird berichtet, habe man in der Regel nur bei Krankheiten einreichen können. Möglicherweise ist das aber auch nur eine der vielen Legenden, die sich schon zu Lebzeiten um das „Arbeitstier“ Stubenrauch bildeten. Jedenfalls soll er in seine „heimischen vier Wände“ immer ausreichend Arbeit mitgebracht haben. Seit 1891 lebte Stubenrauch in Genshagen auf dem Familienschloss seiner Ehefrau Frieda, einer geborenen Baronesse von Eberstein.

Als Vorreiter des Volkssports genehmigte er das erste Schwimmbad am Wannsee

Wilhelm II. wusste die Stärken „seines“ Landrates zu schätzen und erhob ihn 1900 in den erblichen Adelsstand. Auch als Vorreiter für den Volkssport ist der Landrat in die preußische Geschichte eingegangen. Am Wannsee genehmigte er das erste Schwimmbad. Der Kampf gegen konservative Widersacher der Badeanstalt sei allemal kräftezehrender gewesen als das Durchboxen des Teltowkanals, soll Stubenrauch einmal geäußert haben. Vor allem die Polizisten seien „sauer“ gewesen. Konnten bislang die Gendarmen mit aller Schärfe des Gesetzes gegen Badende vorgehen, so mussten sie jetzt die Wassersport-Freunde schützen. 1908 ernannte der Kaiser Stubenrauch zum Polizeipräsidenten von Berlin. Noch gar nicht lange im Amt als oberster Ordnungshüter von Berlin, erkrankte er unheilbar an Kehlkopfkrebs. Während eines Kuraufenthaltes im Harz-Städtchen Schierke ist Ernst von Stubenrauch am 4. September 1909 gestorben – gerade mal 56 Jahre alt.

Karel Chemnitz

Der Zweite Weltkrieg hatte viele Väter

Die Kriegsursachen waren komplexer, als es die gängige Schwarzweißmalerei erscheinen lässt

Wir nähern uns dem 1. September und damit einem für unser Volk sehr bedeutsamen Tag, dem 70. Jahrestag des Kriegsbeginns. Jedem Deutschen ist dieses Datum durch Schulbücher, eine umfangreiche Geschichtsliteratur sowie durch Film- und Fernsehproduktionen ein Begriff. Das Bild, das sich dabei in den Jahrzehnten dieser Geschichtspräsentationen in unseren Köpfen festgesetzt hat, ist so eingängig und „schwarz-weiß“ wie es verzerrt ist und in Teilen falsch.

Dieses Bild zeigt ein Deutschland, das 1939 über Polen herfällt, eine Sowjetunion, die sich die Hälfte Polens raubt, und ein Polen, das dabei nur Opfer ist. Was diese Darstellungen der Geschichte in aller Regel auslassen, sind die Gründe, die zur Kriegseröffnung führten, die sich fast ein Jahr hinziehenden Bemühungen der damaligen deutschen Regierung, die deutsch-polnischen Probleme auf dem Kompromisswege zu lösen, sowie die intensiven und frühen Kriegsvorbereitungen auch in Polen.



Angehörige der SS-Heimwehr werden aus der polnischen Post in Danzig beschossen: Die Republik Polen hatte die Zwischenkriegszeit genutzt, eine Vielzahl von Behörden in der Freien Stadt Danzig einzurichten. Bild: Ullstein

Der Vertrag von Versailles hatte dem Deutschen Reich und Polen drei Problembereiche hinterlassen. Zum ersten wurde die zu 97 Prozent deutsch bewohnte Hansestadt Danzig von Deutschland abgetrennt und zur teilsouveränen Republik „Freie Stadt Danzig“ erklärt. Damit wurde sie zu einem eigenen Staat gemacht. Die Hypothek, die die Sieger den Danzigern dabei mitgegeben hatten, bestand darin, dass sie der Republik Polen besondere Zoll-, Post-, Bahn- und Handelsrechte in Danzig eingeräumt sowie die außenpolitische Vertretung Danzigs übertragen hatten. Ansonsten stand die Freie Stadt unter dem Protektorat des Völkerbunds, also der Siegermächte selbst.

Die Republik Polen begann alsbald, eine Vielzahl von Behörden im Freistaat einzurichten. Die Mischung polnischer und Danziger Behörden in den Bereichen Post, Bahn, Zoll und Wasserstraßen erzeugte ein endloses Kompetenzgerangel. Als der Staat Polen in den Folgejahren versuchte, sich Danzig in einer Serie vieler kleiner Schritte einzuverleiben und den Hohen Kommissar des Völkerbundes mit immer neuen Forderungen bombardierte, um den in Versailles erhobenen Anspruch auf Danzig doch noch durchzusetzen, erwies sich, dass dieses Konstrukt eines selbständigen Kleinstaats mit vielen ihm entzogenen Hoheitsrechten auf Dauer so nicht lebensfähig war.

Polen musste sich in den 20er Jahren wiederholte Male vom Völkerbund belehren lassen, dass es keine Oberherrschaft über Danzig auszuüben habe. Der Rat des Völkerbunds in Genf musste sich bis 1933 106mal mit Streitfällen zwischen Polen und der Freien Stadt befassen. Die Streitigkeiten zwischen Danzig und der Republik Polen nahmen bis zum Kriegsbeginn kein Ende.

Das zweite Faktum war, dass der größte Teil Westpreußens mit immerhin 70 Prozent deutscher Bevölkerung und der Provinz Posen mit noch 38 Prozent Deutschen sowie ein Teil Oberschlesiens von Deutschland abgetrennt und Polen zugesprochen worden waren. Damit waren rund zwei Millionen deutsche Bürger gegen ihren Willen polnische Staatsbürger geworden.

Als 1938 erst Österreich und dann die Sudetengebiete mit dem Deutschen Reich vereinigt wurden, stieg die Angst der Polen, Deutschland könnte auch von ihnen Land und Menschen aus dem Bestand des alten Deutschen Reichs zurückverlangen. Die Feindschaft der Polen gegen ihre deutsche Minderheit nahm wieder einmal scharfe Formen an. Terrorakte gegen Deutsche, die Zerstörung deutscher Geschäfte, die Schließung deutscher Firmen und die Brandstiftungen an deutschen Bauernhöfen nahmen 1939 ständig zu. Die Lage wurde unerträglich. Im Sommer 1939 schwoll die Zahl der Volksdeutschen, die dem entkommen und Polen „illegal“ verlassen wollten, ständig an. Bis Mitte August waren über 76 000 Menschen ins Reich geflohen und 18 000 zusätzlich ins Danziger Gebiet. Die Berichte über den Umgang der Polen mit ihrer deutschen Minderheit und die Schilderungen der Geflohenen waren Öl aufs Feuer des deutsch-polnischen Verhältnisses in den letzten Wochen und Tagen vor dem Kriegsausbruch.

> Der Rat des Völkerbunds in Genf musste sich bis 1933 106mal mit Streitfällen zwischen Polen und Danzig befassen

Die dritte deutsch-polnische Belastung ergab sich ebenfalls aus der erzwungenen Abtretung Westpreußens an Polen. Damit entstand ein polnischer Landstreifen zwischen dem Kern des Deutschen Reichs und der von nun an von Deutschland abgetrennten Provinz Ostpreußen. Es entstand der „polnische Korridor“. Auf diese Weise hingen Ostpreußens Wirtschaft und besonders seine Energieversorgung auf einmal von den Verkehrswegen durch nun polnisches Gebiet ab. 1920 war dazu vertraglich festgelegt worden, dass die Verkehrsverbindungen nach Ostpreußen für Personen, Waren und vor allem Steinkohle aus Oberschlesien über acht Eisenbahnstrecken durch Polen laufen sollten, und dass die Transitgebühren dafür in Zloty zu entrichten wären. Während und nach der Weltwirtschaftskrise nahm Deutschland im Außenhandel jedoch nicht mehr genug Zloty ein. Um die Gebühren zu entrichten, überwiesen die deutschen Behörden die an Zloty fehlenden Beträge monatlich in Reichsmark. Doch Polen sah darin einen Vertragsbruch, was es streng nach dem Vertragstext ja auch war, und schloss zur Strafe ab 1936 eine Bahnverbindung nach der anderen. 67 Prozent der Eisenbahntransporte jedoch dienten der Energieversorgung Ostpreußens. Sie fuhren Kohle aus Oberschlesien für Industrie, Gewerbe, den Hausbrand und die Stromerzeugung in die abgeschnittene Provinz. Schließlich drohte die polnische Seite damit, bei weiterhin unvollständigen Zloty-Überweisungen auch die letzten Strecken zwischen Ostpreußen und dem Reichsgebiet zu schließen. Damit wäre Ostpreußen von seiner Energieversorgung abgeschnitten und dem wirtschaftlichen Ruin preisgegeben worden. So kam im Reichswirtschaftsministerium die Idee auf, mit den Polen statt über Zloty-Zahlungen über exterritoriale Verkehrsverbindungen von Pommern nach Ostpreußen in deutscher Hoheit und Regie zu sprechen.

Mit den drei Problemen, der Gründung eines eigenen Staates Danzig, mit der Zwangsunterstellung von zwei Millionen Deutschen unter Polens Herrschaft und mit der territorialen Abtrennung des Landesteiles Ostpreußen vom deutschen Kernland hatten die Siegermächte in Versailles so viel Konfliktstoff für Deutschland und für Polen aufgetürmt, dass ein gedeihliches Nebeneinander der zwei Nachbarstaaten ohne spätere Korrekturen fast ausgeschlossen war.

Nachdem Adolf Hitler Warschau im September 1938 im Streit mit Prag um das Gebiet von Teschen unterstützt hatte, sah er den Zeitpunkt als günstig für eine deutsch-polnische Verständigung an. Er ließ Verhandlungen mit Polen um Danzig, die Transitwege durch den Korridor und die Einhaltung der Minderheitenrechte der Deutschen in Polen eröffnen. Sein erstes Angebot: die Anerkennung der polnischen Gebietserwerbungen seit 1918 und die Verlängerung des deutsch-polnischen Freundschaftsvertrages von zehn auf 25 Jahre. Im Januar 1939 legte Hitler noch einmal nach. Er schlug vor: „Danzig kommt politisch zur deutschen Gemeinschaft und bleibt wirtschaftlich bei Polen.“

Am 14. März 1939 beging Hitler seinen großen Fehler. Er erklärte die Tschechei entgegen früher gegebenen Versprechen zum deutschen Protektorat und ließ sie besetzen. Nun brauchten die Briten Verbündete gegen Deutschland. Sie boten Polen einen Beistandspakt an. Polen schloss Ende März 1939 einen Vertrag mit England, machte seine Truppen teilweise mobil und verdoppelte seine Truppenstärke, stellte sieben Armeestäbe auf und ließ Truppen in Richtung Ostpreußen aufmarschieren. Das alles im März 1939.

Hitler reagierte. Er gab am 3. April 1939 der Wehrmacht erstmals den Befehl, einen Angriff gegen Polen vorzubereiten.

Nun herrschte Eiszeit zwischen Deutschland und Polen. Die polnische Regierung erklärte, der Status der Freien Stadt Danzig beruhe ja nicht auf dem Vertrag von Versailles, sondern auf der jahrhundertelangen Zugehörigkeit Danzigs zu Polen, und Posen und Westpreußen gehörten de jure und de facto längst zu Polen. Die angebotene deutsche Anerkennung sei keine Gegenleistung.

Hitler bat danach die englische Regierung, für Deutschland bei den Polen zu vermitteln. Am 30. August 1939 machte Hitler Polen einen 16-Punkte-Vorschlag. Er schlug als wesentliche Punkte vor: „Die Bevölkerung im Korridor soll in einer Volksabstimmung unter internationaler Kontrolle selbst entscheiden, ob sie zu Polen oder zu Deutschland gehören will. Der Wahlverlierer bekommt exterritoriale Verkehrswege durch den Korridor. Bleibt der Korridor bei Polen, erhält Deutschland exterritoriale Verkehrswege nach Ostpreußen; geht der Korridor an Deutschland, bekommen die Polen exterritoriale Verkehrswege zu ihrem Hafen an der Ostsee, nach Gdingen.“ Und – auch das gehört zum Vorschlag – „der Hafen und die Stadt Gdingen bleiben unabhängig vom Wahlausgang bei Polen, damit Polen einen Ostseehafen hat. Und Polen behält außerdem seine Handelsprivilegien in Danzig.“ Das war der letzte deutsche Vorschlag vor dem Krieg.

Es bleibt noch nachzutragen, dass Polen seinen Kriegsaufmarsch mit der Mobilmachung am 23. März 1939 eingeleitet hatte, während die ersten neun deutschen Heeresdivisionen erst drei Monate danach, am 26. Juni 1939 an die deutsch-polnischen Grenzen verlegt worden waren. Soweit zum deutschen „Überfall“ auf Polen.

> Wenn Hitler Polens Kompromissvorschlag vom Januar 1939 akzeptiert hätte, wäre der Zweite Weltkrieg vielleicht ausgeblieben

Wenn Polen Hitlers Kompromissvorschlag vom Januar 1939, „Danzig kommt politisch zur deutschen Gemeinschaft und bleibt wirtschaftlich bei Polen“, akzeptiert hätte, hätten sich wahrscheinlich auch die andern zwei deutschen Differenzen mit Polen überwinden lassen. Dann wäre Europa der furchtbare Zweite Weltkrieg vielleicht erspart geblieben.

Gerd Schultze-Rhonhof

Der Autor dieses Beitrages ist Verfasser des Buches „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte – Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg“, 6., verbesserte und erweiterte Auflage, Olzog, München 2007 gebunden, 608 Seiten.

MELDUNGEN

Jungfernflug der Me 210

Augsburg – In Carl Zuckmayers Drama „Des Teufels General“ gerät die Titelfigur, Luftwaffengeneral Harry Harras, vor ihrem Selbstmord unter Druck der Nationalsozialisten im Zusammenhang mit einer Fehlkonstruktion. Harras war im wahren Leben der Generalluftzeugmeister Ernst Udet und die Fehlkonstruktion die Me 210. Als die „Messerschmitt“ einen Tag nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges ihren Jungfernflug erlebte,



Me 210 Bild: Archiv

war sie noch unausgereift. Als Nachfolgerin der Bf/Me 110 sollte sie jedoch trotzdem schnell in großer Stückzahl an die Front. Zahlreiche Unfälle waren die Folge. Erst nach 261 gebauten Maschinen wurde die Produktion unterbrochen und bis zur Behebung der Mängel wieder zur Herstellung des Vorgängermodells zurückgekehrt. 1943 schließlich wurde bei der Luftwaffe die Me 210 durch die Me 410 abgelöst. Da hatte der Generalluftzeugmeister bereits den Freitod gewählt. *M.R.*

Die Erste mit Pilotenschein

Paris – Raymonde de Laroche war nicht nur die erste Frau der Welt, die einen Pilotenschein erwarb, sondern auch die erste, die einen Alleinflug machte. Dabei war die vor 125 Jahren in Paris geborene Französin eigentlich Schauspielerin. Und eigentlich hieß sie Elise Roche. „Baronin Raymonde de Laroche“ war nur ihr Künstlername. Zum Fliegen kam sie, als sie 1909 eines Abends mit Charles Voisin dinierte. Der Pilot und Bruder des französischen Flugzeug- und Automobilkonstrukteurs Gabriel Voisin bot ihr an, ihr auf einer seiner Maschinen das Fliegen beizubringen. Die „Voisin“, auf der sie das Fliegen erlernen sollte und wollte, war wie die meisten Maschinen dieser Zeit ein Einsitzer, und so konnte ihr Fluglehrer nur von außerhalb aus Anweisungen geben, aber nicht eingreifen. Eindringlich hatte er seiner Flugschülerin vorher eingebläut, ja nicht abzuheben. Laroche war



jedoch zu tatendurstig, als dass sie hätte widerstehen können, und startete bereits bei ihrer ersten Flugstunde. Es gab weder Tote noch Verletzte oder Sachschaden. Sie hob ab bis auf eine Höhe von fünf Metern und flog dann etwa 300 Meter. Das war der erste Alleinflug einer Frau. Am 8. März 1910 bestand Laroche dann die Pilotenprüfung des Aéro Club de France. Fliegen wurde die große Passion der ersten lizensierten Pilotin. Davon konnte sie auch ein schweres Flugzeugunglück nicht abhalten, das ihr schwerste Kopfverletzungen, einen gebrochenen Arm und zwei gebrochene Beine einbrachte. Ihre Leidenschaft wurde ihr schließlich zum Verhängnis. Am 18. Juli 1919 nahm sie als Copilotin an einem Testflug teil. Die Maschine stürzte ab. Wie der Pilot überlebte auch sie das Unglück nicht. *M.R.*

Durchaus als Volksverhetzung zu werten

Zu: „Geschichtsklitterung noch 64 Jahre danach“ (Nr. 32)

Zu diesem Artikel möchte ich Ihnen meinen Glückwunsch aussprechen und dem anonymen Verfasser danken, auch wenn er nach meinen Geschmack durchaus mit offenem Visier hätte „kämpfen“ können.

Mein Empfehlung an die Führung der Offiziersschule Dresden: Der Denunziant sollte sofort von der Offiziersschule relegiert werden. Der Oberstleutnant hingegen, welcher mit unleugbaren Fakten der bolschewistisch indoktrinierten Museumsangestellten entgegengetreten ist, sollte befördert werden.

Falls der Wehrbeauftragte sich in diese Sache auf Grund dieser Denunziation einmischen sollte, wäre es am Kommandeur der Schule, sich Einmischungen in Belange der Schule auf Grund der „Eingabe“ eines Denunzianten zu verbitten.

Die politische Führung dieses Landes müsste dafür Sorge tragen, dass diese russische Museumsführerin wegen Volksverhetzung des Landes verwiesen wird. Der Paragraph 133 StGB gibt ja viel Raum für entsprechende Sanktionen her.

Dietrich Widmann, Lachendorf

PAZ sollte Pandemie-Panik mehr hinterfragen

Zu: „Tödliches Aufeinandertreffen droht“ (Nr. 29)

Seit ungefähr fünf Jahren beziehen wir Ihre Zeitung. In den ersten Jahren waren wir sehr zufrieden mit Ihrer offenen und ehrlichen Berichterstattung. Leider hat sich aus unserer Sicht einiges verändert: zum Beispiel der Artikel „Tödliches Aufeinandertreffen droht“ von Anton Heinrich.

In dem Artikel schließt sich Herr Heinrich der Panikmache der „Bild“-Zeitung an – zwar auf höherem Niveau, doch der Inhalt ist der gleiche. Von Ihrer Seite aus sollte man diese Panikmache eigentlich hinterfragen – was will man damit bezwecken?

Angst ausüben heißt auch Macht ausüben. Es geht diesen Machthabern nicht um das Wohl der Menschen.

In erster Linie verdient man mit Angstmache sehr viel Geld (Tamiflu, Impfungen) – dazu kommt noch, dass man die Menschen bei Bedarf in Quarantäne stecken kann. Bedarf gäbe es dann, wenn es im Hinblick auf die fortschreitende Weltwirtschaftskrise zu großen Ausschreitungen kommen würde.

Helga und Jürgen Buhlmann, Weinbach

Einheitsimage

Zu: „Geschichtsklitterungen noch 64 Jahre danach“ (Nr. 32)

Nicht „noch“. Die Geschichtsklitterungen Russlands haben immer mehr zugenommen, vielleicht auch, weil die Zeitzeugen schwinden.

Die Geschichte wird von den Russen auf ein Bild gebracht, in dem sie ihren Staat sehen wollen. Und so haben es dann auch alle Russen zu sehen, egal, ob sie es selbst besser wissen.

Johann Hüter, Erfurt

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Die Mauer wird restauriert: Arbeiter säubern in Berlin ein Mauer-Teilstück der „East-Side Gallery“. Künstler werden Motive aus den Jahren 1989 und 1990 neu an die Mauer malen. Bild: ddp

Mauer auch wegen Russen erbaut

Zu: Mauerbau

Eine Zigarrenkiste mit einem teuren Inhalt (goldene Ringe, Bernsteinschmuck, etwa zehn Unzen reines Gold, silberne alte Taschenuhren) kam mir beim Osterputz ins Blickfeld. Die wertvollen Gegenstände waren „Trinkpfänder“ von nicht zahlungsfähigen russischen Offizieren, die mein Bruder als HO-Gaststättenleiter im Haus der Offiziere in Merseburg dann in Empfang nahm, wenn die meist bekannten Offiziere nicht bar zahlen konnten. Nach dem Erhalt des Monatssoldes am Monatsende wurde meist bezahlt, jedoch blieben manche Schuldner auf mysteriöse Weise verschwunden.

Bei einer Inventur durch die HO-Gaststätten-Verwaltung wurde ein Minus von 1990 Mark festgestellt, das auf die Gutgläubigkeit des Gaststättenleiters zurückzuführen war, aber auch auf das Verschwinden der Offiziere, die mit ihren Schulden nach West-Berlin geflohen waren.

Es bahnten sich im Laufe der Zeit durch öffentliche Veranstaltungen mit deutschen Damen Freundschaften an, bei denen der Gedanke der Flucht nach West-Berlin bekannt wurde. Der amerikanische Sender in München in russischer Sprache half dabei vielen, wie man illegal in die Freiheit kommt. Die Kontrollstellen rings um Berlin wurden von den Offizieren oft auch per Fahrrad (in Zivilkleidung) überwunden. Gewiß halfen die Partnerinnen bei Sprachschwierigkeiten der Russen.

Die Quintessenz meiner Gedanken: Die Mauer wurde 1961 nicht nur wegen deutscher Flüchtlinge gebaut, sondern auch wegen Russen, Ukrainern, Polen und Tschechen.

Günter Lange, Basdorf

Wissende wurden umgebracht

Zu: „Katyn-Massaker waren größer“ (Nr. 31)

Katyn ist aus unserem Gedächtnis weitgehend verschwunden. Es wurde lange als deutsche Untat zur Vernichtung der polnischen Intelligenz nahezu auf einen Altar der Erinnerung erhoben. Inzwischen wissen wir zwar, dass die Sowjets die Täter waren, die sich ja 1939 mit Hitler die polnische Beute teilten, aber die Wahrheit hatte es einmal schwer sich durchzusetzen, wenn man den Holocaust wie täglich Brot vorgesetzt bekommt.

Unbekannt dürfte sein, dass deutsche Soldaten in der Kriegsgefangenschaft von den Sowjets hingerichtet worden sind, weil sie Katyn den wirklichen Tätern zugeordnet hatten. Auch das ist eines der ungezählten Verbrechen der Sowjets. **Rudolf Schiele, Hattingen**

Moralisch verständlich, militärisch nutzlos

Zu: „Neue Sicht auf 1944“ (Nr. 32)

Der blutige Aufstand der Nationalpolen in Warschau ist aus moralischen und patriotischen Gründen zu vertreten. Jedes Volk hat das Recht, gegen eine fremde Besatzung Widerstand zu leisten. Allerdings muss die Frage erlaubt sein, ob dieser Widerstand militärisch für die Gesamtlage einen Nutzen hat? Bei der Beurteilung aller Möglichkeiten und der momentanen militärischen Lage war diese von den Westmächten provozierte Handlung nutzlos und kostete die Polen kostbares Blut.

Die Sowjets, die bereits in Katyn die Elite der polnischen Nation ermordet hatten, sahen mit Freude, wie die letzten polnischen Patrioten ins offene Messer liefen.

Schon 1939 ließen die westlichen Garantiemächte ohne ihr Gewissen zu belasten, die Polen im Stich. Nach erfolgter Kriegserklärung an das Deutsche Reich durch England und Frankreich sahen beide demokratischen Mächte zu, wie Polen zerschlagen wurde.

Als Warschau zur Festung erklärt wurde und die Niederlage sich abzeichnete, wurde die polnische Führung mit verlogenen Versprechungen zum weiteren Kampf aufgefordert. Falschmeldungen besagten, dass englische Verbände an der Ostseeküste gelandet seien.

Als dann zum Ende des Polenfeldzuges die Sowjetunion Polen überfiel, hätten auf Grund der Garantien die Demokraten den Sowjets den Krieg erklären müssen. Nun, nichts geschah.

Die Vernichtung des Deutschen Reiches war ihnen wichtiger, als den Polen versprochene Hilfe zu gewähren. **Heinz Unruh, Lemförde**

Durch die eigene Charta entmachtet

Zu: „Übermenschliche Leistung“ (Nr. 33)

War und ist die Charta der Heimatvertriebenen, die vor 59 Jahren verabschiedet wurde, für die Vertriebenen von Nutzen? Meines Erachtens hat sie diese Menschen in die Schattenseite der Gesellschaft gestellt. Wie könnte es sonst der derzeitige Innenminister, Herr Schäuble, wagen, dass die in den historischen deutschen Gebieten nach dem 2. August 1945 Geborenen als Russen, Litauer, Polen, Tschechen und so in der Statistik und in den persönlichen Dokumenten geführt werden sollen?

Herr Schäuble hat garantiert die Charta auf seinem Schreibtisch liegen und weiß daher, dass die Heimatvertriebenen nicht aufmucken werden.

„Schlägt dir dein Gegner auf die rechte Backe, dann halte ihm auch die linke hin“! Das Ergebnis haben wir in über 50 Jahren erniedrigend zu spüren bekommen.

Paul Narkus, Magdeburg

Kriegsopfer nicht im Stich gelassen

Zu: „Wien will Eigentumsrückgabe“ (Nr. 31)

Auch wenn beachtet werden muss, dass die österreichischen Regierungen alles tun und getan haben, um ihr Produkt der Sieger von der deutschen Geschichte zu trennen und sich zum Opfer zu machen, ist anzuerkennen, dass sie ihre Kriegsopfer nicht im Stich gelassen haben. So erhalten die Spätheimkehrer aus dem Osten seit Jahren eine kleine Rente und wie wir lesen, will Wien auch die Eigentumsrückgabe an ihre Staatsbürger bewirken. Davon sind die deutschen Bundesregierungen meilenweit entfernt. **Olaf Drexel, Bonn**

Tatsachenverdreher

Zu: „Mit Klischees für Deutschland“ (Nr. 30)

Was oder wer immer für Deutschland spricht, es sind linksgestrickte Geschichtsfälscher und Tatsachenverdreher, die das Sagen haben. Nichts gegen eine solche Ausstellung, nur muss sie doch ehrlich sein, muss die Verhältnisse so wiedergeben, wie sie sind. Sie muss ein gemeinsames Werk von uns allen für die alle da draußen sein.

Wer hat die Regie? Wie kann gesichert werden, dass eine solche Ausstellung die Wirklichkeit wiedergibt? Ich weiß es nich, und muss nur immer wieder beklagen, dass unser Land durch Jahre anhaltende einseitige Beeinflussung so weit nach links gerutscht ist, dass viele Bürger gar nicht merken, wie sie am Nasenring geführt werden. Ob sich das nach einem möglichen Wahlsieg ändern kann oder ob der Zug abgefahren ist, wird die Zukunft zeigen.

Maria Graumitz, Berlin

Untergrundblase

Zu: „Drogenmarsch“ (Nr. 33)

Ströbele wieder auf der Hanfparade. Ich meine, dass er auch dahin gehört. Wo etwas zum Himmel stinkt, fühlt er sich wohl und es ist ihm auch erlaubt, schließlich fällt ja in jeder Gesellschaft Müll ab.

Es ist erstaunlich, wie lange sich diese schillernde Untergrundblase an der Oberfläche der deutschen Gesellschaft gehalten hat. Spricht das für den Zustand der deutschen Gesellschaft? Wohl eher nicht.

Hans-Heinz Moritz, Berlin

Neue Kirchengemeinden gab es erst ab 1991

Zu: „Zehn Jahre Auferstehungskirche“ (Nr. 33)

Als Kenner der Situation (wir haben dort in der Propstei Kaliningrad/Königsberg von Februar 1999 bis Herbst 2002 selbst gearbeitet) erlauben wir uns, Sie auf einige schmerzliche Fehler hinzuweisen:

1) In der ersten Spalte heißt es: Sie „wiesen in ihren Reden auf den schwierigen Beginn der sich nach 1945 neu formierenden evang.-lutherischen Gemeinden hin“. Das neue Formieren von Gemeinden konnte erst nach dem Niedergang der UdSSR beginnen, also ab 1991. In der sowjetischen Zeit ab 1945/46 war das nicht möglich; das wussten die Gratulanten ganz bestimmt.

2) In der dritten Spalte lassen Sie den katholischen Dechant und Bischofsvertreter, Priester Jerzy Steckiewicz, zum „Vertreter der russisch-orthodoxen Kirche“ werden. Den Namen des ROK-Vertreters nennen Sie stattdessen überhaupt nicht, was aber angesichts der gelegentlich gespannten Verhältnisse vor Ort opportun gewesen wäre.

3) Vera Gast-Kellert ist nicht „Erste Vorsitzende“ des Gustav-Adolf-Werkes (GAW), sondern Leiterin der Frauenarbeit im GAW. Sie war vermutlich von Dr. Wilhelm Hüffmeier (Präsident des GAW) und dem Leipziger Vorstand als Delegierte des GAW zu der dortigen Veranstaltung delegiert.

Luise und Erhard Wolfram, Hannover

Eher 100 als zehn

Zu: „Noch zehn Jahre in Afghanistan?“ (Nr. 33)

Mir sieht es eher nach 100 Jahren und länger aus, wenn die Allierten nicht ihre militärischen Anstrengungen so verstärken, dass sie die Taliban vernichten können. Solange die Afghanen nach einem Rückzug der Taliban mit ihrer Rückkehr rechnen müssen, ist das Land nicht zu befrieden. Und nicht zu vergessen, dem militärischen Sieg muss der wirtschaftliche folgen. **Helmut Rohkst, Schwerin**

Bewusstes Verschweigen linker Umtriebe erhält die Jobs

Zu: „Eichenlaub“ und „Auf einem Auge blind“ (Nr. 28)

Unabsichtliche Zusammenhänge greifen manchmal tief in die Wirklichkeit. Auf der Titelseite stehen zwei Artikel. Vordergründig können keine Zusammenhänge erkannt werden. Der Eichenlaubartikel wird eingeleitet: „Nur gemischte Gefühle kann man empfinden ...“ Wahrlich, wahrlich das stimmt. Die „potentiellen Mörder“, früher Soldaten, die ihr Leben riskieren, werden mit schönem Blech an einem bunten Bändchen gewürdigt. Dieses Ordensmaterial können sie dann tunlichst in einer Schublade verschwinden lassen, in der Öffentlichkeit können sie dafür, wertneutral gesprochen, spitze Bemerkungen einhandeln.

Die meisten „Linken“ in unserer Gesellschaft pfeifen auf Blech, sie wissen genau, Einigkeit macht stark. So verwenden sie ihre Energien darauf, sich gegenseitig zu decken, zu schützen und zu fördern. Nur so gelingt der Marsch durch die Institutionen und sichert ein gutes Einkommen. Diese Damen und Herren sind nicht auf einem Auge blind, nein, nur durch verschweigen linker Umtriebe sichern sie ihre Zukunft. Werden beispielsweise bei einer friedlichen Demonstration einige Hundert Polizisten verletzt, dann wird scharf geprüft, ob diese Gesetzeshüter nicht bewusst provoziert haben. Ähnlich die Lage der potentiellen Mörder, ehemals Soldaten: Schießen sie, egal aus welchen Gründen, prüfen tüchtige Juristen genau, ob die nicht den niederen Instinkten der Großväter folgten.

Eine andere Seite dieser Sachlage, ein junger potentieller Mörder schließt für den Fall des Ablebens eine Lebensversicherung ab. Der trat prompt ein. „Wir zahlen nicht, sind im Recht, Versicherungsklauseln“, war die Antwort. Den obersten Soldaten der Bundeswehr scheint das gar nicht zu interessieren, von ihm ist nichts zu hören. Fürsorge für die Untergebenen, natürlich, man spendete einen Kranz und gestaltete eine schöne Beerdigung.

Wie lange das gut geht, wie lange der Staat das aushält, wer weiß es?

Helmut Beck, Rimbach

Eigene Tradition verleumdet

Zu: „Gelöbnis vor dem Reichstag“ (Nr. 30)

Das sind Soldaten einer gesichtslosen Armee, denen man die Vergangenheit abgeschnitten hat. Denn was ist schon eine Bundeswehr, die nicht auf den Traditionen deutschen Soldatentums aufbaut? Ich frage mich, wer hat die Macht, die ganze deutsche Wehrmacht, alle deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges zu diskriminieren und zu Verbrechern zu machen? In welchen Leitlinien bewegt sich diese antideutsche Politik, die uns auf Ewigkeit als Schuldbeladene gebrandmarkt sehen will?

Warum gibt es keine Politiker, die sich dagegen wehren, die nicht mit unseren Feinden, denn das sind sie, heulen? Ich vermag mir nicht vorzustellen, dass es noch ein Volk auf unserer Erde gibt, das vor seinen Feinden auf dem Boden kniet und sich befehlen lässt, was es denken und tun darf und was es vergessen muss. Ich frage mich auch, was das für Offiziere sind, die sich vor dem Gebot der Deutschenhasser gebeugt haben?

Martin Wollschläger, Flensburg

Das Ostpreußenblatt

Nr. 35 – 29. August 2009

Masurisch, nicht polnisch

In dem Beitrag „Masuren im Finale“ berichteten wir, dass die Masurischen Seen womöglich in Zukunft zu den „neuen sieben Naturwundern“ der Welt zählen können. In dem Beitrag ist eine begriffliche Ungenauigkeit unterlaufen, indem an einer Stelle von „polnischer Seenplatte“ die Rede war. Diese Terminologie ist schief, wie der stellvertretende Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wolfgang Thüne, anmerkt: „Es war die letzte, die Weichsel-Eiszeit, die diese wunderschöne Endmoränenlandschaft gestaltet hat, und nicht polnische Hände. In keinem Geo-

Von der Eiszeit gestaltet

graphiebuch habe ich die Bezeichnung ‚polnische Seenplatte‘ gefunden, zumal die ersten Menschen, die nach Rückzug des Eises vor etwa 10000 Jahren unsere Heimat besiedelten, mit Sicherheit keine Polen waren.“ Auch die Prußen, so Thüne weiter, seien weder Polen noch Slawen gewesen. „Die ersten Polen, die ostpreußischen Boden betraten, kamen als Siedler im 13. und 14. Jahrhundert in ein vom Deutschen Orden christianisiertes, kultiviertes und zu wirtschaftlicher Blüte gebrachtes Ordensland. Doch während sich diese Polen friedlich in den Ordensstaat integrierten, unter Wahrung ihrer Identität, hatte Polen als Staat in Personalunion mit Litauen nichts anderes zu tun, als den katholischen Ordensstaat zu zerstören.“ Thüne: „Was zum Glück erhalten blieb, war die wunderschöne hügelige Seenlandschaft, eben die ostpreußische Seenplatte, die später so genannten Masurischen Seen.“ *PAZ*

Mit der Rikscha durch Rauschen

Neues Fortbewegungsmittel soll Touristen anlocken – Selbst in Moskau gibt es erst zehn von diesen Fahrrädern

Mit der diesjährigen Sommersaison tauchte im Königsberger Gebiet ein neues, ökologisches Fortbewegungsmittel auf: die Fahrrad-Rikscha. In anderen Ländern gehört sie vielerorts schon zum Stadtbild, im nördlichen Ostpreußen hingegen ist sie neu.



Geduldsprobe: Junge Rikscha-Fahrer warten auf Kundschaft. Diese nimmt das neue Gefährt nur zögerlich an. Bild: Tschernyschew

Meist sind es junge Fahrer, die Sommerurlauber durch Rauschen und Cranz chauffieren, in Königsberg verkehren Fahrrad-Rikschas bislang nur im Bereich von Fischdorf und Dom. Die Konstruktion der „Velo-Taxis“ ist noch wenig durchdacht, denn die Passagiere sitzen auf Holzbänken, die nur durch ein kleines Stoffdach vor Sonne und Regen geschützt werden. Der Fahrer sitzt hinter dem Passagier. Noch belächeln die Königsberger das neue Transportmittel, von dem es erst 15 gibt, als etwas Exotisches. Zur Zeit beträgt der Preis für eine Fahrt 100 Rubel (2,50 Euro) für 15 Minuten. Die Fahrer tragen zur Sicherheit Signalwesten.

Die Anschaffungskosten für ein Fahrradtaxi liegen bei zirka 18000 Rubel (399 Euro). Es ist geplant, sie bald auch in Neukuhren einzusetzen, um den Park „Junost“ herum sowie auf dem Hansaplatz (Siegesplatz) in Königsberg.

Mit dem aus Indien stammenden Transportmittel können vor allem Schüler und Studenten in den Ferien etwas dazu verdienen. Doch nicht jeder besteht den Test für Rikscha-Fahrer. Es erfordert eine gute körperliche Kondition. Zwar muss keine Fahrprüfung abgelegt werden, es wird aber vorausgesetzt, dass ein Rikscha-Chauffeur die Verkehrsregeln beherrscht.

Da es auch in Moskau erst seit kurzem Fahrrad-Rikschas gibt, könnte man Königsberg in dieser Hinsicht als fortschrittlich bezeichnen. In Moskau gibt es bislang sogar erst zehn Fahrradtaxis, die auf eng begrenzten Routen über den Twerskij Boulevard, die Twerskij Straße und das Allunionsgelände kursieren. Im Unterschied zu den im Königsberger Gebiet eingesetzten Fahrrad-Rikschas haben die in Moskau eingesetzten zwei Passagiersitze. Sie werden aus Deutschland importiert und kosten zirka 3000 Euro. In Moskau muss jeder Rikschafahrer vor Beginn seiner Tätigkeit einen Schnellkurs absolvieren. Dafür kostet eine Fahrt in Moskau dann auch das Anderthalbfache des Königsberger Preises.

Die meisten Touristen scheinen sich erst sehr langsam an das neue Verkehrsmittel zu gewöhnen. Das Interesse ist da, viele schauen und erkundigen sich nach Routen und Preisen, aber nur wenige entschließen sich zu einer Rikschafahrt. Vielleicht braucht es noch ein wenig Zeit, bis Fahrrad-Taxis in den Kurorten des Königsberger Gebietes zu einem gewohnten Anblick werden. *Jurij Tschernyschew*

Frühe Hilfe für Wolfskinder

LO engagiert sich seit 1991 – Zunächst in Memel und Heydekrug

Das Schicksal der Wolfskinder gehört zu den bewegendsten Kapiteln der Vertreibung. Bei Kriegsende 1945 waren im nördlichen Ostpreußen noch rund 110000 Deutsche zurückgeblieben, doch die sowjetische Besatzung blieb mörderisch: Den unbeschreiblichen Gewalttaten zwischen Herbst 1944 und Kriegsende folgte ein Massensterben durch Hunger und Krankheiten, das bis ins Jahr 1948 dauerte.

Tausende deutsche Kinder, darunter viele Halb- und Vollwaisen, überlebten nur durch Bettelfahrten nach Litauen. Mehrere Hundert blieben dort endgültig, sie verbargen sich in Wäldern, wurden in Familien aufgenommen und von hilfsbereiten Litauern versteckt und durchgefüttert. Rechnet man diejenigen hinzu, die nicht endgültig in Litauen blieben, denen aber bei Hamsterfahrten geholfen wurde, dürften rund 7000 ostpreußische Kinder von Litauern gerettet worden sein.

Das Schicksal der Wolfskinder war in der Landsmannschaft nie vergessen worden, denn manche siedelten schon vergleichsweise früh in die Bundesrepublik aus und berichteten von ihrem Überlebenskampf und ihrer Rettung. Über die Jahrzehnte hinweg hat darum auch diese Zeitung immer wieder über sie berichten können. Direkte Hilfe für die noch in Litauen lebenden Wolfskinder wurde indes erst nach der Wende von 1989/90 möglich. Der Sprecher der Landsmannschaft Ost-

Seit 1992 jährliche Hilfsaktionen durch die »Bruderhilfe«

preußen, Wilhelm v. Gottberg, erinnert daran, dass die LO über die ostpreußische „Bruderhilfe“ und ihre Heimatkreisgemeinschaften den damals noch in Litauen lebenden Wolfskindern immer wieder humanitäre und soziale Hilfe zukommen ließ. „Die Unterstützung konzentrierte sich ganz zu Beginn auf Memel und Heydekrug, weil sich die Wolfskinder damals noch nicht Litauen-weit organisiert hatten“, berichtet v. Gottberg über die ersten Hilfsmaßnahmen. Ab Ende 1992 gab es dann jährliche Hilfsaktionen seitens der Landsmannschaft. Inzwischen hatten sich die Wolfskinder im Verein „Edelweiß“, der im August 1991, fast gleichzeitig mit der Unabhängigkeitserklärung Litauens gegründet worden war, landesweit organisiert.

Rund 260 Betroffene lebten damals in Litauen, viele waren bereits verstorben und höchstwahrscheinlich gab und gibt es weitere, die um ihre deutschen Wurzeln gar nicht wissen, weil sie schon als Kleinkinder nach Litauen kamen. Ende 1992 begann auch das bis heute andauernde, verdienstvolle Engagement das damaligen Bundestagsabgeordneten Wolfgang Freiherr v. Stetten für die Wolfskinder. Die Landsmannschaft, deren Sprecher v. Gottberg zusammen mit v. Stetten und dem damaligen deutschen Botschafter in Litauen, Detlof v. Berg, im Jahre 2001 in Kaunas das zehnjährige Bestehen des Vereins „Edelweiß“ feiern konnte, hat dieses Engagement immer begrüßt und unterstützt, nicht zuletzt durch Berichte in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, die zu großer Hilfsbereitschaft geführt haben. *K.B.*

Treibende Kraft

Eine Ausstellung dokumentiert das Leben der Juden in Tilsit

Das Tilsiter Stadtgeschichtliche Museum widmet der Bewahrung der kulturhistorischen Vergangenheit der Stadt am Memelstrom große Aufmerksamkeit. Dieser Tage erinnert eine Ausstellung an das Leben und Wirken der Juden in Tilsit. In der Stadt war im Jahre 1910 die jüdische Gemeinde auf über 1000 Mitglieder angewachsen. Die jüdischen Bürger betrieben den Holzhandel und unterhielten Sägewerke, viele Geschäfte und Banken waren in ihrer Hand und sie stellten Ärzte und Rechtsanwälte. Die Ausstellung zeigt, welch wertvollen Beitrag die Tilsiter Juden bei der Entwicklung der Stadt zu einem blühenden Handels- und Gewerbezentrum geleistet haben und wie sie das kulturelle Leben und städtebauliche Antlitz beeinflussten. Sie macht aber auch deutlich, wie ihre Zahl nach der Verdrängung aus dem öffentlichen Leben durch die Nationalsozialisten und die damit einhergehende Auswanderung drastisch zurückging. Im Mai 1939 gab es nur noch 311 Juden in der Stadt. Die meisten von ihnen wurden im Sommer 1942 in den Bezirk Minsk deportiert.

Die Eröffnung der Ausstellung „Juden in Tilsit“ nahm Ruth Lei-

Евреи в Тильзите
Выставка в музее истории города Советска
12.07.–30.08.2009
Sovetsk, ul. Pobedy 34
Jews in Tilsit
Exhibition in the Historical Museum of the Sovetsk City
Juden in Tilsit
Ausstellung im Geschichtsmuseum der Stadt Sovetsk

serowitz von der Berliner Humboldt-Universität vor. Sie begrüßte die zahlreich erschienenen Besucher aus dem früheren und heutigen Tilsit. Gäste waren aus Israel, USA, Australien und Südafrika angereist, wo es eine große jüdische Diaspora gibt. Es waren Kinder und Enkel jener Tilsiter Juden, denen das rechtzeitige Verlassen der Stadt gelungen war. Sie sahen nun erstmals die Stätten, von denen sie bisher nur aus den Erzählungen ihrer Vorfahren gehört hatten. So herrschte beim Betrachten der Fotos und Dokumente eine bewegende und fast familiäre Atmosphäre. Man erkannte Verwandte und Angehörige auf den zahlreichen Bildtafeln. Mit tiefer Betroffenheit und Trauer verharrte man besonders vor der langen Liste jener Namen, deren Leben nur deshalb ausgelöscht wurde, weil sie Juden waren.

Museumsdirektor Ignatow mit seinen Helferinnen führte sachkundig durch die Ausstellung. Viele Fragen wurden in deutscher und englischer Sprache beantwortet. An der Eröffnungsfeier nahm auch der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Herr Schapiro, teil. Er würdigte die Ausstellung als außerordentlich wertvoll für die jüdische Geschichte und die Vergangenheit der Stadt Tilsit. *Hans Dzieran*

Politik hält Münchner Steinmetze auf Trab

Posse um neue Gedenktafel: Die am 30. Juli eingeweihte Inschrift wurde nach wenigen Tagen ersetzt – War die Flucht kein Unrecht?

Bayern mag ein konservatives Land sein, seine Hauptstadt ist es nicht. Seit Jahrzehnten zieht, wem immer es in der Provinz zu spießig zugeht, nach München, weswegen dort seit langem – von kurzen Unterbrechungen abgesehen – linke Mehrheiten und Oberbürgermeister das Sagen haben. Das hat auch Auswirkungen auf die Vertriebenen, die zwar fast 15 Prozent der Stadtbevölkerung stellen, derer aber bis vor kurzem kaum öffentlich gedacht wurde. Nur auf dem Waldfriedhof gab es zwei „gut versteckte" Gedenksteine für die Opfer zweier donauschwäbischen Gemeinden

Auf Initiative von Gertrud Müller von der Landsmannschaft der Oberschlesier hat sich das nun geändert. Sie wandte sich im Jahre 2007 an die CSU-Stadträte Manuel Pretzl und Josef Schmid, die einen entsprechenden Antrag stellten. Der fand überraschend große Zustimmung. Gegen die Stimme eines einzigen Stadtrats der „Linken" wurde beschlossen, eine Gedenktafel am Rathaus anzubringen. „Es ist höchste Zeit", gab sich der seit 1993 regierende OB Christian Ude (SPD) einsichtig, „dass wir allen Volksgruppen und Landsmannschaften der Heimatvertriebenen an zentraler Stelle unserer Stadt eine Gedenktafel widmen. Denn sie alle, von den Donauschwaben bis zu den Ost- und Westpreußen, von den Pommern bis zu den Schlesiern, Sudetendeutschen, Egerländern und Böhmerwäldlern, haben einen herausragenden Beitrag zum demokratischen, wirtschaftlichen und kulturellen Neubeginn nach 1945, zum Wiederaufbau des kriegszerstörten München und zum steilen Aufschwung unserer Stadt geleistet."

Schön und gut: Am 30. Juli weihte Ude zusammen mit Christian Knauer, dem bayerischen BdV-Chef, eine Gedenktafel am Durchgang unter dem Rathausturm ein, siehe Bild links. Der Text war mehr als politisch korrekt, die Vertreibung wurde noch nicht einmal „Unrecht" genannt. OB Ude jedoch meinte, damit sei „allen Aspekten" der Vertreibung Rechnung getragen worden: dem „Kausalzusammenhang zwischen den unbeschreiblichen Gräueln, die vom ‚Dritten Reich' über die osteuropäischen Nachbarländer gebracht wurden und dem Leid der deutschen Heimatvertriebenen; andererseits dem Faktum, dass Vertreibung immer Unrecht ist, ein fundamentaler Verstoß gegen das Recht jedes Menschen auf Heimat."

Eben letzteres war aber dem Text gar nicht zu entnehmen, Flucht und Vertreibung wurden als reines Faktum genannt. Vielleicht kam es deswegen zu einer eiligen Nachbesserung der Tafel. Schon wenige Tage später war das vermutlich auch dem OB peinliche Versäumnis halbwegs korrigiert, seitdem gilt auch der Stadt München die Vertreibung als Unrecht, siehe Tafel rechts. Verschwiegen wird, dass bereits die Flucht ein Unrecht gewesen sein könnte, zumal die Geflohenen unter grauenhaften Verlusten vielfach militärisch attackiert, an der Rückkehr gehindert und enteignet wurden. Erst recht unerwähnt bleibt am Münchner Rathaus, dass auch der Nationalsozialismus eine Vorgeschichte hatte. Auf Anfrage der *PAZ* bestätigte die Pressestelle des Münchner Rathaus, dass die Tafel kurzfristig ausgetauscht worden ist, konnte oder wollte aber keine Gründe dafür nennen. *M. Leh/K. B.*

Der nationalsozialistische Eroberungs- und Vernichtungskrieg führte die Welt in eine Katastrophe. Durch Flucht und Vertreibung verloren in Europa Millionen Menschen ihre Heimat.
Nach 1945 wurde München für mehr als 143000 Heimatvertriebene zum neuen Lebensmittelpunkt. Sie haben maßgeblich zum Wiederaufbau und zum Leben unserer Stadt beigetragen.

Gedenktafel am Münchner Rathaus, Stand 30. Juli 2009: Kein Gedenken an die Vertreibung ohne Hinweis auf das NS-Unrecht, die auf Millionen Europäer bezogen und noch nicht einmal als Unrecht bezeichnet wird.

Der nationalsozialistische Eroberungs- und Vernichtungskrieg führte die Welt in eine Katastrophe. Durch das Unrecht der Vertreibung oder durch Flucht verloren in Europa Millionen von Menschen ihre Heimat.
Nach 1945 wurde München für mehr als 143.000 Heimatvertriebene zum neuen Lebensmittelpunkt. Sie haben maßgeblich zum Wiederaufbau und zum Leben unserer Stadt beigetragen.

Nachgebesserte Gedenktafel am selben Ort, Stand 10. August: Jetzt ist die Vertreibung ein Unrecht, aber nicht die Flucht – obwohl Flüchtlinge, die nicht zurückkehren dürfen, ebenfalls Vertriebene sind. Bilder: Leh

---

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

ein herzliches Dankeschön kam von **Inge Holstein** für die Schilderung des unerwarteten Wiederfindens mit einem Freund aus ihrer Tilsiter Kindheit, das durch unsere Gratulationsliste zustande kam. Sie meint, dass es bestimmt auch anderen Lesern Mut mache, „denn oft denkt man, es kann sich niemand melden, sind wir doch in alle Winde verstreut". Aber dafür ist ja gerade unsere *PAZ* gut, weil sie nicht auf einen lokalen Leserkreis begrenzt ist, sondern in der ganzen Welt gelesen wird. Dadurch kann es aber auch zu zeitlichen Verzögerungen kommen, und wenn man dann eben denkt, es meldet sich niemand – dann geschieht oft ein verspätetes kleines Wunder. Und so hofft auch Frau Holstein, dass ihre Geschichte auch noch weitere Kreise zieht. Und wir hoffen mit.

Ruth Geede Foto: Pawlik

Diese Hoffnung ist berechtigt, denn sie wird durch einen neuen Sucherfolg bestätigt, der durch unsere Gratulationsliste zustande kam. Auch wieder gänzlich unerwartet, der Überraschungseffekt war deshalb sehr groß. Es handelt sich um ein Soldatenschicksal, das nach über 60 Jahren aufgeklärt werden konnte. Gerade diese Fragen mehren sich auch in unserer Kolumne in letzter Zeit, weil alle bisherigen Versuche über die infrage kommenden Suchstellen ergebnislos blieben. Und dann genügt ein Name auf der Gratulationsliste in unserer Zeitung und ... Aber lest selber, was **Heta Laborge** aus Elbe-Gustedt schreibt: „Ein guter Freund und Landsmann von mir, Herr **Rudi Nagaitschik** aus Wolfenbüttel, der kurz vor seinem 90. Geburtstag steht, las in der Rubrik „Wir gratulieren" den Namen von **Lieselotte Schulz** geb. **Greszik** anlässlich ihres 90. Geburtstages. Er dachte sofort an seinen Freund und Kriegskameraden, **Fritz Greszik** aus dem Kreis Treuburg, der mit ihm in Stalingrad kämpfte und schrieb umgehend an die angegebene Adresse. Er schilderte, dass sein Freund Fritz Greszik am Tag der Kapitulation und Gefangennahme am 31. Januar 1943 von einer verirrten Kugel getötet wurde – und fragte an, ob es sich um einen Bruder oder Verwandten von Frau Schulz handeln könnte. Schon an folgenden Tag kam ein Anruf von Frau Schulz, die es kaum fassen konnte, nach so vielen Jahren vom Schicksal und Tod ihres geliebten Bruders zu erfahren. Er galt ja als vermisst, und man hoffte noch lange auf seine Wiederkehr. Frau Schulz und ihre jüngere Schwester **Heta Großkopf** sind seitdem von der Last der Ungewissheit befreit und sehr dankbar für diese Benachrichtigung. Man traf sich trotz des hohen Alters auch zu einem persönlichen Gespräch und steht seitdem in telefonischem Kontakt. Ich meine, diese Begebenheit ist es wert, veröffentlicht zu werden." Ist es auch, wie Sie, liebe Frau Laborge, sehen. Und für diese so erfreuliche Mitteilung danken wir Ihnen.

Einen Schlussstrich ziehen kann auch **Sigrid Matthee-Kohl** aus Rohrbach, was allerdings nur einen Fall aus der Fülle ihrer Suchfragen betrifft. Es handelt sich um ihren Onkel **Franz Matthee** aus Gr. Wersmeningken/Gr. Stangenwald, dessen Schicksal geklärt werden konnte. Die Nichte erhielt die Gewissheit, dass ihr Onkel am 28. Februar 1945 im Kriegslazarett 1/615 in Danzig-Langfuhr verstarb. Ein Grab gibt es nicht, da das gesamte Friedhofsgelände mit polnischen Zivilgräbern belegt ist. Aber sie weiß nun, wo der Vermisste verstarb, und das ist schon viel. Anders liegt die Sache im Fall ihres Vaters **Heinz Matthee**, *9. September 1914 auf der Flucht in Danzig-Langfuhr. Er war bei der Schw. Pz.Jg.Abt.519 (Feldpostnr. 040 22). Zuletzt wurde er auf dem Weg zur Westfront in der Eifel gesehen, als er in den ersten Januartagen 1945 in Euskirchen einen dort lebenden Bekannten besuchte. Von da an fehlt jede Spur. Auch bei der ersten Frau ihres Großvaters **August**, **Minna Matthee**, geb. **Urbszat**, *13. Oktober 1867 in Plimballen, kommt Frau Matthee-Kohl nicht weiter. Das in Gr. Wersmeningken lebende Ehepaar, das etwa Anfang 1897 geheiratet haben müsste, hatte mindestens fünf Kinder, die dort in den Jahren 1897, 1899, 1900, 1902 und 1904 geboren wurden. Unsere Leserin möchte soviel wie möglich über diese Frau, die schon früh – wohl nach der Geburt des jüngsten Kindes 1904 – verstarb, erfahren und hofft hierbei auf die Mithilfe von **Dierk Loyal**, der gerade dabei ist, die Kirchenbücher des Kirchspiels Judtschen zu rekonstruieren. Frau Matthee-Kohl konnte ihm schon mit Urkundenmaterial aus ihrer Familienforschung helfen. Da Herr Loyal seine Dokumentation so umfangreich wie möglich gestalten möchte, wäre er dankbar für Fotokopien von Geburts-, Tauf-, Heirats- und Sterbeurkunden sowie für andere Mitteilungen aus dem Kirchspiel Judtschen. (Dierk Loyal, Meisenstr. 7 in 65824 Schwalbach a. Ts., Telefon: 16196/85341, E-Mail: dierk.loyal@t-online.de)

Einen großen Erfolg kann Frau **Angelika Lange** aus Uslar in Bezug auf ihre Verwandtensuche zwar noch nicht aufweisen, aber immerhin hat sie ein paar „tolle Tipps" bekommen, wie sie schreibt. Zuerst einmal hat sie sich über die Veröffentlichung in Folge 20 sehr gefreut und sagt dafür auch im Namen ihrer Mutter **Hildegard Fuchs** geb. **Bajohr**, die jede Woche schon begierig auf unsere *PAZ/Das Ostpreußenblatt* wartet, herzlichen Dank. Und über nichts wäre die alte Dame glücklicher als endlich etwas über ihre Schwestern zu erfahren, die beide die Kriegswirren überstanden haben, aber dann eigene Wege gingen, die unbekannt blieben. Da der Vater noch einmal nach dem Tod seiner Frau **Minna**, geb. **Schwark**, geheiratet hatte, fiel die Familie auseinander. Die Bajohrs stammten aus Korschen, wohnten in einem „Bahnerhaus" in der Eisenbahnersiedlung, die Mutter arbeitete in der Molkerei, denn es waren acht gemeinsame Kinder zu versorgen. Hierzu hat Frau Lange einige gute Hinweise bekommen und sich an die deutsche Minderheit in Korschen gewandt, um eventuell etwas über den Verbleib der jüngsten Schwester ihrer Mutter, **Hertha Bajohr**, zu erfahren. Die 1926 in Korschen Geborene wurde nach Krieg und Flucht von einem ihrer Brüder in Eckernförde (Schleswig-Holstein) gesehen. Sie soll nach Auskunft des Kirchlichen Suchdienstes Ende 1947 nach Russland „verzogen" sein. Tatsächlich, wie **Ilse Bannick** nach unserer Veröffentlichung bestätigte, hat es solche „Rückführungen" gegeben, aber ob das auch auf Korschen im südlichen Ostpreußen zutrifft, ist fraglich. Jedenfalls fehlt von Hertha Bajohr jede Spur. Von einer anderen, noch immer gesuchten Schwester, **Charlotte**, ebenfalls, allerdings erst seit den 50er Jahren. Da lebte Charlotte Bajohr in Australien, war verheiratet und als Krankenschwester tätig. Von dem Ehemann ist nur der Vorname – **Eitel** – bekannt, wann das Paar geheiratet, wo es gelebt hat, ob und wann es von Australien nach Europa – wahrscheinlich Berlin – gegangen ist, konnte bisher nicht geklärt werden, es gab noch nicht einmal vage oder sogar brauchbare Hinweise. Heute können wir nun ein Foto von Charlotte Bajohr und ihrem Mann bringen und so konkreter fragen: Wer kennt das Paar, wann und wo ist man ihm begegnet? In der Heimat hat Charlotte auch in Königsberg gelebt, vielleicht erinnern sich ehemalige Freundinnen oder Kolleginnen an sie, da könnte das Foto vielleicht weiterhelfen. Frau Lange würde sich vor allem für ihre 88-jährige Mutter freuen, wenn diese erneute Suche Erfolg hätte, denn die Ungewissheit über das Schicksal ihrer Schwestern gibt ihr noch immer keine Ruhe. (Angelika Lange, Obere Volperstraße 4 in 37170 Uslar, Telefon 05573/762)

Wer kennt das Paar? Die Spur von Charlotte Bajohr und ihrem Mann Eitel verliert sich in Australien.

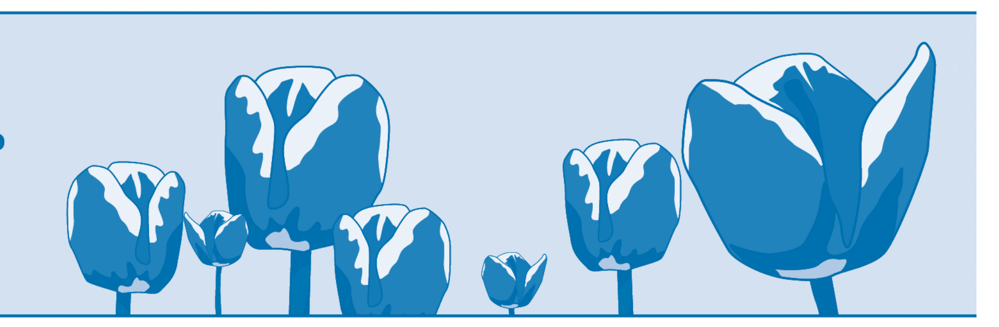
Irgendwie fallt mir an diesen stillen Spätsommertagen das Gedicht von Agnes Miegel ein, in dem sie jene wunderbare Stimmung des scheidenden Sommers bewahrt. „Zum letztenmal mit dunkelblauem Blick sieht noch der Sommer her von unserm Strande ..." Und zu diesem führen auch die Collagen der Naturpädagogin **Cornelia Dauter**, allerdings nicht zu den weißen Sandstränden der Ostsee, sondern zu den dunkleren des nordfriesischen Wattenmeeres. Dort in Husum, Theodor Storms „grauer Stadt am Meer", lebt und wirkt die Tochter der ostpreußischen Malerin **Helene Dauter**, der „geheimnisvolle Ton des gärenden Schlammes", wie ihn der Dichter beschreibt, hat sie wohl schon als Kind fasziniert wie die endlose Weite des Wattenmeeres mit seinen immer wechselnden Formen, die von der Natur gestaltet werden. Diese will Cornelia Dauter den Besuchern Nordfrieslands näher bringen, und keine ist wohl dafür prädestinierter als sie, die als Naturpädagogin der Nationalpark Wattenmeer mit aufgebaut hat. In dem „Kleinen Museum" in der malerischen Altstadt finden viele Veranstaltungen statt, die zur künstlerischen Gestaltung des im Wattenmeer gefundenen Naturmaterials anregen, ihre eigenen Collagen beweisen, welche Kunstwerke aus Sand, Muscheln und Nordseetreibsel entstehen können. Diese Motivation zur Kreativität der kleinen und großen Besucher macht das Museumsprogramm, das auch Wochenend-Workshops und Erlebnistouren anbietet, immer beliebter. Vor allem birgt das Haus in der malerischen Altstadt ein Vermächtnis, das Cornelia Dauter sorgsam hütet und das der eigentliche Anlass zur Gründung des Vereins war: Die Ölbilder der aus Gilge stammenden Malerin Helene Dauter, der Mutter der Naturpädagogin Eine Sammlung von 70 Bildern, die unter dem Leitmotiv „Ostpreußen wie es war" gezeigt werden. Sie erzählen originelle Geschichten von dem Alltag in den Dörfern am Kurischen Haff vor hundert Jahren, als es noch kein fließendes Wasser und keinen elektrischen Strom gab. Gilge und Husum, so sagt Cornelia Dauter, passen zusammen, für beide gilt: Fischerei ist Lotterie. Von einigen Bildern aus der Sammlung will sie sich nun doch trennen, denn sie möchte ein Buch über Leben und Wirken ihrer Mutter herausbringen, und um dies zu ermöglichen, hat sie sich zum Verkauf von drei Ölbildern entschlossen. Es handelt sich um „Die Düne von Nidden", „Mohnblumen" und „Der Klingerschlitten". Cornelia Dauter sucht noch weitere Mitstreiter für das geplante Werk, die ihr helfen, es so sujetgetreu wie möglich zu verwirklichen. So soll in den Texten auch die Mundart der Haffdörfer zum Ausdruck kommen. Wer sich mit ihr in den Verbindung setzen will, hier die Anschrift: Cornelia Dauter, Das kleine Museum e.V., Westerende 26 in 25813 Husum, Telefon 04841/4044115, www.daskleinemuseumev.de

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Wir gratulieren ...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Koss, Charlotte, geb. **Ebelt**, aus Wehlau, Hammerweg, Kreis Wehlau, jetzt In Altwegen 3, 78532 Tuttlingen, am 4. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Kukowski, Frieda, geb. **Schaack**, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Von-Eichendorff-Weg 10, 22145 Stapelfeldt, am 4. September

Rautenberg, Herbert, aus Lyck, jetzt Up de Lüchten 22, 32609 Hüllhorst, am 31. August

Woyte, Gerda, geb. **Weick**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Altenheim Morija, 63322 Breidert, am 31. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Borowski, Lea, geb. **Krankowski**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, jetzt Seniorenheim Steinbekker Straße 46/112, 21244 Buchholz, am 1. September

Funkat, Gertrud, geb. **Skibbe**, aus Grünweide/Dopönen, Kreis Ebenrode/Stallupönen, jetzt Hohe Lüchte 35, 29221 Celle, am 1. September

Jaschinski, Emma, geb. **Skrebba**, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Hermann-Löns-Straße 12, 45772 Marl-Hamm, am 4. September

Jurkuhn, Martha, geb. **Papendick**, aus Heydekrug, jetzt Roßstraße 38, 45359 Essen, am 2. September

Kosolwski, Erika, geb. **Seegatz**, aus Guhsen, Kreis Treuburg, jetzt Erwin-Fischer-Straße 8, 23968 Wismar, am 3. September

Lorenz, Elfriede, geb. **Beutler**, aus Groß Marienwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Mühlenweg 8, 24640 Schmalfeld, am 3. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Oertel, Herta, geb. **Harder**, verw. **Charwat**, aus Hohenfürst, Kreis Heiligenbeil, jetzt Bürgermeisterstraße 8, A-5400 Hallenhein, am 26. August

Piontkowski, Willy, aus Lyck, jetzt Dahlienweg 15, 73760 Ostfildern, am 5. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Piekarowitz, Margarete, geb. **Porr**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Kerßenbrokstraße 8, 59329 Wadersloh-Liesborn, am 4. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Kreutschmann, Franz, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Ratkiststraße 9, 80933 München, am 1. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Diederichs, Hertha, geb. **Kudritzki**, aus Satticken, Kreis Treuburg, jetzt Bodelschwinghstraße 8, 90475 Nürnberg, am 4. September

Halle, Edith, geb. **Burdinski**, aus Groß Lehwalde, Kreis Osterode, jetzt Hauptstraße 28, 06347 Freist, am 2. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Kohtz, Charlotte, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Burgstraße 37, 32602 Vlotho, am 30. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bosniakowski, Edith, aus Bergenau, Kreis Treuburg, jetzt Alte Schulstraße 11, 32339 Espelkamp-Isenstedt, am 4. September

Jedinat, Gertrud, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, jetzt Marienburgerstraße 8, 24768 Rendsburg, am 31. August

Müller, Berta, geb. **Müller**, aus Grünhof, Kreis Ebenrode, jetzt Vor dem Tore 52, 47279 Duisburg, am 31. August

Tamm, Elly, geb. **Hinz**, aus Wehlau, Freiheit, jetzt Eichendorffstraße 15, 29640 Schneverdingen, am 4. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Alex, Erna, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Walter-Flex-Weg 4, 38446 Wolfsburg, am 31. August

Amon-Amonsen, Gerhard, aus Trenk, Kreis Samland, jetzt Warzechasstraße 13, 16816 Neuruppin, am 31. August

Hartmann, Emma, aus Heydekrug, jetzt Käthe-Popall-Straße 6, 28201 Bremen, am 3. September

Lange, Käthe, geb. **Erdmann**, verw. **Kunde**, aus Reichau, Kreis Mohrungen, jetzt August-Bebel-Straße 43, 23936 Grevesmühlen, am 31. August

Preuß, Fritz Wilhelm, aus Tapiau, Neustraße, Kreis Wehlau, jetzt Böblinger Straße 25, 59077 Ulm, am 6. September

Seeger, Dieter, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Hauptstraße 42, 29352 Adelheidsdorf, am 31. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Blank, Emmy, geb. **Basch**, aus Groß Klingbeck, Kreis Heiligenbeil, jetzt Rethwiese 26, 25421 Pinneberg, am 27. August

Butzko, Wilhelm, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Mittlingstraße 23, 89212 Herbrechtingen, am 6. September

Danowski, Anna, aus Lisken, Kreis Lyck, jetzt Freiherr-von-Stein-Straße 5, 35260 Stadtallendorf, am 3. September

Danowski, Gertrud, aus Lisken, Kreis Lyck, jetzt Freiherr-von-Stein-Straße 5, 35260 Stadtallendorf, am 3. September

Dziedo, Willi, aus Kutzen, Kreis Lyck, jetzt Neue Giersbergstraße 16, 50126 Bergheim, am 6. September

Emde, Karl-Heinz, aus Schallen, und Damerau, Kreis Wehlau, jetzt Straße der Jugend 5, 34537 Bad Wildungen, am 31. August

Friedrich, Käthe, geb. **Pilzecker**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Bathelmeßstraße 3, 91056 Erlangen, am 31. August

Kattanek, Helmut, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Blauenstein 10, 41366 Schwalmtal, am 31. August

Lettner, Prof. Dr. Jürgen, aus Lyck, jetzt Niehagener Weg 1a, 23743 Grömitz, am 1. September

Link, Gerhard, aus Jägertal, Kreis Insterburg, jetzt Kleine Heide 53, 31515 Wunstorf, am 4. September

Lyhs, Martha, aus **Kleschen**, Kreis Treuburg, jetzt Pfaffengasse 21, 06886 Lu.Wittenberg, am 5. September

Pagalies, Erich, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Vorderreihe 63, 23570 Lübeck, am 4. September

Rembitzki, Helmut, aus Gusken, Kreis Lyck, jetzt Spatzenstieg 13, 38118 Braunschweig, am 1. September

Schellmat, Helga, aus Ibenberg, Kreis Elchniederung, jetzt Steinstraße 5, 82362 Weilheim, am 31. August

Schroeder, Leonie, aus Siedlersfelde, Kreis Schloßberg, am 4. September

Siegmundt, Fritz, aus Lötzen, jetzt Birkenwalderstraße 43, 70191 Stuttgart, am 31. August

Skubich, Hans, aus Waldwerder, Kreis Lyck, jetzt Schmützberg 99, 23717 Kasseedorf/Sagau, am 2. September

Springenberg, Martha, geb. **Meyer**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Fritz-Reuter-Weg 2, 45701 Herten, am 4. September

Turowski, Walter, aus Satticken, Kreis Treuburg, jetzt Am Hahnsberg 41, 53424 Remagen, am 1. September

Wichert, Elfriede, aus Lyck, jetzt Scharnhölzstraße 64, 46236 Bottrop, am 4. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Böttcher, Kurt, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, jetzt Waldwinkel 24, 23730 Siekersdorf, am 1. September

Brinkmann, Edeltraut, aus Langheide, Kreis Lyck, jetzt Max-Planck-Straße 12, 59227 Ahlen, am 3. September

Ehlert, Helmut, aus Sanditten, und Götzendorf, Kreis Wehlau, jetzt Ernst-Thälmann-Straße 57, 15295 Brieskow-Finkenheerd, am 4. September

Enskat, Günter, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, jetzt Seestraße 13, 23942 Harkensee, am 5. September

Geib, Erna, geb. **Klaus**, aus Rosignaiten, Kreis Samland, jetzt Breslauer Straße 15, 27299 Langwedel, am 5. September

Goerke, Vera, geb. **Venohr**, aus Rödersdorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Ahornstraße 28, 24610 Trappenkamp, am 5. September

Hahn, Wolfram, aus Finken, Kreis Samland, jetzt Rosentalstraße 32, 70563 Stuttgart, am 31. August

Helmle, Frieda, geb. **Zeleck**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, jetzt Christoph-Lehrmann-Straße 6, 67346 Speyer, am 31. August

Hildebrandt, Erna, geb. **Bolz**, aus Linkenau, Kreis Mohrungen, jetzt Am Hesekamp 48, 29549 Bad Bevensen, am 4. September

Jenrich, Achim, aus Starkenberg und Forsthaus Elisenau, Kreis Wehlau, jetzt Duisburger Straße 25, 32760 Detmold, am 3. August

Kachelmann, Eva, geb. **Kleimann**, aus Follendorf, Kreis Heiligenbeil, Alfarthweg 6, jetzt Baumschulstraße 2, CH-8200 Schaffhausen, am 25. August

Kirschnick, Erna, geb. **Schmakeit**, aus Ruckenhagen, Kreis Elchniederung, jetzt Edelweißweg 5, 22523 Hamburg, am 4. September

Komorunas, Edith, aus Insterburg, jetzt Lupinenweg 2, 28219 Bremen, am 31. August

Link, Günter, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, jetzt Agnes-Miegel-Straße 13, 33154 Salzkotten, am 6. September

Matrisch, Emil, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, jetz Am Kl. Kamp 15, 32107 Bad Salzuflen, am 31. August

Olschewski, Fritz, aus Malschöwen, Kreis Ortelsburg, jetzt Schlehenweg 28, 40723 Hilden, am 1. September

Pillath, Helmut, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Sudermann Platz 8-10, 50670 Köln, am 1. September

Pillen, Ilse, geb. **Krüger**, aus Rauschen, Kreis Samland, jetzt An der Kreuzecke 5, 41189 Mönchengladbach, am 1. September

Rogalski, Eitel, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, jetzt Monikastraße 104, 48529 Nordhorn, am 5. September

Sand, Elisabeth, geb. **Guß**, aus Schlakalken, jetzt Neustädter Straße 105 C, 96515 Sonneberg, am 31. August

Schirmeister, Marlena, geb. Awiszus-Rücksteiner, aus Alt **Stonupoenen**, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Ruschorter Hauptdeich 22, 21037 Hamburg, am 27. August

Schmidt, Pfarrer Herbert, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, jetzt Schulstraße 20, 58300 Wetter/Ruhr, am 4. September

Schulz, Herta, geb. **Pieslack**, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, jetzt Erbgrabenweg 6, 70839 Gerlingen, am 31. August

Schulze, Anneliese, aus Altengilde, Kreis Elchniederung, jetzt Ostpreußenweg 29, 33689 Bielefeld, am 5. September

Schwermer, Edith, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, jetzt Stettiner Straße 37, 23558 Lübeck, am 6. September

Spingies, Helmut, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, jetzt Herringhauser Straße 1, 49163 Bohmte, am 6. September

Splitje, Irmgard, geb. **Szidat**, aus Grünlinde und Hohenstücken, Kreis Wehlau, jetzt Hans-Böckler-Straße 75, 27578 Bremerhaven, am 4. September

Winterhalter, Hildegard, geb. **Klesch**, aus Lisken, Kreis Lyck, jetzt Johannes-Palm-Straße 49, 89079 Ulm, am 5. September



Königsmann, Paul, aus Scheufelsdorf, in Milucken, Kreis Ortelsburg, und Frau Antonie, geb. **Hinzmann**, aus Milucken, Kreis Ortelsburg, jetzt Heisenbergweg 10, 33334 Gütersloh, am 3. September

Lalla, Heinz, aus Kutten, Kreis Angerburg, und Frau Annemarie, geb. **Schröder**, jetzt Gustav-Seitz-Weg 2, Wohnung 36, 22399 Hamburg, am 3. September

Skubich, Hans, aus Waldwerder, Kreis Lyck, und Frau Irene, geb. **Mörer**, aus Balow, Kreis Ludwigslust, jetzt Schmützberg 99, 23717 Kasseedorf/Sagau, am 2. September

»Wir gratulieren« auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 29. August, 20.15 Uhr, Vox: Der seltsame Sieg – Hitlers Blitzkrieg 1940.
Sonnabend, 29. August, 21 Uhr, BR Alpha: Die Deutschen im Zweiten Weltkrieg.
Sonnabend, 29. August, 0.25 Uhr, Phoenix: Offiziere gegen Hitler (1/3).
Sonntag, 30. August, 9.20 Uhr, WDR5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 30. August, 22.05 Uhr, N24: Kamikaze unterm Hakenkreuz.
Sonntag, 30. August, 22.20 Uhr, 3sat: Der unbekannte Soldat.
Montag, 31. August, 20.15 Uhr, 3sat: Für Danzig sterben?
Montag, 31. August, 22.30 Uhr, BR: Hitlers Verbündete.
Dienstag, 1. September, 14 Uhr, Phoenix: Unser Jahrhundert – Deutsche Schicksalstage. Der erzwungene Krieg – 1. September 1939.
Dienstag, 1. September, 14.45 Uhr, Phoenix: 70. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs.
Dienstag, 1. September, 20.15 Uhr, ZDF: Angriff auf Europa.
Dienstag, 1. September, 20.15 Uhr, 3sat: Der Untergang (1/2).
Mittwoch, 2. September, 20.15 Uhr, 3sat: Der Untergang (2/2).
Mittwoch, 2. September, 20.15 Uhr, Phoenix: Die Ostsee – Zwischen Deutschland und Estland.
Mittwoch, 2. September, 21 Uhr, Arte: Mao – Eine chinesische Geschichte.
Mittwoch, 2. September, 22.05 Uhr, N24: Das Hitler-Tonband.
Mittwoch, 2. September, 23.32 Uhr, ARD: Faszination Orient – Max von Oppenheim.
Donnerstag, 3. September, 20.15 Uhr, 3sat: Rache oder Recht? Der Saddam-Hussein-Prozess.
Freitag, 4. September, 20.15 Uhr, WDR: Wie der Krieg ins Rheinland kam.
Freitag, 4. September, 20.15 Uhr, 3sat: Hitlers Angriff.
Freitag, 4. September, 23.20 Uhr, Dmax: Reporter im Krieg – Krieg, Lügen und Video.

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2009

25. bis 27. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont
25. bis 27. September: 7. Kommunalpolitischer Kongress
12. bis 18. Oktober: 55. Werkwoche in Bad Pyrmont
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont
7. / 8. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

Jahr 2010

6./7. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont
24./25. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Allenstein
26. Juni: Deutsches Sommerfest der LO in Allenstein

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0. Auf einzelne Veranstaltungen wird gesondert hingewiesen. Änderungen vorbehalten.

Heimatliteratur

Hamburg – „Mein Lied – Mein Land. Lieder der Ost- und Westpreußen". Das ost- und westpreußische Liederheft „Mein Lied – Mein Land" (Zusammenstellung und Sätze: Herbert Wilhelmi) ist ab sofort wieder lieferbar. Das Büchlein umfaßt ca. 150 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Nachdruck der Broschüre "Die Prußen" – Auf vielfachen Wunsch hat die Landsmannschaft Ostpreußen die Broschüre "Die Prußen" von Walter Görlitz nachdrucken lassen. Das Heft umfaßt 40 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Bei Abnahme von mindestens zehn Heften werden Verpackung und Versand nicht in Rechnung gestellt. Bestellungen nimmt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Dieter Schultz, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400820, Fax (040) 41400819, E-Mail: schultz@ostpreussen.de, gerne entgegen.

Kulturhistorisches Seminar

Bad Pyrmont – Vom 2. bis 6. November findet im Ostheim wieder ein Kulturhistorisches Seminar für Frauen statt. Unter der Leitung von Uta Lüttich, der Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, wird sich die Tagung mit den Wendepunkten der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert beschäftigen. Der einleitende Vortrag von Enno Eimers beschäftigt sich mit dem Jahr 1919 und der Frage, ob die Republik von Weimar eine Demokratie ohne Demokraten gewesen ist. Im Anschluss daran spricht Hartmut Kiehling über die Weltfinanzkrisen von 1929 und 2008 im Vergleich. Auch ein Blick auf die Friedensverträge der Jahre 1919 und 1920 darf nicht fehlen: Ulrich Matthee wird über die fünf Pariser Vorortverträge und über den Umbruch Europas nach dem Absturz der drei Schwarzen Adler berichten. Über Ursachen des Zweiten Weltkrieges, des „Krieges, der viele Väter hatte", referiert General a. D. Gerd Schultze-Rhonhof. Die Verkündung des Grundgesetzes und die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1949 sind die Themen eines Vortrages von Helmut Grieser. Weitere Beiträge beschäftigen sich mit dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch der DDR im Jahre 1989 sowie den Auswirkungen der welthistorischen Wende von 1989/90 auf die völkerrechtliche Stellung Deutschlands.

Die Teilnahme am Seminar kostet 150 Euro. Die Unterbringung erfolgt in Doppelzimmern. Einzelzimmer sind gegen Zuschlag erhältlich. Fahrtkosten werden nicht erstattet. Anmeldungen nimmt die LO, Herr Wenzel, Buchtstraße 4, in 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400825, E-Mail: wenzel@ostpreussen.de gerne entgegen.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Lahr – Donnerstag, 3. September, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum Stammtisch im Gasthaus Zum Zarko, Schillerstraße 3.

Pforzheim – Die Singgruppe „Elchschaufel“ feierte Ende Juli ihr Sommerfest im Garten des Gruppenleiters. Die Sängerinnen und Sänger nahmen alle teil und erfreuten sich an den gegrillten Köstlichkeiten und Salaten, die von den Teilnehmern mitgebracht wurden. Es wurden bekannte und neue ostpreußische Lieder, die von Heinz Weißflog auf dem Akkordeon begleitet wurden, gesungen, und man erfreute sich an dem bunten Lichterschmuck, der sich über die neu ernannte „Kürbishütte“ ausbreitete. – Ihren jährlichen Tagesausflug unternahm die Gruppe nach Bretten, wo das dortige Melanchthon-Museum besichtigt wurde. Philipp Schwarzerdt, der sich später nach der griechischen Sprache Melanchthon (schwarze Erde) nannte, war Reformer, Humanist und engster Mitarbeiter von Martin Luther. Er wurde 1518 auf den Griechisch-Lehrstuhl nach Wittenberg berufen. Aus seiner Feder stammen wichtige Basisschriften der Reformation. Abschließend fuhren die 31 Teilnehmer weiter nach Leingarten auf die Heuchelberger Warte. Vom Parkplatz bis zur Warte auf dem Bergkamm mussten rund 70 Meter Höhenunterschied überwunden werden. Für alle die schlecht zu Fuß waren kam der Kleinbus zum Einsatz, der die entsprechenden Personen hinauffuhr. Nach einem preiswerten Mittagstisch konnte die einmalige Aussicht in die weite Landschaft genossen werden. Nach dem Treffen auf dem Parkplatz brachte der Bus die Gruppe nach Besigheim: Dort fuhr man dann mit einem Schiff, den Nekarwindungen folgend, vorbei an beschaulichen Weinbergen nach Benningen. In der dortigen Bürgerschenke fand die Tagesfahrt ihren feuchtfröhlichen Abschluss. Zu guter Letzt brachte der Bus die Gruppe wohlbehalten mit vielen schönen Erinnerungen wieder nach Pforzheim.

Stuttgart – Mittwoch, 9. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im großen Saal, Haus der Heimat. Hans Werner Kreiner zeigt seinen Videofilm über seine Ostpreußenreise. Bitte Kuchen mitbringen.

Ulm / Neu-Ulm – Sonnabend, 12. September, 14.30 Uhr, Feier zum „Tag der Heimat“ in Illerrieden. Anfahrt: Buslinie 70 um 14.20 Uhr am ZOB, Bahnsteig 4, Ulm. Rückfahrt: 17.14 Uhr Illerrieden, Haltestelle Gasthaus zur Brücke.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 12. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Orangerie“. Gernot Danowski hält einen Vortrag: „100 Jahre Heinz Erhardt – der verschmitzte Humorist aus Riga“.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 4. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Wirtshaus Auf der Lände.

Landshut – Dienstag, 1. September, Busfahrt zum Kulturzentrum Ellingen.

Memmingen – Mittwoch, 16. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Weißes Roß.

München Nord / Süd – Freitag, 11. September, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München.

Rosenheim – Mittwoch, 2. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Hohensteiger. Es werden Bilder von der elftägigen Busreise durch Ostpreußen gezeigt.



Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547343 Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Tilsit-Stadt – Sonnabend, 5. September, 15 Uhr, „Ratskeller“ Charlottenburg Rathaus, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen: Heinz-G. Meyer, Telefon 2751825.



Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 5. September, 15 Uhr, „Ratskeller“ Charlottenburg Rathaus, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen: Emil Drockner, Telefon 8154564.



Lyck – Sonnabend, , 5. September, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin. Anfragen: Peter Dziengel, Telefon 8245479.



Frauengruppe der LO – Mittwoch, 9. September, 13.30 Uhr, „Die Wille“, Wilhelmstraße 115, 10963 Berlin, Lesung mit Herrn Schäfer. Anfragen: Marianne Becker, Telefon 7712354.



Bremen

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heitberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 468222.

Bremerhaven – Die früheren Bewohner der Haffdörfer aus dem Kreis Labiau trafen sich zum 35. Mal in Bremerhaven. Rund 50 Besucher konnten sich bei Kaffee und Kuchen sowie Begleitmusik von Christian Lemke wieder rege austauschen und in Erinnerungen schwelgen. Elly Kiesel sprach ein paar Worte zur Begrüßung und in einer Schweigeminute wurde der Verstorbenen gedacht. Adolf Froese erklärte die Umstände zum Tode seines Bruders Hans Froese, der im Frühjahr 83jährig, aber sonst bei guter Verfassung war, beim Fischen tödlich verunglückte. Dies machte die Anwesenden sehr betroffen, da viele ihn gut gekannt hatten. Die Teilnehmer folgten dann aufmerksam der kurzen Ansprache von Marita Jachens-Paul, die sich bei den Initiatoren dieses Treffens mit einem Blumenstrauß für deren Tätigkeiten bedankte. Verbunden mit der Bitte sich doch für weitere Treffen der Haffdörfer einzusetzen. Es ist wichtig, kulturelle Werte zu erhalten, ob in Sprache, Schrift oder Bild. Die Anwesenden spendeten viel Applaus. Die Kaffeetafel wurde freigegeben, und so konnte nach Herzenslust geschabbert werden.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 29. August, 14 Uhr, **Sommerfest der Landesgruppe** im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Hamburg, Telefon (040) 504477, Einlass: 13 Uhr. 14 Uhr, Begrüßung durch den Ersten Vorsitzenden Hartmut Klingbeutel. 14.15 Uhr, „Lewe Landslied!“ – mit humorvollen Dichtungen und Erzählungen aus der Literatur Ostpreußens wird Ruth Geede zum Schmunzeln und Nachdenken anregen. Duddelspielend mit heimatlichen Melodien wird die Arbeitsgemeinschaft Ostpreußenplatt diesen literarischen Vortrag begleiten. 15 Uhr, Kaffeepause. 15.30 Uhr, der LAB-Chor unter der Leitung Dieter Dziobaka wird mit Solisten und ihrer Instrumentalgruppe Volkslieder und alte Schlager zum Besten geben. Fröhliches Mitsingen ist angesagt. Danach wird das Sommerfest gemütlich ausklingen. Durch die Veranstaltung führt Sie Hans Günter Schattling. An- und Abfahrt: U/S-Bahn Ohlsdorf. Parken im Umfeld möglich. – **Sonntag**, 13. September, 15 Uhr, „**Tag der Heimat**“ des LvD in Hamburg unter dem Leitwort „Wahrheit und Gerechtigkeit – Ein starkes Europa“. Ort wird noch bekanntgegeben. Einlass 14.30 Uhr, Eintritt 5 Euro. Die Festrede hält Ingo Egloff, MdHB, außerdem treten unter anderem auf: der Musikzug der Freiwilligen Feuerwehr Bramfeld, die Vereinigten Chöre der Ostpreußen und Schlesier sowie die Jugendballettgruppe „Grazia“.

Sonnabend, 26. September, 10 bis 17 Uhr, (Einlass: 9:30 Uhr), **9. Heimattreffen im norddeutschen Raum** im Hotel „Zur Glashütte“, Segeberger Chaussee 309, 22851 Norderstedt Telefon (040) 5298660, Fax: (040) 52986635. Das Hotel ist von der A7 kommend Abfahrt Schnelsen Nord/Norderstedt über die B432 in Richtung Bad Segeberg (Norderstedt) nach etwa zwölf Kilometern zu erreichen. Parkmöglichkeiten sind reichlich vorhanden. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln bis U-Bahn (U1) Station Ochsenzoll (Hamburg). Von da aus mit dem Bus 378 Richtung Bad Segeberg. Nach zehn Minuten Fahrt an der Haltestelle Hofweg, gegenüber dem Hotel, aussteigen. Die Busse fahren alle 40 Minuten. Bei der U-Bahnstation ist auch ein Taxistand. Die Übernachtungen sind inklusive Frühstücksbuffet und Nutzung des Hallenschwimmbades mit Gegenstromanlage. 10 Uhr Begrüßungsansprachen, 10:30 Uhr Vortrag: „Wolfskinder Ostpreußens und ihre Schicksale“. Hierzu haben wird Annita Motzkus aus eigener Erfahrung berichten. Beim Diavortrag wird sie von Manfred Samel (Vorsitzender der Insterburger in Hamburger) unterstützt. 12 bis 14 Uhr Mittagspause (Zeit zum Plachandern / Vertellen / Schabbern). Nachmittags wird es gemütlich. Der LAB-Chor Hamburg unter der Leitung des Gumbinner Landsmannes Dieter Dziobaka wird mit Volksliedern und alten Schlagermelodien erfreuen. Danach sorgt die Arbeitsgemeinschaft „Ostpreußenplatt“ (Bielefeld) mit den Duddelspielern Heinz Grawitter und Hans Günter Schattling für gute Stimmung. Mitsingen und Mitmachen ist angesagt. Gegen 15:45 Uhr gibt es eine Kaffeepause und langsam klingt das Beisammensein aus. Nach dem Ende des Heimattreffens können individuelle Geselligkeiten in den Gasträumen weiter ausgelebt werden. Gäste sind herzlich willkommen! Nähere Informationen bei Mathilda Rau, Telefon (040) 6016460, oder Hans Günter Schattling, Telefon (040) 5224379.

HEIMATKREISGRUPPE



Insterburg – Mittwoch, 2. September, 13 Uhr, Besuch einer befreundeten Heimatgruppe im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kulturelles Programm ist geplant. Nähere Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.



Sensburg – Sonntag, 6. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum gemütlichen Beisammensein im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 1. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg. Kulturveranstaltung nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017. Im Juli und August ist Sommerpause, es finden keine Veranstaltungen statt.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 31. August, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle).



Hessen

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Hanau – Mittwoch, 9. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Menges.

Kassel – Dienstag, 1. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg. Ab 15.30 Uhr liest Jürgen Pasche aus eigenen Werken „Gedichte zwischen Sommer und Herbst“. – An ihr 60jähriges Bestehen dachten viele landsmannschaftliche Vereinigungen in den letzten Jahren. Die Mitgliederzahl schmilzt altersbedingt, aber noch trifft man sich regelmäßig, und der gemeinsame Gedanke an die Heimat eint alle. So liegt es nahe, dass sich die einzelnen Gruppen austauschen und „mischen“. Zum ersten Treffen nach der Sommerpause konnten die Ost- und Westpreußen Herrn Leder von den Schlesiern zu einem Diavortrag über die „schlesischen Gesundbrunnen“ bei sich begrüßen. Auch der Vorsitzende der Schlesier in Kassel und ein Vertreter der Sudetendeutschen Gruppe waren als Gäste dabei. Der Vortragende wünschte sich zum Eingang das „Westpreußenlied“ und anschließend einige Strophen aus dem bekannten Lied des großen ostdeutschen Kirchenliederdichters Paul Gerhardt: „Geh aus mein Herz und suche Freud“. Auf einer Landkarte zeigte Herr Leder die Sudeten, das Gebirgsland zwischen Schlesien und Böhmen. Sie setzen sich aus zahlreichen einzelnen Gebirgen zusammen, zum Beispiel dem Isergebirge, Riesengebirge, dem Waldenburger Bergland oder dem Heuscheuer, in denen viele Heilquellen verschiedenster Indikation entspringen, die zur Gründung von Heilbädern führten – den „schlesischen Gesundbrunnen“. Kopiert nach alten Ansichtskarten stellte der Vortragende viele dieser Kurbäder in Farbe vor, so Bad Flinsberg, Bad Warmbrunn, Bad Charlottenburg, Bad Landeck, Bad Salzbrunn, Bad Altheide, Bad Kudowa, Bad Langenau und Bad Reinerz. Die Bilder zeigten das, in reizvollen Bergtälern gelegen, mit zum Teil stattlichen Kurhäusern und Hotels, Kur- und Badeleben im 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert. Was ist wohl aus den gepflegten, hübschen Erholungsorten geworden?

Wiesbaden – Dienstag, 8. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Unter dem Titel: „Roter Knopf für Notfälle“ berichtet Herr Morneweg vom Arbeiter Samariter Bund (ASB) über das Hausnotrufsystem, das Senioren rund um die Uhr Sicherheit bietet. – Sonnabend, 12. September, 11.15 Uhr, Feierstunde am BdV-Gedenkstein in Kranichstraße, Wiesbaden-Kohlbeck, zum „Tag der Heimat“. Unter der Mitwirkung des ostpreußischen Frauenchores Berlin-Mark Brandenburg. Die Ansprache hält Stadtrat Wolfgang Herber. – Sonntag, 13. September, 11.15 Uhr, Feststunde zum „Tag der Heimat“. Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Die Festansprache hält Dr. Kristina Köhler, MdB. Vor der Feierstunde finden Gottesdienste in der Marktkirche und St. Bonifatiuskirche (10 Uhr) statt. Ab 15 Uhr Kinderfest.



Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Anklam – Sonnabend, 5. September, 10 bis 17 Uhr, Feier zum „Tag der Heimat“ in der Mehr-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

61. Deutscher Genealogentag

Bielefeld – Vom 11. bis zum 14. September findet der 61. Deutsche Genealogentag statt. Unter dem Motto „Genealogie und Industriegeschichte“ bietet das Programm jedem Familienforscher etwas. 43 Fachvorträge in den Bereichen: Genealogie und Industriegeschichte, Archive in der Region Ostwestfalen-Lippe, Gräber und Friedhofskultur, Aktuelle Aspekte der Computergenealogie, Genealogie in Ostwestfalen-Lippe, Workshops und Schnupperkurse zu den verschiedenen Bereichen der Familienforschung. Dazu kommt eine riesige Ausstellung mit über 50 genealogischen Vereinen, Verlagen, Programmherstellern und Dienstleistern. Die Teilnahme kostet pro Tag fünf bzw. für alle vier Tage 15 Euro. Informationen im Internet: www.genealogentag.de

Die Seiten der »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

zweckhalle „Volkshaus“. Dazu sind alle Landsleute und Heimatfreunde von nah und fern mit Angehörigen und Interessenten herzlich eingeladen. Zum ersten Mal kommen Kulturgruppen der deutschen Volksgruppe aus Masuren nach Anklam: der Chor und die Jugendtanzgruppe „Tannen“ aus Osterode und der

KEINE BERICHTE ZUM TAG DER HEIMAT

Überall in der Bundesrepublik Deutschland finden dieser Tage Veranstaltungen zum „Tag der Heimat“ statt. Aufgrund dieser Vielzahl können Berichte leider nicht berücksichtigt werden.

Chor „Ermland“ aus Heilsberg. Das Kulturprogramm wird außerdem vom Heimatchor Ducherow und dem Harmonika-Duo Willi & Ulla gestaltet und von Heimatsänger Bernstein moderiert. Ehrengast ist Renate Holznagel, Vizepräsidentin des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Für das leibliche Wohl mit Mittagessen, Kaffee, Kuchen und Bärenfang sowie für genügend Parkplätze ist gesorgt.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Delmenhorst – Dienstag, 1. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Restaurant Riva. – Dienstag, 1. September, 15 Uhr, Treffen der Männergruppe in der ostdeutschen Kulturstube.

Fallingbostel – Vom 11. bis 27. September zeigt der BdV zwei Bilderausstellungen im Heimathaus, Marktstraße 1, Hofseite, 29683 Dorfmark. „Königsberg in alten Ansichten“ lautet der Titel der ersten Ausstellung und die zweite beschäftigt sich mit „Bernstein – ostpreußisches Gold“. Diese Exponate werden von der Landsmannschaft Ostpreußen ausgeliehen und dem BdV nur für die Ausstellungen zur Verfügung gestellt. Die Ausstellungen erfolgen auf Anregung des Heimatvereins Dorfmark und waren bereits im Jahresprogramm eingeplant. Auf den Bildern sind Aufnahmen von Königsberg zu sehen wie es sich früher einmal darstellte, bevor noch zum Schluss des Krieges englische Bomber die kulturell hoch stehende Provinzhauptstadt von Ostpreußen in Schutt und Asche legten. Die Bilder der Ausstellung „Bernstein – ostpreußisches Gold“ zeigen interessante Exponate über die Bernsteingewinnung durch industriellen Abbau und die mühselige Arbeit der Bernsteinfischer in früheren Jahren. Für diese Ausstellung hat der Vorsitzende des BdV-Kreisverbandes, Albrecht Dyck, einen Anschauungs- und Verkaufstisch organisieren können, an dem ebenfalls das weltbekannte Königsberger Marzipan angeboten wird. Die Herstellungsfirma verlegte nach dem Krieg ihre Produktionsstätte in den Westen der Bundesrepublik Deutschland. Leider ist der Bernstein- und Marzipanverkauf nur am Freitag, 11. September, möglich. Weitere Aktionen sind in Planung während der Laufzeit der Ausstellungen, die über drei Wochenenden gezeigt werden. In deren Rahmen sind Diavorträge im Hotel Deutsches Haus, Hauptstraße 26, 29683 Dorfmark geplant. Am 15. September, 19.30 Uhr, hält Frau Sauerwein den Diavortrag: „Brücken bauen für ein bisschen Hoffnung“, und am 22. September referiert Hans-Georg Tautorat über „Leben und Werk großer Ostpreußen“.

Göttingen – Sonnabend, 5. September, Ökumenischer Gottesdienst „60 Jahre Durchgangslager Friedland“. Eingeladen sind alle Ostpreußen, Pommern, Schlesier, Danziger, Sudetendeutsche und Gäste. Programm: 11 Uhr Begrüßung, 12 Uhr Mittag (Königsberger Klopse), 13 Uhr Führung durch das Lager, 14.30 Uhr Gottesdienst in Pfarrkirche St. Norbert, anschließend Kranzniederlegung am Heimkehrer-Denkmal, 15.30 Uhr Kaffee und Kuchen. Abfahrtszeiten für den Bus: 10.15 Uhr Holtenser Landstraße, 10.30 Uhr ZOB / Zoologisches Institut, 10.40 Uhr Bürgerstraße/Zur Linde. Informationen: Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675. – Dienstag, 8. September, 15 Uhr, Zusammenkunft der Frauengruppe zum ersten Treffen nach der Sommerpause im Rathskeller Göttingen. Zu Gast ist die jüngste Bürgermeisterin von Niedersachsen Dinah Stollwerck-Bauer aus Adelebsen. Sie wird von ihrer Arbeit berichten.

Helmstedt – Donnerstag, 3. September, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 10. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte, Schützenwall 4.

Oldenburg – Mittwoch, 9. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Stadthotel Eversten. Volkmar Gerger, Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachen / Bremen des „Verbandes Siebenbürger Sachsen“, hält einen Vortrag über: „Wer sind die Siebenbürger Sachsen?“

Osnabrück – Dienstag, 1. September, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152.

Rinteln – Donnerstag, 3. September, wird von Rinteln aus ein Tagesausflug zum Westpreußischen Landesmuseum in Münster-Wolbeck durchgeführt. Zur gemeinsamen Busfahrt sind auch Gäste gegen Kostenbeteiligung herzlich willkommen. Anmeldung beim Vorsitzenden Ralf-Peter Wunderlich unter Telefon (0 57 51) 30 71 ist unbedingt erforderlich. Eine weitere Veranstaltung findet im September nicht statt. Die Gruppe trifft sich dann am zweiten Donnerstag im Oktober wieder.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 3. September, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Montag, 7. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 10. September, 15 Uhr, „Ostpreußisch Platt“ in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Mittwoch, 2. September, 19 Uhr, Auftaktveranstaltung (Podiumsdiskussion mit Kandidaten der Parteien zur Bundestagswahl) zum „Tag der Heimat“ im Ratssaal, Rathaus Beuel.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18





Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Düren – Sonnabend, 5. September, 11 Uhr, „Tag der Heimat“ im „Haus der Stadt“. Terminänderung!

Düsseldorf – Dienstag, 8. September, 15 Uhr, Kino: „Jokehnen – Oder wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland“, im Konferenzraum, GHH. – Mittwoch, 9. September, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei, Raum 311, GHH. – Donnerstag, 10. September, 19.30 Uhr, Offenes Singen im Raum 412, GHH. – Freitag, 11. September, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62. – Freitag, 11. September, 18 Uhr, Verleihung des Andreas-Gryphius-Preis an Arno Surminski, Eichendorff-Saal, GHH.

Essen – Sonntag, 13. September, 15 Uhr, „Tag der Heimat“ in der Gaststätte Am Pferdezentrum St. Elisabeth, Dollendorferstraße 51, 45144 Essen. Referentin ist Petra Hinz, MdB.

Gütersloh – Sonnabend, 12. September, 11 Uhr, Seniorenfahrt nach Minden. Dort erwartet die Gruppe ein interessantes Program, das von dem früheren Vorsitzenden der dortigen Ostpreußen, Werner Kruschel, zusammengestellt wurde. Lm. Kruschel wird die Gruppe auch empfangen. Alle interessierten Senioren sind herzlich eingeladen, aber auch Nichtsenioren und Nichtmitglieder sind willkommen. Die Kostenbeteiligung von 10 Euro wird im Bus eingesammelt, Nichtsenioren (unter 65 Jahre) oder Nicht-Mitglieder zahlen 15 Euro. Abfahrt: 11 Uhr Kahlertstraße / Ecke Magnolienweg, 11.05 Uhr Marktplatz / Haltestelle Friedrich-Ebert-Straße, 11.10 Uhr B 61 / Ecke Grenzweg, 11.15 Uhr Café Raschke, 11.20 Uhr Gaststätte Roggenkamp, 11.25 Uhr Verler Straße / Ecke Stadtring Sundern, 11.30 Uhr Verler Straße / Markant Supermarkt. Bitte nehmen Sie sich für die Mittagszeit „Stullen“ mit. Eine Einkehr ist erst zur Kaffeezeit geplant. Kalte Getränke gibt es im Bus. Anmeldungen bis spätestens 6. September bei Josef Block, Telefon 34841. – Sonnabend, 19. September, 19.09 Uhr (Beginn 20 Uhr), Treffen der Gruppe zum Herbstfest im „Spexarder Bauernhaus“, Lukasstraße 14, Gütersloh. Es spielt die „City-Band“ aus Bielefeld. Eintritt: 6 Euro für Mitglieder, 8 Euro für Nichtmitglieder. Nähere Informationen bei Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211.

Haltern – Sonnabend, 29. August, 17 Uhr, Tag der Heimat am Mahnmal. – Donnerstag, 3. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Kolpingtreff.

Leverkusen – Sonntag, 6. September, 11 Uhr, Feierstunde des BdV zum „Tag der Heimat“ auf dem Friedhof Manfort am Ostdeutschen Kreuz / Friedensstern. Es spricht der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Rudi Pawelka. Die musikalische Gestaltung wird der Chor Heimatmelodie unter der Leitung von Max Murawski übernehmen. Der Posaunenchor der evangelischen Johannes-Kirchengemeinde sowie die Solistin Hedwig Zentek ergänzen die Feierstunde.

Mönchengladbach – Sonntag, 12. September, 11 Uhr, Gedenkfeier zum „Tag der Heimat“ vor dem Gedenkstein an der Stadthalle Rheydt.

Neuss – Donnerstag, 3. September, 15 Uhr, „Tag der offenen Tür“ mit Kaffee und Kuchen in der Ostdeutschen Heimatstube, Oberstraße 17, Neuss. – Sonntag, 6. September, 14 Uhr, Gedenkfeier zum „Tag der Heimat“ am Ostdeutschen Gedenkstein, Oberstraße. Im Anschluss Feierstunde im Zeughaus Neuss.

Siegen – Sonnabend, 4. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in den BdV-Räumen, Seilereiweg 19. Dort findet eine kleine Präsentation ihrer im Entstehen begriffenen Lesestube statt. Durch Aufrufe um Bücherspenden in verschiedenen Heimatbriefen, Ermlandbriefen und besonders in der „Ostpreußische Familie“ im Ostpreußenblatt, versuchte der Kulturwart heimatliches Schriftgut für die Lesestube, nebst anderen Erinnerungsstücken, die heimatliche Kultur in Wort und Schrift zu erhalten, beziehungsweise für die Nachkommen. – Freitag, 18. September, 17.30 Uhr. „Tag der Heimat“. Anton Olbrich weist schon jetzt auf die BdV-Veranstaltung zum Tag der Heimat hin. Kranzniederlegung und Gedenkworte am Ostdeutschen Ehrenmal, Oberes Schloss in Siegen – Freitag, 18. September, 17.30 Uhr. – BdV-Veranstaltung Tag der Heimat mit kulturpolitischem Programm: Sonntag, 20. September, Bismarckhalle, Siegen-Weidenau. Die Gruppe plant einen kleinen Bücherstand im Foyer der Bismarckhalle. Für den Schriftenstand sind Klaus-Josef Schwittay (früher Kreis Allenstein) und Kulturwart Schneidewind zuständig. Der Vorstand bittet um rege Teilnahme der Mitglieder.



RHEINLAND-PFALZ

Vorsitzender: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 5. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Mainz – Freitag, 28. August, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 4. September, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Montag, 21. bis 24. September, viertägige Busreise nach Schwerin zur Bundesgartenschau. Anmeldung unter Angabe von „Landsmannschaft Ostpreußen“ beim Reiseunternehmen Westend, Telefon (0611) 449066.



SACHSEN

Vorsitzender: Erwin Kühnappel, Gahlenzer Straße 19, 09569 Oederan, Telefon (037292) 22035, Fax 21826.

Dresden – Sonnabend, 26. September (Terminänderung!), 10 Uhr, „Tag der Heimat“ des Heimatverbandes Dresden, Meißen, Sächsische Schweiz im Dresdner Rathaus. Festredner: Bundeskanzleramtschef Thomas de Maizière (CDU) angefragt.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

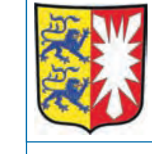
Aschersleben – Mittwoch, 2. September, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, Aschersleben. – Donnerstag, 10. September, 14 Uhr, „Tag der Heimat“ im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, Aschersleben.

Dessau – Montag, 7. September, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe im Waldweg 14.

Halle – Sonnabend, 5. September, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum Grillen im Garten der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54.

Magdeburg – Freitag, 28. August, 16 Uhr, Singeproben im TUS Neustadt. – Dienstag, 1. September, 13.30 Uhr, Treffen der „Stickerchen“ in der Immermannstraße 19. – Dienstag, 8. September, 16.30 Uhr, Vorstandssitzung in der Gaststätte SV Post. – Sonnabend, 12. September, 13.30 Uhr, Feier zum „Tag der Heimat“ im AMO – Kultur und Kongresshaus, Magdeburg. – Sonntag, 13. September, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte SV Post.

Osterburg – Donnerstag, 3. September, Busfahrt der Gruppe zum Nord-Ostseekanal, Fahrt mit dem Raddampfer Freya auf dem Kanal (Brunchbuffet). Preis pro Person: 59 Euro. Anmeldungen und Anfragen an Hans-Joachim Domscheit, Dammstraße 20, 39615 Schönberg.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Mittwoch, 9. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Samos, Eutiner Ring 7, 23611 Bad Schwartau.

Bad Oldesloe – Die Grupp verlebte mal wieder einen wunderbaren und interessanten Nachmittag zusammen. Zu Beginn wurde Erna Drescher als Geburtstagskind des Monats mit einem Blumenstrauß geehrt. Danach hatte Hildegard Neppessen das Wort mit ihrem Bericht über eine Reise in ihre Heimatstadt Memel, die sie mit Schwiegertochter und Enkelin unternommen hatte. Obwohl es in der Altstadt von Memel noch beschädigte Häuser gibt, machte die Stadt einen sauberen und gepflegten Eindruck, dazu gehört auch der Theaterplatz mit dem Ännchen von Tharau. Auf guten Plattenwegen lässt es sich gut gehen und ein ehemaliger Friedhof wurde zum Skulpturenpark. Als die kleine Familie ein Restaurant betrat und Großmutter auf Deutsch grüßte, antwortete ein Einheimischer, er sei von den Deutschen übrig geblieben. So empfahl er gleich die Fischsuppe und Flinsen mit Sahne und Apfelmus. Es schmeckte wirklich vorzüglich. Parallel zum Vortrag machten Fotos vom Urlaub abschließend die Runde. Boris Makarowski hatte Literatur über Königsberg mitgebracht, von Ralph Giordano und Andreas Kossert. Kossert stellt in seinem Buch „Damals in Ostpreußen“ heraus, wie sinnlos es doch gewesen sei, dass die Russen alles vernichteten und zerstörten, was die Deutschen zurücklassen mussten. Die Zweite Vorsitzende dankte Hildegard Neppessen und Boris Makarowski für die eindrucksvollen Beiträge, die wieder eine lebhafte Diskussion auslösten. Anschließend berichtete Georg Baltrusch noch vom „Tag der Heimat“ in Neumünster, den die Pommern ausgerichtet hatten. Es war eine gelungene und gut besuchte Veranstaltung.

Neumünster – Mittwoch, 9. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant am Kantplatz. Edmund Ferner hält einen Vortrag: „Was ist unser deutsches Vaterland?“

Pinneberg – Sonnabend. 5. September, 9 Uhr, Informationsstand auf dem Stadtfest, Drosteipark, rechts neben dem Gedenkstein. – Sonnabend, 12. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im VfL-Heim, Fahltskamp 53, Pinneberg. Brigitte Kieselbach referiert über „Bedeutende Frauen aus Ostpreußen“.

Schwarzenbek – Sonnabend, 26. September, 7.30 Uhr, Abfahrt ab Haltestelle Rathaus zur Sommerausfahrt der Gruppe. Es geht mit dem Reisebus nach Wismar, Rostock und Warnemünde. In Rostock steht eine geführte Stadtrundfahrt auf dem Programm, anschließend Mittagessen im Kartoffelhaus. In Warnemünde Kaffeepause im Hotel Am Leuchturm und Zeit zur freien Verfügung. Rückkehr in Schwarzenbek gegen 19.30 Uhr. Fahrtkosten: 32 Euro für Mitglieder, 40 Euro für Gäste. Anmeldungen bis Montag, 21. September, unter Telefon (04151) 81108 oder (04141) 5396, die Anmeldung ist bindend. Im Preis enthalten sind die Busfahrt, Stadtrundfahrt, Mittagessen, Schiffsfahrt und Kaffeetafel. Gäste sind herzlich willkommen.

Uetersen – Freitag, 11. September, 11 Uhr, Treffen der Gruppe zum „Tag der Heimat“ am Gedenkstein der Vertriebenen, Tantaus Allee. – Auf der letzten Versammlung konnte die Vorsitzende Ilse Rudat den Vorsitzenden und Kulturreferenten der Landesgruppe, Edmund Ferner, begrüßen. Dieser hat einen Diavortrag über seine letzte Südostasien-Reise gehalten. Es war die 75. von ihm organisierte Reise der Gruppe Fehmarn. Die Reise ging dieses mal nach Vietnam und Kambodscha. Anhand einer Landkarte gab Ferner einen Überblick über das von ihm bereiste Gebiet. Er berichtete von der Entstehung des heutigen Vietnams mit der Hauptstadt Hanoi und von Kambodscha mit der Hauptstadt Phnom Phen. Vietnam weist eine Küstenlänge



von 1600 Kilometern auf und ist mit rund 78 Millionen Einwohnern das dichtbesiedelste Land Südostasiens. Dagegen hat Kambodscha nur rund elf Millionen Einwohner. Während der Herrschaft der Roten Khmer in Kambodscha wurde die dortige Intelligenzschicht gezielt umerzogen oder ermordet. Mit Dias gab der Referent einen Einblick in die französische Kolonialzeit und deren beeindruckende Gebäude, so vor allem der Königspalast in Phnom Phen. Ferner zeigte Bilder von Bauern, die mit ihren Wasserbüffeln bei der Arbeit sind, sowie ausgedehnte Reisfelder, die das Hauptnahrungsmittel der Menschen dieser Region liefern. Die Besucher dieser Veranstaltung waren beindruckt von diesem interessanten Nachmittag und waren voll des Lobes. Die Vorsitzende Ilse Rudat bedankte sich im Namen aller Zuhörer bei dem Referenten und bat ihn, bald wiederzukommen. Da der Vortrag doch mehr Zeit in Anspruch genommen hatte, wurde das Kaffeetrinken etwas schneller abgewickelt. Einen Extra-Applaus erhielten aber noch die Tischdekorateure Dora Pütz und Hildegard Rucha für ihre wunderschöne Dekoration.

Seminar Werkwoche

Hamburg / Bad Pyrmont – Die 55. Werkwoche findet vom 12. bis 18. Oktober im Ostheim unter der Leitung der Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, Uta Lüttich, statt. In den Arbeitsgruppen Musterstricken (Handschkes), Sticken, Weißsticken, Trachtennähen sowie Weben und Knüpfen sind noch Plätze frei. Besonders würden wir uns über eine Teilnahme von jüngeren Interessierten freuen. Die Seminargebühr beträgt 120 Euro bei freier Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer. Einzelzimmer stehen nur begrenzt zur Verfügung, der Zuschlag beträgt 6 Euro pro Nacht. Fahrkosten werden nicht erstattet.

Hinweis: Die Veranstaltung wird gefördert mit Mitteln des Bundes über die Kulturreferentin am Ostpreußischen Landesmuseum, Lüneburg.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

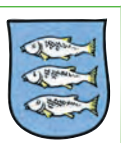
54. Allensteiner Jahrestreffen – Seit 1954 treffen sich die Angehörigen und Freunde der Stadtgemeinschaft Allenstein in ihrer Paten- und Partnerstadt Gelsenkirchen. Das diesjährige Treffen findet vom 18. bis 20. September statt. Das Treffen wird am Freitag, 18. September, mit der Versammlung der Stadtvertreter eröffnet, die die Berichte des Vorstandes entgegennehmen. Am Abend feiern die Allensteiner ihr Wiedersehen im Restaurant Dubrovnik neben dem Hans-Sachs-Haus. Die Veranstaltungen am Sonnabend, 19. September, beginnen um 10.45 Uhr in der Propsteikirche mit einer ökumenischen Andacht und Kranzniederlegung an der Gedenktafel für die verstorbenen Allensteiner. Danach besteht Gelegenheit, den Treudank, das Allensteiner Heimatmuseum in der Vattmannstraße, zu besuchen. Ab 13 Uhr trifft man sich im Schloss Horst. Neben den Verkaufsständen mit Büchern über Allenstein gibt es eine Ausstellung mit alten Postkarten sowie Filme über das alte Ostpreußen zu sehen. Um 15 Uhr findet in der Glashalle des Schlosses die Feierstunde zum 54. Jahrestreffen statt, die von der Trinity Brass, dem Bläser und Posaunenchor Gelsenkirchen-Erle unter der Leitung von Hans-Günter Nowotka musikalisch umrahmt wird. Neben anderen Gästen erwarten wir den Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Klaus Hermandung, sowie Mitglieder des Rates der Stadt Gelsenkirchen. Anschließend spielt Oskar Delberg seine beliebten Oldies zum Tanz und zur Unterhaltung auf. Wer es ruhiger mag, kann sich auch zum Schabbern in den Garten oder den Rittersaal zurückziehen. Mit dem Besuch der Gottesdienste am Sonntagvormittag geht das Treffen zu Ende.



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (06126) 4173, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreisgumbinnen.de.

Bundestreffen der Gumbinner und Salzburger in Bielefeld – Am 12. und 13. September 2009 findet in der Patenstadt Bielefeld das jährliche Bundestreffen der Gumbinner aus Stadt und Land statt. Alle Landsleute, ihre Nachkommen und Freunde von fern und nah sind herzlich eingeladen am Treffen in der Gesamtschule Stieghorst, Detmolder Straße / Am Wortkamp 3 teilzunehmen. Am Sonnabendvormittag ab 10 Uhr wird in der Kreisversammlung der gesamte Vorstand der Kreisgemeinschaft neu gewählt, Rechenschaftsberichte werden abgeben, ebenso erfolgen die Berichte der „Gumbinner Stiftung“ und der Arbeitsgruppe „Ostpreußisch Platt“. Der Nachmittag ist für Gespräche in den Orts- und Kirchspielkreisen und dem Treffen von Arbeitsgruppen vorgesehen, aber auch das Plachandern mit Freunden und Nachbarn soll nicht zu kurz kommen. Für das leibliche Wohl wird wie immer gesorgt. Die Mitglieder des „Salzburger Vereins“ treffen sich um 15.30 Uhr im Wohnstift Salzburg in der Memeler Straße 3. Am Abend um 19 findet in der Lutherkirche, gegenüber vom Hotel „ Brenner “ein Konzert mit dem Kantchor aus Gusew / Gumbinnen statt. Anschließend trifft man sich zum gemütlichen Teil im Hotel „Brenner“. Der Sonntag beginnt um 10 Uhr mit einer Gemeinschaftsstunde mit folgendem Ablauf: Andacht, Totengedenken, Grußworte der Gäste, Ehrungen, Bericht des Vorsitzenden, Singen der Nationalhymne. Gäste aus der Patenstadt Bielefeld und Vertreter aus Gumbinnen (Gusew) haben ihre Teilnahme zugesagt. Auch am Vormittag wird der Kantchor die Veranstaltung begleiten. Ein besonderer Höhepunkt wird der Vortrag des bekannten Zirkusdirektors Gerd Siemoneit–Barum sein, ein Gumbinner, der seine Zirkuskarriere erst im letzten Jahr beendet hat. Eine Bilderschau „Gumbinnen früher und heute“ wird während des Treffens gezeigt, ein Verkaufsstand mit Karten, Literatur und Infomaterial steht zur Verfügung.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Erhard Kawlath, Dorfstraße 48, 24536 Neumünster, Telefon (04321) 529027.

Kreisausschusssitzung, 11. September, 9 Uhr, Heimatmuseum, Brachenfelder Straße 21, Neumünster – Bei der Sitzung des Kreisausschusses der Kreisgemeinschaft ist folgende Tagesordnung vorgesehen: 1) Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit. 2)

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

Ehrung und Verabschiedung der bisherigen Geschäftsführerin Nora Kawlath. 3) Genehmigung der Kreisausschusssitzung vom 13. Februar 2009. 4) Bericht des stellvertretenden Kreisvertreters. 5) Bericht des Schatzmeisters. 6) Bericht der Archivarin. 7) Bericht der Kulturreferentin. 8) Bericht des Schriftleiters. 9) Bericht des Vorsitzenden der Lötzener Schülergemeinschaft. 10) Bericht der Geschäftsführerin. 11) Verabschiedung der Wahlvorschläge / Aufstellung der Kandidaten. 12) Verschiedenes.



PREUSSISCH EYLAU

www.preussisch-eylau.de. Kreisvertreter: Rüdiger Herzberg, Brandenburger Straße 11 a, 37412 Herzberg, Tel. (05521) 998792, Fax (05521) 999611, E-Mail: r.b.herzberg@t-online.de; Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer Heimatmuseum im Kreishaus Verden (Aller): Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel. (04101) 200989, Fax (04101) 511938, E-Mail: manfred.klein.rositten@malle-tech.de.

Liebe Stadt-Preußisch-Eylauer! – Kommen Sie zahlreich zum Kreistreffen nach Verden vom 18. bis 20. September! Martin Lehmann wird im „Grünen Jäger" auf dem Bildschirm die umfangreiche Ansichtskarten-Sammlung zeigen, die ein junger heutiger Einwohner Pr. Eylaus im Lauf der letzten Jahre zusammengetragen beziehungsweise -gekauft hat. Es ist die größte uns bekannte Sammlung von Bildern der Stadt. Sie übertrifft sogar diejenige der Kreisgemeinschaft und reicht bis ins 19. Jahrhundert zurück. Außerdem wollen wir über die gelungene Reise zur Einweihung des Gedenksteins im Juni dieses Jahres berichten, auch anhand von Fotos.



SENSBURG

Kreisvertreter: Siegbert Nadolny, Wasserstr. 9, 32602 Vlotho, Tel. (05733) 5585. Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer", Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstr. 15, 42849 Remscheid.

7. Kirchspieltreffen Sorquitten, zugleich 14. Treffen der Ortsgemeinschaft Heinrichshöfen, Rodowen und Heinrichsdorf – Das 7. Kirchspieltreffen Sorquitten – einschließlich 14. Treffen der Ortsgemeinschaft Heinrichshöfen, Rodowen und Heinrichsdorf – fand wie gewohnt in Bad Sassendorf statt. Viele der Landsleute – so auch meine Frau und ich – waren schon am Freitag angereist. So ergab es sich, dass wir beim Frühstück mit Ursula Pietsch an einem Tisch saßen und uns schmerzlich zum Bewusstsein kam, dass ihr Ehemann, unser bisher bei allen Treffen anwesender Landsmann Jürgen Pietsch, nicht mehr dabei war. Seine für die Heimat erbrachten Dienste fanden während des Totengedenkens würdige Erwähnung. Der Verbindungsmann zur Sensburger Deutschen Gesellschaft „Bärentatze" Gerhard Terner konnte aus gesundheitlichen Gründen an unserem Treffen leider nicht teilnehmen. Er bedauerte das sehr und ließ alle Teilnehmer herzlich grüßen. Das offizielle Programm des Kirchspieltreffens, beginnend mit der Begrüßung und der Festrede, weiterführend über das Gedenken der Opfer des Zweiten Weltkrieges und Berichten über Ostpreußenreisen bis hin zur Ostpreußen-Hymne nahm den gesamten Vormittag in Anspruch. Das für den Sensburger Heimatbrief unerlässliche Gruppenfoto fand noch in aller Eile vor dem üppigen Mittagessen statt. An dieser Stelle sei hinzugefügt, dass es erfahrungsgemäß kaum gelingt, alle Beteiligten zu einer bestimmten Zeit auf dem Erinnerungsfoto zu verewigen. Schade! Die Ansprache nahm insbesondere Bezug auf die Misstöne polnischer Politiker, die die Präsidentin des BdV Erika Steinbach verunglimpft, beleidigt und dadurch die nun bekannten Fakten geschaffen haben. So brachte der Redner unter anderem zum Ausdruck: „Eine panische Angst sitzt polnischen Staatsmännern im Nacken: das ‚Zentrum gegen Vertreibungen'. Warum hat sich Polen durch Jahre hindurch so vehement dagegen gewährt und es teilweise erfolgreich blockiert? Dort könnte ja konkret festgehalten und aufgedeckt werden, welche Grausamkeiten und Vergehen auch Polen an unschuldigen Deutschen begangen haben. Dadurch käme die alleinige Täterrolle Deutschlands ins Wanken." - Obwohl sich die Teilnehmerzahl im Vergleich zum letzten Beisammensein wesentlich gesteigert hatte, sogar etliche Erstteilnehmer begrüßt werden konnten, bot sich im legeren Teil des Nachmittags eine Atmosphäre familiären Wiedersehens. In Anbetracht der Tatsache, dass wir zu der letzten Erlebnisgeneration gehören, die Flucht und Vertreibung aus der Heimat miterlebt haben, kam der Gedanke auf, den zweijährigen Turnus unserer Treffen aufzugeben, um sich in Zukunft jährlich wiederzusehen. Resümee: Die Quote für das nächste Kirchspieltreffen kann wachsen, insbesondere dann, wenn noch mehr Heimatfreunde aus den nördlichen Ortschaften des Kirchspiels zu der Begegnung unserer landsmannschaftlichen Familie dazu stoßen.

24. Ortstreffen Steinhof und Groß Steinfelde – Das 24. Treffen der Heimatgemeinden Steinhof und Groß Steinfelde fand wie gewohnt in Eberbach am Neckar in dem unverändert gastfreundlichen Hotel Krone Post statt und war wiederum verhältnismäßig gut besucht. Berthold Hirsch eröffnete traditionsgemäß den offiziellen Teil mit dem Gedenken an unsere lieben Verstorbenen. Nach einer kurzen angemessenen Stille kamen dann allgemein relevante Themen zur Sprache. So erfuhren wir auch, dass Edith Laskamy geb. Cerwdnski sich zu der Goldenen Konfirmation in Kobulten, in der Kirche ihrer Konfirmation, angemeldet hatte. Dieser Plan wurde dann später auch verwirklicht. Vor dem Hintergrund der Völkerverständigung würdigte Berthold Hirsch „unseren" Dichter Ernst Wiechert und stellte heraus, dass die Polen in Sensburg ihn anlässlich seines 120. Geburtstages im Jahr 2001 mit verschiedenen Feierlichkeiten geehrt haben und in den Schulen dieser ostpreußische Dichter thematisiert wurde, um ihn auch in Polen bekannt zu machen. Die anschließende muntere Unterhaltung von „früher und heut" wurde durch das Singen des Ostpreußenliedes und des Ostpreußen-Heimatliedes von F. Hirsch unterbrochen. Im Anschluss an die Kaffeetafel lauschten alle aufmerksam dem Video-Vortrag von Günther Erdmann und verinnerlichten die heimatlichen zum Teil vertrauten Bilder. Günther Erdmann hat auch in diesem Jahr die Heimat besucht. Sein kurzer interessanter Film wurde von ihm lebendig kommentiert. Die alte Schule, sein Elternhaus, hat der jetzige Eigentümer zu einer Pension mit freundlichen Zimmern umgebaut und freut sich über jeden Gast. – Unser nächstes Treffen ist das 25., ein Jubiläumstreffen. Es wurde der Vorschlag gemacht, es aus diesem Grunde etwas „ausgeschmückter" zu gestalten. In dem gemütlichen Teil sollte ein Akkordeon oder ein ähnliches Instrument uns begleiten, um so dem Gesang noch mehr Ausdruck zu verleihen und die Bereitschaft zum Mitsingen zu steigern. In unserer Gruppe gibt es leider keine Musikanten. Vielleicht meldet sich ein anderer Leser dieses Berichts bei uns. Unsere Treffen, zu denen fast immer dieselben Landsleute anreisen, haben inzwischen – von der herzlichen Atmosphäre her – den Charakter einer Familienfeier. Heinrich Borchert spendierte wieder seinen selbst gemachten köstlichen Bärenfang. Man verabschiedete sich in der Hoffnung auf ein frohes Wiedersehen.

Die Seiten der »Heimatarbeit«
finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Haus des Deutschen Ostens

Das neues HDO-Journal ist erschienen – Wettbewerb »Mein HDO« ausgelobt

Unter dem Leitwort „Rückschau und Ausblick" ist das HDO-Journal 2009, die Zeitschrift des Hauses des Deutschen Ostens (HDO) in München erschienen. Direktor Dr. Ortfried Kotzian geht im Editorial der Zeitschrift auf die Bedeutung der Jubiläums- und Gedenkjahre 2008 und 2009 ein und stellt den Zusammenhang zur Aufgabenstellung des Hauses des Deutschen Ostens als Kultur-, Bildungs- und Begegnungseinrichtung her. Sein Fazit: „Heute wissen wir: Die Grundlage von mehr als 60 Jahren Frieden in der Mitte Europas beruht auch auf dem Selbsterhaltungstrieb der Menschen, der bisher stärker war als jede Ideologie und Machtpolitik. Das Bewusstsein um diese globalen Zusammenhänge zu bewahren, ist auch eine der Aufgaben unseres Hauses des Deutschen Ostens in München."

Staatliche Einrichtungen für die bayerische Bevölkerung aus dem Osten Europas brauchen eine geistig-kulturelle Grundlage für ihr Handeln und ihre Arbeitsweise, die über einen reinen Gesetzesauftrag (§ 96 Bundesvertriebenengesetz) hinausgeht. Wie das vor mehr als 50 Jahren aussah, beschreibt das HDO-Journal mit einer „Fundsache" deutlich, dem Aufsatz oder einer Rede des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Wilhelm Högner mit dem Titel „Über die deutschen West- und Osten gemeinsamen Grundlagen in Geschichte, Kultur und in der Entwicklung des Volks. Die Aussagen des undatierten Beitrages von damals, der dem Haus des Deutschen Ostens im Faksimile vorliegt, sind zeitlos gültig. Prof. Manfred Kittel macht sich Gedanken zur Zukunft aller Vertriebenen-, Flüchtlings- und Aussiedlergruppen, die nicht aus dem Sudetenland nach Bayern kamen.

Geistige und kulturelle Grundlage

Ihr Kulturbeitrag in Bayern darf angesichts der Errichtung eines Sudetendeutschen Museums in München nicht gering geachtet werden, zumal der „fünfte Stamm" Bayerns mit Schlesiern, Ost- und Westpreußen, Pommern, Russlanddeutschen, Donauschwaben, Siebenbürger Sachsen und vielen anderen kleinen Volksgruppen mit rund eineinhalb Millionen Menschen sogar noch größer ist als die sudetendeutsche Volksgruppe.

Im Jahre 2010 wird das Haus des Deutschen Ostens 40 Jahre alt. Mit der vorliegenden Ausgabe des HDO-Journals befindet sich die Einrichtung des Freistaates Bayern „zwischen den Ereignissen". 850 Jahre München wurden mit dem Isar-Brückenfest 2008 gefeiert. An dieses Großereignis erinnert die vorliegende Ausgabe. Die Vorfreude auf das Festprogramm 2010 soll die Leser ermuntern, das Haus und seine Veranstaltungen zu besuchen. Jeder kann zum Gelingen des Jubiläumsjahres 2010 seinen ganz persönlichen Beitrag leisten. Das Haus des Deutschen Ostens lobt einen Schreibwettbewerb unter dem Leitgedanken „Mein HDO" aus. Dabei soll über kleine Begebenheiten, lustige Erlebnisse, schöne Stunden mit interessanten Gesprächspartnern, spannende Ereignisse auf Studienreisen, neue Erkenntnisse bei Seminaren und Tagungen berichtet werden. Die literarischen „Ergüsse" können kurz oder lang, humorvoll oder ernst, kunstvoll oder episch, dramatisch oder stilvoll sein. Schöne Preise warten auf die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, wie etwa die kostenlose Teilnahme an der Studienreise 2010, über die man sich auch in der neuen Ausgabe des HDO-Journals informieren kann.

Das neue HDO-Journal, Nr. 7/2009 kann kostenlos bezogen werden über das Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. Bestellungen auch per E-Mail: poststelle@hdo.bayern.de.

Schrecken der Zeit – Flucht und Vertreibung

Vor fast 65 Jahren ging man gemeinsam auf die Flucht – Heimattreffen der Schlobitter und Prökelwitzer

Als der Befehl zur Flucht kam, war man vorbereitet. Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten hatte die nötigen Vorkehrungen schon getroffen. Es machten sich 250 Menschen, 108 Pferde und 33 Wagen, in eine ungewisse Zukunft auf.

Wiederum trafen sich die Menschen, die auf den Gütern Schlobitten und Prökelwitz des Fürsten Alexander zu Dohna-Schlobitten gewohnt hatten, in Bücken bei Hoya. Traditionsgemäß findet dieses alljährliche Beisammensein immer am ersten Wochenende im Juli statt. Zu Beginn besuchte man den Gottesdienst in der schönen St. Maternian-Kirche, den – in Vertretung von Pfarrer Meißner – sein Vorgänger, Pastor Studer, hielt, der über viele Jahre die Pfarrstelle in Bücken betreute. Seine Predigt war ganz auf die Ostpreußen abgestimmt, und so sangen alle gemeinsam das Ostpreußenlied, das manch „Einheimischer" wohl auf diese Weise zum ersten Mal hörte. Arnold Korth hatte in Vorbereitung des Treffens Pfarrer Studer gebeten, die noch aus der ostpreußischen Jugendzeit so vertrauten Lieder – „Grosser Gott, wir loben Dich", „Geh' aus mein Herz und suche Freud" und schließlich „Nun danket alle Gott" – in den Gottesdienst mit einzubeziehen. Nach dem gemeinsamen Abendmahl fuhr man anschließend zum Landgasthof Hünecke zum gemeinsamen Essen. Dieses wiederum hatte Arnolds Frau Lisa mit dem Wirt, Herrn Hünecke, abgestimmt und wieder ein vorzügliches Mahl zusammengestellt.

Jochen Prinz begrüßte die Teilnehmer, die diesmal nicht so zahlreich waren, weil viele aus krankheits- oder terminlichen Gründen leider absagen mussten. Er übermittelte deren herzlichen Grüße und bedauerte vor allem, dass Herr v. Behr, dessen Eltern sich im März 1945 in unermüdlicher Weise um die Unterbringung der Treckteilnehmer bemüht hatten, auch nicht kommen konnte. Ein besonderer Gruß galt der „Seniorin", Elfriede Lilienthal, die zwei Tage zuvor ihren 95. Geburtstag gefeiert hatte. Traditionsgemäß waren aber die Kinder des Fürsten erschienen, Graf Fritz und seine Schwestern die Gräfinnen Dr. Sophie und Alexandra zu Dohna-Schlobitten.

Nach dem Essen hielt der Graf einen Vortrag über die Flucht. Es war wohl der einzige große ostpreußische Treck, der einigermaßen vollständig im Westen Deutschlands ankam. Das war vor allem der sorgfältigen Planung aller notwendigen Vorbereitungen, die Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten gemacht und veranlasst hatte, zu verdanken.

Es sind nun mehr als 64 Jahre her, dass Flucht und Vertreibung aus der angestammten Heimat begann und manche Erinnerungen an diese so schwere Zeit sind inzwischen verblasst.

Am Sonntag, 21. Januar 1945, kam abends der Befehl zur Flucht. In aller Eile wurden die wenigen Sachen, die man mitnehmen konnte, auf die Wagen verladen, und schon um 5 Uhr morgens setzte sich der Treck in Bewegung. Zuvor waren die Hufeisen der Pferde überprüft und Stollen eingeschraubt worden, die das Ausrutschen der Pferde auf dem gefrorenen Untergrund und den verschneiten Straßen weitgehend verhindern sollten. Beim Beschlagen der Pferde in Prökelwitz halfen auch russische Kriegsgefangene, die bis zum Abrücken der Wagen unermüdlich arbeiteten, dann aber zurückbleiben mussten und die – wie wir heute wissen – ein ungewisses Schicksal erwartete. Die Gespanne – sowohl zwei- als auch vierspännig gefahren – wurden von unseren französischen Kriegsgefangenen und auch den Jungen, die zum Dienst im „Volkssturm" noch zu jung waren, gelenkt. Es waren 250 Leute, 108 Pferde und 33 Wagen, die einer ungewissen Zukunft entgegenfuhren.

Der erste kritische Streckenabschnitt für den Prökelwitzer Treck war der steil ansteigende Berg vom Christburger Marktplatz in Richtung Altfelde. Bei den zweispännig gefahrenen Wagen wurden zwei Pferde vorgespannt, und so gelang es, alle Wagen auf die Anhöhe zu ziehen. Auf verschiedenen Wegen gelangte man dann nach Marienburg, wo sich alle Wagen wieder trafen, um über die Nogatbrücke bei Kalthof zu fahren, die – entgegen allen Befürchtungen – leer war. Hinter der Brücke mussten die meisten Leute im Freien übernachten, weil nur für wenige in der Schule Platz war. Es waren Minus 22 Grad, und es schneite fast ununterbrochen.

Kritisch wurde es dann bei der Dirschauer Brücke über die Weichsel, die schon zur Sprengung vorbereitet war. Ein übereifriger Wehrmachtsangehöriger verweigerte die Fahrt über die Brücke und gab sie erst frei, als er mit vorgehaltener Pistole dazu gezwungen wurde.

Der Fürst hatte die Treckroute so gewählt, dass die einzelnen Etappen möglichst auf einem großen Gut endeten, weil nur die Güter in der Lage waren, so viele Menschen und Pferde unterzubringen und zu versorgen. Außerdem führte die Treckroute so weit nördlich an Berlin vorbei über kleinere Landstraßen, weil der Fürst zu Recht befürchtete, dass die sowjetische Armee so schnell wie möglich Berlin erobern wollte und deshalb in seiner unmittelbaren Umgebung viele Truppenbewegungen stattfinden würden. Es war außerdem das Ziel, möglichst weit in den Westen zu fahren, weil nicht abzusehen war, wie weit die sowjetische Armee gen Westen vorstoßen würde. In Pommern schon wurde beschlossen, möglichst nur noch nachts zu trecken, weil man dann am frühen Morgen die Chance hatte, ein Quartier zu finden, das von voreilenden Trecks gerade verlassen worden war. Unterwegs schlossen sich noch andere Flüchtlingsströme dem Schlobitter/Prökelwitzer Treck an, der schließlich auf 600 Menschen und 60 Wagen anwuchs.

Nach dem Vortrag kam Professor Christian Holland zu Wort. Er war mit seiner Gattin – gewissermaßen in Vertretung seines Vetters Peter Adrian – gekommen, und das hatte seine besondere Bewandtnis. Peter Adrian, der heute in New York lebt, wurde in Altstadt geboren und war der Enkel von Pastor Heinrich Severin Holland, der von 1889 bis 1926 die Pfarrstelle in Altstadt innehatte. Als seine Eltern von Altstadt wegzogen, besuchte er seinen Großvater häufig in den Ferien und spielte so oft er konnte und voller Leidenschaft die schöne Barockorgel in der Kirche. Zur Gemeinde Altstadt gehörten auch die Bewohner von Prökelwitz und seinen Vorwerken. Die Orgel wurde 1796 installiert, 1863 umgebaut und hatte einen besonders schönen Klang.

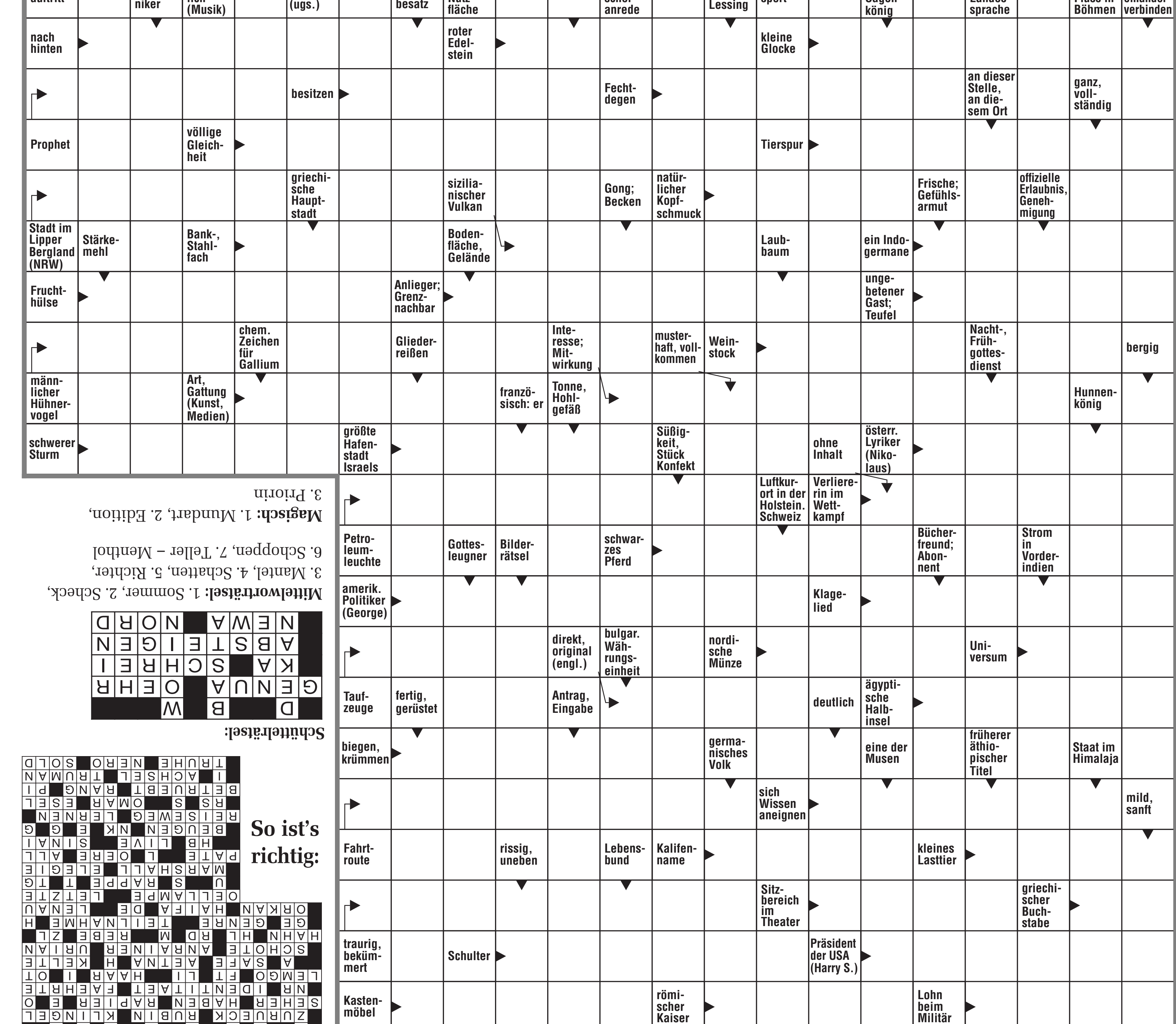
Peter Adrian besuchte 2008 die Stätten seiner Kindheit und fand voller Wehmut eine fast vollständig zerstörte Orgel vor. Nach Treffen mit dem heute zuständigen Pastor Czajkowski aus Christburg (heute Dziersgon) und dem Elbinger Bischof beschloss er kurzerhand, die Orgel wieder restaurieren zu lassen und beauftragte einen Orgelbauer aus der Gegend von Dresden damit. Zugleich forschte er nach seinen deutschen Verwandten, auf deren Stammbaum ein weißer Fleck war, weil niemand genau wusste, wo „die Adrians" geblieben waren. Seine Eltern waren nach dem Zweiten Weltkrieg nach Südamerika ausgewandert, er selbst ging später nach New York. So führte der Plan, die Altstädter Orgel, die den Namen seines Großvaters tragen wird, wieder erklingen zu lassen, zur Familienzusammenführung und zugleich zum Löschen des „weißen Flecks" im Familienstammbaum.

Die Finanzierung der Restauration übernehmen Peter Adrian und seine Familienangehörigen vollständig. Aus steuerrechtlichen Gründen geschieht dies über ein Spendenkonto, das die Kreisgemeinschaft Mohrungen eröffnet hat. Es haben sich inzwischen viele aus unserem Kreis gemeldet, die dieses Projekt begrüßen und befürworten. Es ist geplant, die Orgel in einer besonderen Feierstunde der polnischen Gemeinde am ersten oder zweiten Wochenende im Oktober dieses Jahres zu übergeben.

Es war wieder schön, sich zu treffen und viele Gespräche führen zu können, in denen die Heimat natürlich eine große Rolle spielte. Alle hoffen, dass im kommenden Jahr, am 4. Juli 2010, wieder mehr Landsleute kommen können und freuen sich auf das Wiedersehen. *Winfried Brandes*



Verbunden weit über das Erlebte hinaus: Die Familie derer zu Dohna-Schlobitten und die Bewohner von Schlobitten und Prökelwitz Bild: W.B.



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

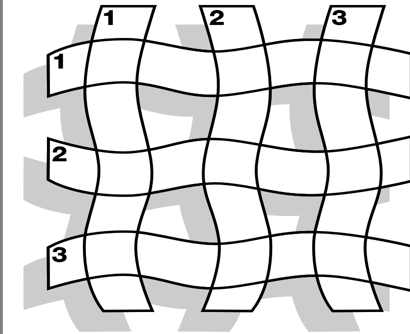
ADEKN		ABEN	AABST		HINOW	EGOR	EEHR	DINR
					EHOR			
AEGNU			CEHIRS					
ABEEGINST								
AENW					DNOR			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Bestandteil vom Pfefferminzöl.

1	HOCH		KLEID
2	BAR		HEFT
3	REGEN		TARIF
4	KUR		MORELLE
5	PUNKT		SPRUCH
6	FRUEH		WEIN
7	KUCHEN		RAND

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Sprachform, Dialekt
2 Buch-, Werkausgabe
3 Stellvertreterin einer Äbtissin

Sogar der König ist ein Fan

Comics erobern die Museumslandschaft in Belgien und Frankreich – »Erfinder« Wilhelm Busch

Sie haben schon längst das Image der naiven Bildergeschichte für Kinder abgelegt und sogar den Weg ins Museum gefunden. Comics sind gesellschaftsfähig geworden.

Das Wilhelm-Busch-Museum in Hannover zeigt zum 200. Geburtstag von Charles Darwin, wie sehr dessen bahnbrechende Erkenntnisse auch das geistige und künstlerische Schaffen von Wilhelm Busch (1832–1908) beeinflusst haben, der ja in Deutschland immerhin als der Vater des Comic-Strip gilt.

Noch intensiver beschäftigt man sich in Frankreich und Belgien mit der modernen Bildergeschichte. Belgien hat gleich zwei Anziehungspunkte für Comic-Fans. In Brüssel erwartet ihn in der Rue des Sables das vor 20 Jahren gegründete Belgische Comiczen-

Ein Museum für den Schöpfer von Tim und Struppi

trum mit wechselnden Ausstellungen und einer gut ausgestatten Bibliothek. Im Mai ehrte die belgische Region Wallonien den belgischen Künstler Hergé im Rahmen eines Comicjahres mit der Eröffnung des Hergé-Museums in der Universitätsstadt Neu-Löwen (Louvain-la-Neuve), 20 Kilometer südlich von Brüssel gelegen. Auf 3600 Quadratmetern präsentiert die Witwe und Alleinerbin Fanny Rodwell dort das Werk des Belgiers, der zu den bedeutendsten Comic-Zeichnern Europas zählt. Originalzeichnungen, Fotos und Filme veranschaulichen in acht Sälen das Leben des 1907 in Brüssel geborenen Hergé, der mit bürgerlichem Namen Georges Rémi hieß und dessen umgedrehte Initialen den Künstlernamen Hergé ergaben. Anfang des Jahres feierte seine Hauptfigur Tim, im Original Tintin, ihren 80. Geburtstag. 1929, in einer Jugendbeilage der katholischen Brüsseler Zeitung „Le XXe Siècle“ (Das 20. Jahrhundert) erschienen, gehört sie mittlerweile zu den Klassikern der Comicliteratur. Die Abenteuergeschichten um den jungen Reporter Tim begeistern inzwischen jung und alt. Er schreibt für eine belgische Zeitung, doch seinen Beruf scheint er kaum auszuüben, weil er unermüdlich damit beschäftigt ist, gegen das Unrecht zu kämpfen. Immer mit dabei: der kleine Hund Struppi. In den frühen Bänden spricht er mit Tim, später sieht man nur noch gelegentlich Gedankensprechblasen. Schließlich taucht noch Käpitän Haddock auf, der sich zum treuen Gefährten Tims entwickelt und ihm bei manchem Leser in der Beliebtheitsskala den Rang abzulaufen droht. Haddock ist meist schlecht gelaunt, trinkt Whisky und flucht ohne Ende. Verfolgt wird Tim von zwei tollpatschigen Detektiven, Schultze und Schulze, die für viele komische Eskapaden verantwortlich sind. Professor Bienlein ist ein zerstreuter, aber genialer Erfinder. Seine Schwerhörigkeit ist eine Quelle beständiger Missverständnisse.

Die Ausstellung informiert auch über die Arbeit der Zeichenstudios, mit deren Hilfe Hergé unter anderem die 24 „Tim und Struppi“-Bände fertigen ließ, die in mehr als 50 Sprachen übersetzt wurden, darunter auch in Regionalsprachen wie Okzitanisch, Bretonisch und Katalanisch.

Das Werk Hergés zeichnet sich durch detailgetreue und realitätsnahe Zeichnungen aus. Sein Stil der klaren Linie war epochebildend und wurde mehrfach kopiert. Seine Zeichnungen rund um Tim und Struppi sind nach wie vor gut im Geschäft (Hergé starb 1983 und verfügte, dass niemand an seinen Figuren weiterarbeiten durfte). Auf einer Versteigerung erzielten seine Zeichnungen den Rekorderlös von 1,1 Millionen Euro. Die Käufer kamen aus Europa, den USA, Libanon und China. Für eine Originalzeichnung von Tim und Struppi aus dem Jahr 1963 bezahlte ein belgischer Sammler 312 000 Euro.

Nicht zuletzt weil die Zeichnungen so kostbar sind, werden sie aus konservatorischen Gründen in der Ausstellung alle vier Monate ausgetauscht – die Fans wird es freuen. Ein Anhänger ist offensichtlich auch der belgische König Albert II., der dem Museum einen Besuch abstattete. Schon in frühester Jugend begeisterte sich Albert für die Zeichnungen seines Landsmannes und natürlich für die Abenteuer von Tim und Struppi.

Eine Fundgrube für die Freunde gezeichneter Geschichten ist auch das neu eröffnete Museum in der französischen Stadt Angoulême. Die Cité internationale de la bande dessinée et de l'image, 1984 gegründet, beherbergt neben einer Bibliothek mit 47 500 Alben und 117 000 Periodika, einer Leihbücherei mit 24 000 Alben, einem „maison des auteurs“, in dem 25 Schöpfern mehrere Monate oder gar Jahre lang Ateliers zur Verfügung gestellt werden und dem einzigen Programmkino der Stadt jetzt auch ein großartiges Museum.



Über einen langen Holzsteg führt der Weg vorbei an einer überlebensgroßen Bronze der Comicfigur Corto Maltese, die der Italiener Hugo Pratt erdachte und so einen Meilenstein des literarischen Comics setzte. Pratts Großonkel war übrigens William Henry Pratt, meldet Wikipedia, der unter dem Pseudonym Boris Karloff ein erfolgreicher Filmschauspieler (unter anderem als Frankensteins Monster) der Stummfilmzeit war.

Über den Fluss Charente geht es zum neuen Museum, das in Lagerhallen aus dem 19. Jahrhundert untergebracht ist. Auf 1330 Quadratmetern präsentiert sich die Dauerausstellung in einem kaum unterteilten Riesenraum, der zum Erkunden einlädt. Die rund 420 Exponate, die alle der mit 8000 Originalzeichnungen größten Sammlung Europas entstammen, sind – mitsamt Begleitinformationen – auf vier große Zeitabschnitte mit insgesamt 45 thematischen Untersektionen verteilt. Ein lehrreiches Vergnügen, vor allem weil man auch erfährt, wie ein Comic überhaupt entsteht und wieviel Arbeit letzendlich darin steckt.

Silke Osman

Das Museum in Angoulême, rue de Bordeaux, ist dienstags bis freitags von 10 bis 18 Uhr, am Wochenende von 14 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 4/3 Euro.

Das Museum Hergé in Neu-Löwen (Louvain-la-Neuve), rue de Labrador, ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 9,50 Euro.



Foto: Musée de la bande dessinée

Fundgrube für Comicfreunde: Im neuen Museum im französischen Angoulême findet sich manche Rarität.



IN KÜRZE

Mobiler Kräutergarten

Gerade in der warmen Jahreszeit isst man gern einen frischen Salat. Doch was wäre ein solcher Salat ohne frische Kräuter? Die lassen sich problemlos auch auf dem Balkon oder im Zimmer heranziehen, ein Garten ist gar nicht nötig. Die Reihe der schmackhaften Kräuter, die es auf dem Wochenmarkt oder im sogar im Supermarkt zu kaufen gibt, ist lang: Basilikum, Bohnenkraut, Borretsch, Dill, Oregano, Estragon, Kerbel, Kresse, Majoran, Petersilie, Pimpinelle, Portulak, Rosmarin, Salbei, Sauerampfer, Schnittlauch, Thymian und Zitronenmelisse – da muss letztendlich der Geschmack entscheiden. Die meisten Kräuter kommen mit sehr wenig Düngung aus und sind auch pflegeleicht. Nach dem Kauf sollte man sie aber unbedingt in einen größeren Topf pflanzen. Sie lieben ein helles Fensterbrett und brauchen ausreichende Feuchtigkeit. Sie müssen allerdings erst einmal genügend Blattmasse gebildet haben, ehe man sie beschneidet, um weiter zu wachsen. Der mobile Kräutergarten hat nach etwa zwölf Wochen eine Größe erreicht, bei der man Blätter und Triebe schneiden kann. *os*

Warum Hunger aggressiv macht

Der Magen knurrt, man wird unruhig und gereizt. Bevor die Stimmung kippt, sollte man ein Häppchen zu sich nehmen. Seit kurzem weiß man: Es ist der Botenstoff Serotonin im Gehirn, der aggressiv macht. Fällt dessen Konzentration im Blut, reagieren Menschen in Entscheidungssituationen kämpferischer. Das haben Forscher der Universität in Cambridge herausgefunden. Sie setzten Versuchspersonen auf eine Diät, die den Serotoninspiegel senkte, und beobachteten, wie sich deren Verhalten in einem Strategiespiel veränderte. *os*

Frauen mit Engagement

Fotografinnen mit Leidenschaft und Ideen

Dieser Tage läuft in den deutschen Kinos ein Film über eine Frau, die den „Modezirkus“ erst so richtig in Schwung brachte. „Coco Chanel – Der Beginn einer Leidenschaft“ erzählt von der Frau hinter der Marke, nicht von den Supermodels, von Karl Lagerfeld, von Modenschauen und Glamour.

Die Frau hinter der Kamera bleibt meistens auch unbeachtet, wenn es um Modefotografie geht. Als die 1900 in Berlin geborene Else Neuländer mit 25 Jahren ihr erstes Fotoatelier eröffnete, war das keine Selbstverständlichkeit. Auch in dieser Branche hatten die Männer das Sagen, sieht man einmal von Dora Kallmus ab, die als Madame d'Ora bekannt wurde. Bereits 1907 eröffnete sie zusammen mit Arthur Benda das Atelier d'Ora im ersten Wiener Bezirk. Sie wurde vor allem mit Porträtaufnahmen der Wiener Künstler- und Intellektuellenszene bekannt. Madame d'Ora zog 1927 nach Paris, wo sie seit 1925 ein eigenes Fotoatelier betrieb. Dort baute sie ihren Ruhm als Gesellschafts- und Künstlerfotografin aus und wurde die Hauptfotografin des Schauspielers und Sängers Maurice Chevalier. Sie fertigte auch Aufnahmen von Josephine Baker, Tamara de Lempicka, Fritzi Massary und Coco Chanel an.

Else Neuländer, die unter ihrem Künstlernamen Yva berühmt wurde, widmete sich ganz der Mode. Ihre Arbeiten wurden in vielen Zeitungen und Illustrierten veröffentlicht, so in „Die Dame“, „Elegante Welt“ und „UHU“. In ihrem Atelier, das sich zuletzt in der Berliner Schlüterstraße befand, beschäftigte sie bis zu zehn Mitarbeiterinnen.

Ihre Fotos, für die sie im Schnitt 25 Mark Honorar erhielt (für eine Titelseite gab es 300 Mark), zeichnen sich durch Lebendigkeit und spielerische Eleganz aus. Eine Auswahl ist jetzt in dem kleinen Band „Yva – Modephotographie der Dreißiger Jahre“ in der Reihe „Photoessenz“ der Edition A. B. Fischer, Berlin, erschienen (48 Seiten, schwarzweiße Abbildungen, gebunden, 12,80 Euro). – Ein wundervolles Denkmal für eine Frau, die aufgrund ihrer jüdischen Herkunft ein Opfer der Nationalsozialisten wurde und 1942 vermutlich im Konzentrationslager Majdanek starb. *os*



Yva: Modefoto (Ausschnitt) aus den 1930er Jahren, aufgenommen im Treppenhaus des Ateliers in der Schlüterstraße Bild: Sammlung Rissmann, Hotel Bogota

Geburtshelfer des Papiergelds

Im Österreichischen Papiermachermuseum wird Tradition gepflegt

Langsam läuft das milchige Wasser durch das über den Schöpfrahmen gespannte Sieb. Der Pauscht (Papierstapel) besteht aus 182 Filzen und dazwischen 181 Blättern frischgeschöpften Büttenpapiers. Der Leger richtet die schwere Spindelpresse, legt den Pauscht mit Hilfe des Gautschers hinein und presst ab. 600 Jahre lang wurde in Europa Papier handwerklich hergestellt, wie es die Spanier um 1150 von den Arabern gelernt hatten. Die hatten die Kunst, Papier zu machen, 400 Jahre zuvor von den Chinesen übernommen.

Erst mit der Erfindung des Holzschliffs und der industriellen Fertigung von Papier ab Mitte des 18. Jahrhunderts verwendete man kürzere und empfindlichere Fasern sowie Alaun. Für Banknoten und Wertpapiere kamen stets nur hochwertige Hadernpapiere in Betracht.

Nicolas-Louis Robert, dem Ende des 18. Jahrhunderts die Leitung der Papiermühle in Essonnes südlich von Paris zugefallen war, sah sich mit immer neuen Forderungen seiner Arbeiter konfrontiert, die den Betrieb zu ruinieren drohten. Für viele neue Verordnungen und Ankündigungen, aber auch für das neue Geld benötigte die Revolutionsregierung große Mengen an Papier. Diese Schwierigkeiten ließen in Robert den Gedanken reifen, eine Maschine zur Erzeugung von Papier zu bauen, um den Betrieb von steigenden Arbeitskosten unabhängiger zu machen. Heute arbeiten in Papierfabriken Maschinen von der Größe mehrerer Reihenhäuser.

Die erste Papiermaschine bestand aus zwei drehbaren Walzen, über denen ein an seinen Endkanten zusammengenähtes Sieb angebracht war. Durch die

Altes Industriepapier ist säurehaltig und zerfällt deswegen

mechanische Papiermaschine wurde das Produkt Papier in seinem Aufbau verändert. Die Fasern wurden nun in Laufrichtung des Siebes ausgerichtet. Das Papier wurde gleichmäßiger und sauberer. Durch die Einführung der neuen Rohstoffe, allen voran des Holzschliffes im Jahre 1843, wurde Papier zum billigen Massenprodukt. Das wirft bis heute Probleme auf: Frühe Industriepapiere weisen einen hohen Säuregrad auf, weswegen sie nun allmählich zerfallen. Bibliotheken versuchen mit unterschiedlichem Erfolg, diesen Zerfall aufzuhalten Papier wurde seit dieser Zeit jedoch wieder besser. Die Maschinen wurden immer größer und schneller, und ab Mitte der 70er Jahre setzten sich säurefreie Papiere durch, die sich als genauso haltbar erweisen sollen wie die alten handgeschöpften Papiere. Im Papiermachermuseum Steyrermühl kann man dieser Entwicklung nachgehen und hat sogar die Möglichkeit, Papier aus der Bütte zu schöpfen. Das 1997 eröffnete Museum bietet in seinen großzügigen Räumlichkeiten – ehemaligen Hallen der benachbarten Papierfabrik Steyrermühl AG, die heute als Hauptsponsor fungiert – zahlreiche stillgelegte Maschinen als Originalexponate. 1992 hatte der Bürgermeister und Nationalratsabgeordnete Karl Neuwirth die Idee, im Gemeindegebiet von Laakirchen ein solches Museum einzurichten.

Alexander Glück

Österreichisches Papiermacher-Museum, Museumsplatz 1, Steyrermühl, ist vom 1. April bis 31. Oktober dienstags bis sonntags von 10 bis 16 Uhr geöffnet. Für Gruppen ist eine Führung außerhalb der Öffnungszeiten ganzjährig möglich. Telefon +43 (0)7613/3951, Fax –8834, E-Mail papier.druck@aon.at



Wunderbare Parodie

US-Politiksippe in der Kritik

„Ich achte darauf, dass ich auf meinen Lesereisen nicht in stocksteifen Veranstaltungsorten strande. Meine Romane gehören in Punkrockclubs“, bekennt der ehemalige Frontsänger und Gitarrist der Punkrockband „The Mullets“ in einem Interview. Mit ihr tourte Joey Goebel Mitte der 1990er Jahre quer durch die USA, bevor er sich 2003 der Schriftstellerei widmete. Das 28-jährige Ausnahmetalent landete bereits mit seinem Bestseller „Vincent“, einer Persiflage auf die Massenkultur, und seinem Erstlingswerk „Freaks“, in dem fünf Außenseiter eine Band gründen, zwei Volltreffer. Nun meldet sich Goebel mit einer Politsatire auf der literarischen Bühne zurück.

„Heartland“ nimmt die Scheinheiligkeit der politischen Eliten und die kleinstädtische Borniertheit aufs Korn. Eugene Dewitt Mapother, genannt Blue Gene, ist Flohmarktverkäufer im 50 000-Seelen-Nest Bashford irgendwo im Herzen der USA. In einem ehemaligen Wal-Mart-Supermarkt bietet er die Schätze seiner Kindheit feil – Sammelfiguren aus den 80er Jahren. Was kaum jemand weiß: Der mürrische Typ mit der Vokuhila-Frisur, der in einem Wohnwagen lebt und Monstertruck- und Wrestlingshows liebt, ist der Sprössling einer steinreichen Unternehmerdynastie. Die Mapothers sind mit ihrem Tabakimperium der größte Arbeitgeber im Bezirk.

Jahrelang hatte Blue Gene keinen Kontakt zu seiner Familie, bis ihn seine Mutter Elizabeth eines Tages an seinem Verkaufsstand aufsucht. Sie bittet den abtrünnigen Sohn, seinem älteren Bruder John zu helfen, für den Kongress zu kandidieren. Die Mapothers haben jede Menge Dreck am Stecken. Blue Gene soll daher mit seiner Person im Wahlkampfteam für das Vertrauen der einfachen Leute werben. Als er die unkonventionelle Punkrocksängerin Jackie Stepchild kennenlernt, schlägt seine anfängliche Zustimmung um in eine Ablehnung der moralischen Heuchelei, habgierigen Interessen und Intrigen seiner Familie.

Doch damit nicht genug. Bald erfährt Blue Gene, dass sein nur zwölf Jahre älterer Bruder in Wirklichkeit sein Vater ist, seine damals ebenso alte Mutter bei der Geburt starb und das Kindermädchen in Wahrheit seine Großmutter ist. Der Ausgang dieser vertrackten Familiengeschichte und des tobenden Wahlkampfs sei an dieser Stelle nicht verraten. Der Leser darf sich jedoch auf eine sarkastische Anprangerung der US-amerikanischen Kultur-, Sozial- und Gesundheitspolitik freuen. Blue Genes und Jackies „Partei der Habenichtse“ und ihre Forderung eines Mindestlohns parodieren schließlich die sozialen Missstände der amerikanischen Unterschicht.

Trotz einiger Längen im letzten Drittel des Buches überzeugt Goebel mit seiner grandiosen Beobachtungsgabe, seinen gewollt stereotypen Figuren und der politischen Botschaft. Übersetzer Hans M. Herzog schafft es hervorragend, den flüssigen, humoristischen Stil ins Deutsche zu transportieren. *Sophia E. Gerber*

***Joey Goebel: „Heartland“**, Diogenes Verlag, Zürich 2009, geb., 714 Seiten, 22,90 Euro*



Radikal kompromisslos

Junge Afghanin kämpft für die Rechte ihrer Landsleute

Sie ist radikal kompromisslos und voller guter Absichten. Die Afghanin Malalai Joya, Autorin von „Ich erhebe meine Stimme“, kämpft für die Demokratie in ihrem Lande. Dieser Kampf hat sie als eine der ersten weiblichen Abgeordneten ins afghanische Parlament geführt ... und wieder heraus. Bereits in ihrer Antrittsrede hat sich die heute 30-Jährige viele Feinde gemacht. Schonungslos wies sie darauf hin, dass in dem Parlament viele Warlords und Drogenbarone säßen, die nicht nur in der Vergangenheit unendliches Leid über die afghanische Bevölkerung gebracht hatten, sondern auch in der Gegenwart in ihren Provinzen willkürlich ihre Macht ausübten. Auch prangerte sie die Unterdrückung der Frauen an. Der Aufruhr, den sie mit ihren Worten auslöste, sorgte dafür, dass sie nicht zu Ende reden konnte. Zwar empfing der afghanische Präsident Hamid Karzai die Rebellin, doch nachdem sie ihm deutlich das Elend im Land geschildert und all seine faulen Kompromisse vorgeworfen hatte, ging auch er auf Distanz. 2007 hatte sie sich so viele Feinde gemacht, dass sie unter einem Vorwand vom Parlament suspendiert wurde.

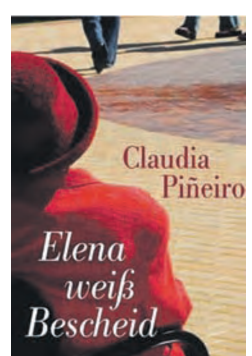
Die Wahrheit geht ihr über alles

Malalai Joya ist weit davon entfernt, eine einfache Person zu sein. Dank ihres liberalen Vaters hat sie bereits als Kind Lesen und Schreiben gelernt. Aufgewachsen in pakistanischen Flüchtlingslagern hat sie ihren Hass auf die afghanischen Warlords entwickeln können, die bereits vor den Taliban Schrecken über ihre Heimat brachten. Joya betont, dass nicht erst unter den Taliban die Unterdrückung der Frauen begonnen habe, bereits unter den die Sowjets bekämpfenden Mudschaheddin wäre die Verschleierung angeordnet und die Berufsausübung genau wie der Schulbesuch untersagt worden. Bereits als 19-Jährige unterrichtete Joya andere Frauen. Ihr Engagement führt sie zurück in ihre Heimat, wo sie im Untergrund Frauen unterrichtet und nach dem Sturz der Taliban ein Waisenhaus leitet.

Die von der Autorin geschilderten Zustände in ihrem Heimatland sind erschreckend. Da sie auf ihren Vortragsreisen inzwischen viele Länder besucht hat, ist ihre Vision für ein demokratisches Afghanistan sehr detailiert geworden. Allerdings hat man den Eindruck, das Joya zu viel will. Ihre Ziele sind zwar redlich, aber absolut unrealistisch. Sie verlangt, dass die alliierten Soldaten abziehen, vorher aber die Feinde der einfachen Bürger entwaffnen und dann die Afghanen sich selbst regieren dürfen. Zieht man jedoch all jene, die für die Taliban oder die Warlords aktiv waren, ab, so finden sich vermutlich nicht allzu viele, mit denen Joya ihr neues Afghanistan aufbauen könnte. Da selbst Fertigkeiten wie Lesen und Schreiben in dem Land sehr wenig verbreitet sind, fragt sich, wie sie so ein Land modernisieren will.

Mit ihrer Kompromisslosigkeit hat sie sich allerdings selbst ins Aus manövriert. Bereits mehrere Mordanschläge haben dazu geführt, dass sie immer nur ein paar Tage an einem Ort verweilen kann, was ihrer Ehe und überhaupt ihrem Privatleben abträglich ist. Selbst das Waisenhaus in ihrer Heimatprovinz Farah konnte sie nicht weiter führen. *R. Bellano*

***Malalai Joya: „Ich erhebe meine Stimme – Eine Frau kämpft gegen den Krieg in Afghanistan“**, Piper, München 2009, gebunden, 302 Seiten, 19,95 Euro*



Ihr letzter Kampf

Parkinson-Kranke glaubt nicht an den Selbstmord ihrer Tochter

Parkinson ist eine langsam fortschreitende, grausame Krankheit. Das Absterben bestimmter Nervenzellen führt von zunächst verlangsamten Körperbewegungen bis hin zur völligen Bewegungslosigkeit. Was das bedeutet, mag man sich kaum vorstellen.

In Claudia Pineiros Roman „Elena weiß Bescheid“ trifft es Elena gleich doppelt hart. Nicht nur, dass sie an der unheilbaren Krankheit Parkinson erkrankt ist und sich nur noch in gebeugter Haltung unter Einfluss von Tabletten fortbewegen kann, nein, der Pastor Juan findet auch noch ihre Tochter Rita erhängt im Glockenturm auf.

Selbstmord lautet das sofortige und unangefochtene Urteil der Polizei. Doch ist Elena sich da ganz und gar nicht sicher. Zwar waren sie und ihre Tochter wie Hund und Katze, permanent mit Kräfte zehrenden Zankereien beschäftigt, und auch Ritas Freund Roberto war sicher kein Märchenprinz, doch trotzdem zweifelt Elena nicht eine Minute daran, dass ihre Tochter kaltblütig ermordet wurde.

„Als man Rita fand, hing sie im Glockenturm der Kirche. Tot. An einem regnerischen Nachmittag, und das mit dem Regen, da kann Elena keiner was vormachen, ist keineswegs nebensächlich. Auch wenn alle sagen, es sei Selbstmord gewesen ... Aber da können sie noch so lange reden, oder schweigen, keiner weiß so gut wie sie, dass Rita bei regnerischem Wetter nicht zur Kirche ging.“

In ihrer Verzweiflung und Hilflosigkeit versteift sich Elena auf den Glauben, ihre Tochter sei ermordet worden. Warum hätte Rita sich umbringen sollen? Sie hatte nie erwähnt unglücklich zu sein ... Schimpfend und doch aufopfernd hatte die 44-Jährige ihre immer kränker und hilfsbedürftiger werdende Mutter gepflegt, gewaschen, angezogen, aufs Klo begleitet, ins Bett gebracht.

Elena ist schwach und nahezu bewegungsunfähig ohne ihre Levodopa-Tabletten, doch die alte Dame ist fest entschlossen, Ritas Mörder zu finden. Nun ist die Wahrheit nicht nur häufig anders, sondern auch grausamer als erwartet.

Die argentinische, mit internationalen Preisen ausgezeichnete Bestsellerautorin Claudia Pineiro berührt und schockiert den Leser mit ihrem Roman „Elena weiß Bescheid“ gleichermaßen und trifft wahrscheinlich gerade deshalb den entscheidenden Nerv. Die Wahrheit ist leider nicht immer schön, aber sie ist nun mal Realität. *A. Ney*

***Claudia Pineiro: „Elena weiß Bescheid“**, Unionsverlag, Zürich 2009, geb., 186 Seiten, 16,90 Euro*



Aus nächster Nähe

Fleischhauers »Unter Linken – Von einem, der aus Versehen konservativ wurde«

Von angestrengter Süffisanz über demonstratives Desinteresse bis zu gespielter Langeweile reichen in den eher linksgedrehten Feuilletons die Reaktionen auf Jan Fleischhauers Essayband „Unter Linken – Von einem, der aus Versehen konservativ wurde“. Daraus lässt sich nur der Schluss ziehen: Fleischhauers scharfzüngige Binnenschau vom Wesen und Werdegang der Linken hat getroffen.

Wie der Titel verrät, entstammt der Autor selbst dem linken Milieu, aus dem er irgendwann, genau kann er das nicht datieren, „aus Versehen“ herauswuchs. Doch das Buch ist keine wutschnaubende Abrechnung eines Renegaten, sondern eine ebenso humorvolle wie gestochen scharfe Analyse, ein, wie Fleischhauer sagt, „Erkundungsbericht aus dem Imperium der Linken“.

Opferstatus kann das Leben erleichtern

Der 1962 geborene langjährige „Spiegel“-Journalist beginnt den Bericht mit seiner eigenen Jugend. Für die strammlinke Mutter ist links die einzig moralisch denkbare Haltung. Die anderen, die Rechten oder Konservativen repräsentieren für sie das Reich der Finsternis und sind keinesfalls nur die Vertreter einer anderen Richtung, die einfach die falschen Fragen stellen. Der junge Fleischhauer tritt in ihre Fußstapfen und gesellt sich zu den „Black Panthers“, einer Bürgerrechtsbewegung, die sich gegen die Unterdrückung der Schwarzen auflehnt.

Damit macht der Autor gleich zu Beginn ein unverzichtbares Merkmal des Linksseins aus: Es bedarf eines Opfers, für das man sich einsetzt. Sein Unglück: In dem noblen Hamburger Villenviertel, in dem er aufwächst, gibt es gar keine unterdrückten Schwarzen. Das hält ihn aber nicht davon ab, mit feurigem Engagement für die Sache der imaginierten Entrechteten zu streiten.

Der Opferstatus, so stellt Fleischhauer fest, berge enorme Vorteile. Wer gesellschaftlich durchgesetzt habe, dass er einer Opfergruppe angehöre, der sei politisch, moralisch und oft auch materiell im Vorteil. Daher werde der Status, einmal errungen, eisern verteidigt. Ob Frauen, Ausländer, religiöse, sexuelle oder rassische Minderheiten, wo einmal eine reale Benachteiligung festgestellt wurde, da wird laut Fleischhauer der Opferstatus auch dann noch, oder sogar erst recht dann um so verbissener eingeklagt, wenn die Benachteiligung längst überwunden wurde.

Wer anerkanntes Opfer sei, der könne beispielsweise eigene Schuld und Verantwortung mit leichter Hand auf andere übertragen. So sind nicht die türkischen Eltern schuld daran, dass ihre (in Deutschland geborenen) Kinder zu Hause kein Deutsch gelernt haben. Es ist die „Benachteiligung der Migranten“ in unserer Gesellschaft.

Linke Widersprüche bloßgestellt

Oft werde auch versucht, sich an den Opferstatus anderer Gruppen quasi anzudocken. In „Türken und andere Juden“ beschreibt der Autor den (streckenweise recht erfolgreichen) Versuch, türkischer und anderer islamischer Lobbyisten, sich historisch in die Rolle der „neuen Juden“ hineinzumogeln, um so das maximale Erpressungspotenzial zu erlangen.

Breiten Raum gibt Fleischhauer den inneren Widersprüchen der Linken. Etwa den zwischen ihrem Habitus des Kämpfers für die Unterdrückten gegen die Mächtigen einerseits und ihr unbändiger Drang in den öffentlichen Dienst. Nur Linke gebärdeten sich gleichzeitig als Revolutionäre, richteten sich gleichzeitig „als Goldhamster des Systems“ in dessen Laufrad ein. Fleischhauer: „Das Verrückte dabei ist: Sie kommen damit durch. Niemand lacht laut auf, wenn der Subventionskünstler Claus Peymann, seit 40 Jahren eine der fidelsten Betriebsnudeln des deutschen Staatstheaters, davon spricht, ‚Reißzahn im Arsch der Mächtigen‘ sein zu wollen.“

Warum dominiert die Linke derart komplett, dass die Bezeichnung des Gegenstücks, der Rechten, schon einem Verdammungsurteil gleichkommt? Die Linke beherrscht praktisch alle Bereiche, in denen entschieden werden, wie die Dinge zu bewerten seien, auch die Medien, so Fleischhauer. Für die meisten sei Linkssein daher schlicht Anpassung an die herrschenden Verhältnisse, als das Gegenteil von dem, was die Linke, die immer aufmüpfig zu sein vorgibt, von sich behauptet.

Wer die Linke besser durchschauen will, der ist mit Jan Fleischhauers Buch gut und kurzweilig bedient. Der geübte Autor benötigt weder lange Anläufe, noch verfängt er sich irgendwo in weitschweifigen Exkursen. *Hans Heckel*

***Jan Fleischhauer: „Unter Linken – Von einem, der aus Versehen konservativ wurde“**, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 2009, kartoniert, 350 Seiten, 16,90 Euro*

Fast vergessen

»Zwischen den Kriegen«

Sozialist, Pazifist, Jude und wohl auch homosexuell, der Schriftsteller Kurt Hiller war den Nationalsozialisten gleich mehrfach ein Dorn im Auge. Im englischen Exil überlebte er jedoch das NS-Regime und wurde danach sogar wieder in Deutschland literarisch aktiv. In „Zwischen den Kriegen“, einer lyrisch bedeutsamen, von Werner Riegel geführten Zeitschrift, schrieb Hiller bereits aus London. Er befleißigte sich, Riegel und seinen Kompagnon Peter Rühmkorf mit seinen Meinungen und Ideen zu beglücken. Rühmkorf, der später mit Klaus Rainer Röhl „konkret“ ins Leben rief, und der Danziger Riegel achteten den 40 Jahre älteren Hiller. In „Zwischen den Kriegen – Werner Riegel, Klaus Rainer Röhl und Peter Rühmkorf – Briefwechsel mit Kurt Hiller 1953 bis 1971“ zeigt Rüdiger Schütt, wie ehrerbietig die doch so vieles in Frage stellenden literarischen Rebellen sein konnten.

Die vorliegende Briefsammlung mit Vorwort des Herausgebers Schütt gibt Einblick in die Denke der vier sozialistischen Protagonisten und ihren „Finismus“, der ja nicht nur Ende, sondern auch Ziel bedeutete. Den Dritten Weltkrieg literarisch verhindern lautete ihre Parole. Für den Herausgeber waren die vier ein Gegenstück zu der „Gruppe 47“, der auch Günter Grass angehörte und die die vier verachteten. Offenbar teilten die meisten Verleger, denen Schütt sein Buchprojekt anbot, diese Meinung nicht. Außerdem konnten sich einige nicht vorstellen, ein Buch unter Mitwirkung von Röhl zu veröffentlichen.

Während Hiller „Zwischen den Weltkriegen“ als Plattform für persönliche Abrechnungen am Ende seines Lebens nutzte, war das Magazin für Rühmkorf und Röhl nur Zwischenetappe. Mit dem frühen Tod Riegels 1956 wurde das Blatt eingestellt. Doch die anderen drei arbeiteten weiter miteinander, waren sich aber immer weniger freundschaftlich verbunden. Amüsant liest sich die Korrespondenz zwischen Röhl und Hiller 1971, in der Hiller den „konkret“-Macher vorrechnet, dass er noch ein Ausfallhonorar aus dem Jahre 1962 plus Zinsen in Höhe von 201 Euro verlangt, das die böse Meinhof, die ja nun weg ist, ihm vorenthalten hatte. Doch ansonsten ist der vorliegende Band nur etwas für sehr an Details interessierte Leser. *Bel*

***Rüdiger Schütt: „Zwischen den Kriegen – Werner Riegel, Klaus Rainer Röhl und Peter Rühmkorf – Briefwechsel mit Kurt Hiller 1953 bis 1971“**, edition text + kritik, München 2009, gebunden, 425 Seiten, 34 Euro*

Udo Ulfkotte
Vorsicht Bürgerkrieg!
Explosive Brandherde:
Der Atlas der Wut



In diesem Buch lesen Sie, in welchen Gemeinden, Städten und Stadtteilen Deutschlands die Bundesregierung zukünftig innere Unruhen erwartet. Die Gründe dafür sind unterschiedlich: Finanzcrash und Massenarbeitslosigkeit, Werteverfall, zunehmende Kriminalität, Islamisierung, ständig steigende Steuern und Abgaben, der Zusammenbruch von Gesundheits- und Bildungssystem und die vielen anderen verdrängten Probleme werden sich entladen. Linke gegen Rechte, Arme gegen Reiche, Ausländer gegen Inländer, mittendrin religiöse Fanatiker – das explosive Potenzial ist gewaltig. Fast alles, was aus der Sicht der Deutschen bislang als »sicher« galt, ist nicht mehr vorhanden. Udo Ulfkotte schreibt über Tatsachen, über die deutsche Journalisten aus Gründen politischer Korrektheit niemals berichten würden, die aber wichtig sind, wenn Sie verstehen wollen was in den nächsten Monaten und Jahren auf uns zukommt. Fakt ist: Es gärt im Volk, die Wut wächst und die Spannungen nehmen zu. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann sich aufgestauter Ärger und Hass entladen werden.

Geb., 448 Seiten, mit großer Deutschlandkarte zum Herausnehmen
Best.-Nr.: 6809, € 24,95



Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten
Erinnerungen eines alten Ostpreußen
Geb., 384 Seiten, 66 Abb.
Best.-Nr.: 1211, € 14,95



Christian Graf von Krockow
Begegnung mit Ostpreußen
Geb., 318 Seiten, mit Abb.
Best.-Nr.: 6608, € 14,95

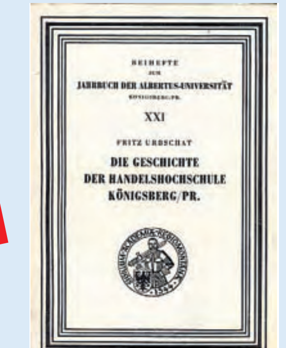
Antiquariat · Exemplare mit leichten Lagerspuren

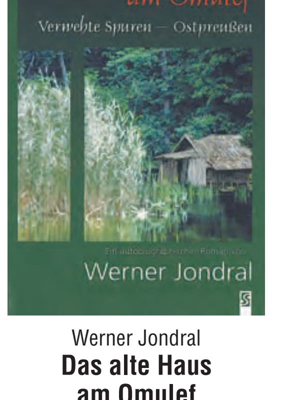
Wilhelm Matull
Ostpreußens Arbeiterbewegung
Geschichte und Leistung im Überblick
Geb., 149 Seiten
Best.-Nr.: 1921, € 14,95



Nur wenige Exemplare vorhanden

Fritz Urbschat
Die Geschichte der Handelshochschule Königsberg/ PR.
Kart., 120 Seiten
Best.-Nr.: 6812, € 14,95





Werner Jondral
Das alte Haus am Omulef
Verwehte Spuren-Ostpreußen
Geb., 256 Seiten
Best.-Nr.: 6797, € 16,80

Neuauflage!

Hans Hellmut Kirst
Deutschland deine Ostpreußen
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 6825, € 16,80



HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Traditionelle Familienrezepte und ihre Geschichten

Kaum etwas weckt die Bilder der Kindheit so sehr, wie der Name oder der Duft einer Lieblingsspeise aus der frühen Zeit. Vor über 10 Jahren bat Harald Saul, Küchenmeister und Sammler von traditionellen Rezepten, im „Ostpreußenblatt“ um die Zusendung von Kochbüchern, Dokumenten und Erinnerungen aus der alten Zeit. Das Echo war überwältigend. Harald Saul kam in den Besitz von handgeschriebenen Kochbuchaufzeichnungen, private Fotoalben wurden für ihn geöffnet und in zahlreichen Gesprächen haben ihm die Menschen ihre ganz privaten Geschichten erzählt. Diese Buch berichtet von der kulinarischen Seite Ostpreußens und von seinen Bewohnern. Zahlreiche Postkarten und Fotos zeigen die Welt von damals und die 90 Rezepte lassen die Kindheit wieder auferstehen.

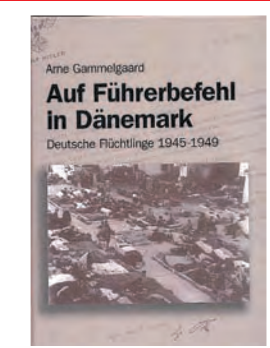
Gebundenes Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820



Deutsche Flüchtlinge in Dänemark



Leif Guldmann Ipsen
Menschen hinter Stacheldraht
Flüchtlinglager in Oksböl 1945–1949
Geb., 133 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 1719, € 29,95



Aren Gammelgaard
Auf Führerbefehl in Dänemark
Dtsch. Flüchtlinge 1945–1949
Geb., 242 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 5173, € 35,00



Arne Gammelgaard
Treibholz
Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945–49
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 1823, € 24,95

PMD Preußischer Mediendienst

Oliver Rieckmann empfiehlt...

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Jan Fleischhauer
Unter Linken –
Von einem, der aus Versehen konservativ wurde

Eine Erkundung der linken Lebenswelten – persönlich, boshaft und sehr unterhaltsam. Linke müssen sich in Deutschland für ihre Ansichten nicht rechtfertigen. Sie haben ihre Meinung flächendeckend durchgesetzt, nicht im Volk, aber in den tonangebenden Kreisen, also da, wo sie vorzugsweise zu Hause sind. Wer links ist, lebt im schönen Gefühl, immer recht zu haben. In der Politik haben sich die Linken oft geirrt, bei der Reform des Bildungswesens ebenso wie bei der Integration der Ausländer, der Sicherung des Sozialstaats oder in der Abwehr der Finanzkrise. Aber irgendwie macht das nichts, immer werden ihnen die besten Motive zugebilligt, die lautersten Absichten. Warum eigentlich? Jan Fleischhauer hat einen Großteil seines Lebens unter Linken zugebracht — vom Elternhaus über Schule und Universität bis zum Milieu der Journalisten, in dem er seit zwei Jahrzehnten arbeitet. Jetzt unterzieht er sie einer genauen Betrachtung, mit dem Abstand desjenigen, der irgendwann entdeckte, dass er nicht mehr richtig dazugehört. Das Buch ist Analyse, Polemik und persönlicher Erfahrungsbericht. Eine Erkundungsfahrt durch das Herrschaftsgebiet des linken Imperiums.

Kart., 352 Seiten
Best.-Nr.: 6824

€ 16,90

Elchschaufel-Krawattenklammer

Emaillierts Wappen
auf schwarz eloxierter Klammer. In dem Wappen befindet sich die Elchschaufel auf weißem Grund.

Sonderangebot*
Für 2 Stück
Best.-Nr.: 6805
nur € 21,95
Sie sparen € 3,95

Für ein Stück ist die
Best.-Nr.: 6801
€ 12,95

Maße des Wappens:
H: 18 mm, B: 16 mm.
Die Lieferung erfolgt in einem Geschenkkarton.

*Gültig nur im Juli und August

Liebe Leser!
Diese Angebote sind nur möglich, weil Sie bei uns bestellen.
Danke!
Ihr PMD

Renate Hoffmann
Luise – Königin der Preußen
Wie die schöne Prinzessin von Mecklenburg-Strelitz zur Königin Luise wurde – einer volksverbundenen und praktischen Herrscherin, die Napoleon beeindruckte und die Politik des sich wandelnden Preußens aus dem Hintergrund beeinflusste; wie sie auch liebende Ehefrau und Mutter war, und wie sie in Briefen und Tagebüchern Zeugnis ablegt – ein umfassendes Porträt.



Geb., 239 Seiten
Best.-Nr.: 6826
€ 19,90



Ilsa langanke
Und die Sehnsucht bleibt
Eine ostpreußische Biographie
Best.-Nr.: 6503, € 12,80




Gisela Fürle/ Christoph Hinkelmann/ Erhard Schulte
Trakehnen
Mythos im Zeichen der Elchschaufel
Kart., 96 Seiten, zahlreiche Abbildungen
Best.-Nr.: 6808, € 19,95



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

Ostpreußen-Wappen-Schlüsselanhänger



Schlüsselanhänger
mit dem Ostpreußenadler.
Emaillierte Oberfläche.
Best.-Nr.: 6800, € 4,95

Hermann Sudermann
Das Bilderbuch meiner Jugend
Geb., 331 Seiten
Best.-Nr.: 6823, € 19,80

Masuren-Fibel
Nur mit dieser Heimat-Fibel haben die Kinder Masurens das Lesen gelernt. Die Masuren-Fibel war die einzige Heimatfibel ihrer Art für das Gebiet der grünen Wälder und blauen Seen. In das preisgekrönte Lesebuch sind deshalb auch auf besondere und liebevolle Art und Weise viele heimatkundliche Inhalte eingeflochten. Mit „Lene und Heini“ haben alle kleinen Leseanfänger ihre Heimat kennen gelernt. Erklärende und lustige Geschichten, Rätsel und Kinderreime, Neckereien, Zungenbrecher und Zungenspäße haben die heimatliche Gedanken- und Gemütswelt spielerisch vermittelt. Die Masuren-Fibel ist eine zauberhafte und einzigartige Erinnerung an die Schulzeit und an die Heimat. Erinnern Sie sich an die Geschichten vom Lindenhof, dem Butzemann oder dem dicken, fetten Pfannekuchen. Erfahren Sie von masurischen Marjellen und Jungs, vom Masuren- und Heimatland, von Schmackostern und vom Johannisfeuer oder „Was der Storch so klappert“.
Reprint der Originalausgabe von 1929, Geb., 120 Seiten, durchgehend Farbabbildungen,
Format: 17 x 24 cm,
Best.-Nr.: 4787
statt € 16,95 nur € 9,95

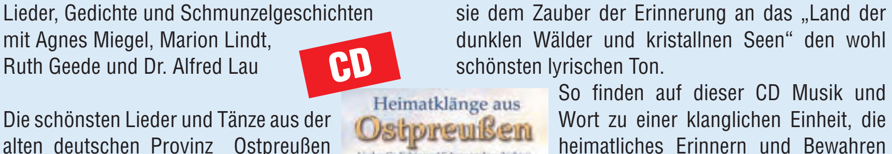


Unsere Musikempfehlung

100 Deutsche Volkslieder, 3-CD-Box
CD 1: Wohlauf, die Luft geht frisch und rein • All mein Gedanken, die ich hab • Mein Mädel hat einen Rosenmund • Kein Feuer, keine Kohle • Jetzt fängt das schöne Frühjahr an • Es, es, es und es • Ein Jäger aus Kurpfalz • u.a.
CD 2: Tanz mir nicht mit meiner Jungfer Käthen • Heißa Kathreinerle • Hopsa, Schwabenliesel • Wenn alle Brünnlein fließen • Das Lieben bringt groß Freud • Ännchen von Tharau • Im schönsten Wiesengrunde • Wahre Freundschaft • u.a.
CD 3: O Täler weit o Höhen • Kein schöner Land in dieser Zeit • Am Brunnen vor dem Tore • An der Saale hellem Strande • Ach, wie ist´s möglich dann • Du, du liegst mir am Herzen • Der König von Thule • Es waren zwei Königskinder • Heidenröslein • Freut euch des Lebens • Der Winter ist vergangen • Auf, auf zum fröhlichen Jagen • u.a.
Rundfunk-Jugendchor Wernigerode, Mädchenchor Wernigerode, Studiochor Berlin
Best.-Nr.: 6452, € 24,95

3 CDs

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau



Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen.Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen“ erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land“ gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen“ den wohl schönsten lyrischen Ton.
So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte.
Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor, 1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharaw (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95



Arno Surminiski
Gruschelke und Engelmannke
Geschichten auf OSTPREUSSISCH und HOCHDEUTSCH
Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990, € 16,95



Waltraut Schülke
Geliebtes Ostpreußen
Erinnerungen an Kindheit und Jugend
Kart., 48 Seiten
Best.-Nr.: 5209

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Fuchs, du hast die Gans gestohlen
Die schönsten Kinderlieder (Folge 2)
Fuchs, du hast die Gans gestohlen • Es tanzt ein Bi-Ba-Butzemann • Grün, grün, grün sind alle meine Kleider • Suse, liebe Suse • Trarira, der Sommer, der ist da • Kleine Meise • Eine kleine Geige • u.v.a.
Rundfunk-Kinderchor Berlin, Pilharmonischer Kinderchor Dresden u.a.
Best.-Nr.: 6449, € 12,95



Ein Männlein steht im Walde
Die schönsten alten Kinderlieder
Hänschen klein • Jetzt kommen viele Musikanten • Kuckuck, Kuckuck ruft´s aus dem Wald • Alle meine Entchen • Ich bin die Frau Hummel • Ein Männlein steht im Walde • Der Schaffner hebt den Stab • Liebe Schwester, tanz mit mir • Zeigt her eure Füße • Backe, backe Kuchen u.a.
RUNDFUNK-KINDERCHOR BERLIN und der ARMONISCHER KINDERCHOR DRESDEN
Best.-Nr.: 6448, € 12,95



Achtung! Neue Adresse Achtung!

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 35/09
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4,00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Weizsäcker rügt Unrecht

Berlin – Altbundespräsident Richard von Weizsäcker hat das Nürnberger Tribunal wegen ungerechter Behandlung seines Vaters gerügt. Im Gespräch mit dem „Spiegel“ sagte er, Ernst von Weizsäcker sei nur verurteilt worden, weil er sich geweigert habe, andere Angeklagte mit Falschaussagen zu belasten. Weizsäcker sen. war Staatssekretär im Außenamt und wurde 1949 zu fünf Jahren Haft verurteilt, 1950 aber vorzeitig entlassen. Der spätere Bundespräsident vertrat seinen Vater als Hilfsverteidiger. *PAZ*

Islamsendung für Kinder

London – Für das britische Fernsehen produziert die niederländische Firma „Endemol“ („Big Brother“) eine Zeichentrickserie, die ab Ende dieses Jahres „islamische Werte“ auf der Insel propagieren soll. Die Sendung namens „Die 99“ richtet sich laut der Zeitung „Times“ vor allem an christliche, jüdische und atheistische Kinder, die so für den Islam gewonnen werden sollten. *idea*

ZUR PERSON

Rätselhafe Investoren

Den Zuschlag für den Kauf der insolventen Wadan-Werften erhielten die Russen **Igor Chanukowitsch Jussufow** und dessen Sohn Witalij. Dies beschlossen der Gläubigerausschuss und das Land Mecklenburg-Vorpommern nach Angela Merkels Treffen mit Dmitrij Medwedew in Sotschi, bei dem die Kanzlerin jedoch nicht viel über die neuen Investoren in Erfahrung bringen konnte. Medwedew sagte lediglich, dass es sich um einen Investoren-Pool handele, „der wesentlich effektiver und erfolgreicher sein wird als die bisherigen Eigentümer“.

Die Seriosität des neuen Investors ist bislang nicht geklärt. Der 53-jährige Igor Jussufow, der seit 2004 dem Aufsichtsrat von Gazprom angehört, tritt als unabhängige Person auf. Von 2001 bis 2004 war er russischer Energieminister, heute hat er als Energie-Sonderbotschafter des Präsidenten viele internationale Kontakte. Nach Überzeugung aller Beteiligten steht der russische Markt im Zentrum. Jussufow will die Wadan-Werften mit Aufträgen der 100-prozentigen Gazprom-Tochter Gazflot versorgen. Diese plant den Kauf von Tankern, die Flüssiggas von der Barentssee nach Europa transportieren sollen.



Jussufow wurde in Dergent in Dagestan geboren. Er absolvierte die Akademie für Außenhandel und arbeitete für die UdSSR auf Kuba. Bis Mitte der 90er Jahre bekleidete er mehrere Stellvertreterposten in Wirtschaftskomitees. 1996 war er als stellvertretender Industrieminister für Gold und Diamanten verantwortlich. Seitdem arbeitete er stets für strategisch wichtige russische Staatsbetriebe. Auch sein Sohn Witalij steht dem Konzern Gazprom nahe. Als Manager des Nord Stream-Projekts vertritt er einen Investoren-Pool, darunter die staatliche Vereinigte Schiffbaukorporation und die Vyborger Schiffsbaufabrik. *MRK*



Zeichnung: Mohr

Realität nervt

Warum man mit anderer Leute Geld glücklicher lebt, wieso Wirklichkeitsferne so befreiend wirkt, und warum Middelhoff wiederkommt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Nächstes Jahr ist es soweit, der Bau des „Humboldt-Forums“ beginnt. Damit entsteht im Herzen Berlins sozusagen das alte Stadtschloss neu, wenn auch nur in seiner äußeren Gestalt. Bald 20 Jahre wurde darum gekämpft, weshalb der Berliner Senat es gar nicht abwarten kann.

Um die Zeit zu überbrücken, beschloss er, die Fläche bis zum Frühling 2010 in eine Liegewiese zu verwandeln. Kostenpunkt: 1,3 Millionen Euro. Leider verzögerte sich die Sache bis Anfang Juli, weshalb der Rasen nicht mehr gesät werden konnte. So wurde dann nobler Rollrasen ausgelegt. Für nochmal 100 000 Euro.

Das Bedürfnis, sich öffentlich hinzulegen, muss bei den Berlinern und ihren Besuchern extrem ausgeprägt sein. Denn gleich neben der Neuwiese befinden sich die Rasenflächen des Schinkelplatzes und des Lustgartens. Und östlich gelangt man auf ein weiteres, riesiges Areal zum Hinlegen und Rumgammeln, bis zum Fernsehturm geht das.

Wie Berlin sich sowas leisten kann? Eine Liegewiese zum Preis von 1,4 Millionen für ein paar Wochen Restsommer genau dorthin, wo sie wirklich nicht mehr gebraucht wird? Berlin ist doch völlig pleite! Genau das ist es ja, was die Sache mit dem Geldausgeben so enorm erleichtert. Würde man je seine eigenen Kröten mit solch jugendlicher Frische verballern? Nie und nimmer. Berlin gibt das Geld anderer Länder aus, der Finanzausgleich macht's möglich. Und niemand in Deutschland besäße jemals die soziale Kälte, dem rot-roten Senat das öffentlich vorzuwerfen. Wie alle andere Nehmerländer im Finanzausgleich firmiert Berlin nicht als Nassauer, sondern als „sozial benachteiligte Region“, was der Stadtregierung einen moralischen Anspruch auf das Geld anderer Länder verleiht.

Pleite sein macht glücklich und beflügelt die Phantasie, das kann man auch andernorts beobachten, wie in Hamburg beispielsweise. Die vornehmen Hanseaten zählten wie Hessen, Baden-Württemberg und Bayern zu den langjährigen Nettozahlern, bis sie mit ihrer Landesbank Totalschaden erlitten. Nun stehen sie kurz davor, sich in die Staffel der Kostgänger einzureihen. Wie reagieren sie? Ist es ihnen peinlich? Nicht die Bohne. Mit der Pleite vor Augen und der Krise im Genick explodiert die Ausgabenphantasie: Ein Straßenbahnsystem für 300 Millionen, eine teure wie überflüssige Umgestaltung der Schullandschaft – wer will nochmal, wer hat noch nicht?

Der soziale Föderalismus ist wunderbar: Jeder entscheidet, wie er will, bezahlen müssen das aber alle. Funktioniert längst auch auf europäischer Ebene. Griechenland leistet sich ein Korruptionssystem, in dem nicht nur alle Jahre wieder seine Wälder verbrennen. (Nach jeder Brandkatastrophe versprechen Athens Politiker hochheilig, endlich das Gesetz zu ändern, nach dem Spekulanten die eingeäscherten Flächen bebauen dürfen. Passiert ist das nie.) In den herrschenden Freundeskreisen des Landes verbrennen auch Jahr für Jahr Milliarden an EU-Subventionen.

> Erst wenn man richtig pleite ist, macht das Geldausgeben wirklich Spaß

So geht das nicht weiter, höre ich die Miesmacher meckern, wir müssten uns endlich der Realität stellen, sonst nehme das ein böses Ende. Ja? Aber warum denn? Ist nicht längst bewiesen, dass man fernab der Wirklichkeit ein viel glücklicheres Leben führt als zwischen den scharfen Klippen des Faktischen?

Gucken Sie sich Thomas Middelhoff an. Der lächelt derart breit, dass man meint, sein Gesicht sei fast zu klein, um dem Ausdruck seiner Dauerfreude hinreichend Raum zu geben. Zwei Tage vor dem Ende seiner Zeit als Arcandor-Manager (Karstadt, Quelle etc.) ließ er Ende Februar durchblicken, wie er das anstellt, immer so fröhlich zu sein.

In einem Schreiben an ausgewählte Führungskräfte des Unternehmens jubelte er: „Rückblickend steht fest, dass das Ziel, den Konzern zu retten und auf eine tragfähige Basis zu stellen, erreicht wurde.“ Kurz darauf zog Insolvenzverwalter Hubert Görg auf der „tragfähigen Basis“ ein und fand – nichts mehr! „In diesem Haus gibt es wirklich nichts, was nicht anderen Leuten gehört. Das habe ich in einem großen Unternehmen noch nie erlebt“, gab Görg dieser Tage entgeistert zu Protokoll.

Sprich: Es ist alles verfrühstückt worden, derweil Oberboss Middelhoff leicht wie eine Feder durch sein Wolkenkuckucksheim schwebte und Sprüche abließ, wie sie in den 90ern auf diesen „Tschacka“-Seminaren für eingebildete Führungskräfte angesagt waren. So lässt es sich leben, zumal, wie Görg in einem Anflug kalter Wut hervorknirschte, sich die Arcandor-Leitung selbst recht fürstlich belohnte. Middelhoffs Erfolgsrezept ist das gewisser Landespolitiker: Auch er hatte es nur mit dem Geld der anderen zu tun, und konnte im Februar mit einem Sack voller Moneten nach Hause gehen, kurz bevor sein Potemkinsches Dorf umkippte.

Wir werden jetzt wohl eine Weile nicht soviel von Thomas Middelhoff hören, er hat derzeit eine etwas durchwachsene Presse. Aber das geht vorüber, der kommt bestimmt wieder. Gehört er doch zu der kleinen Schar der gefeierten „Top-Manager“, auf die unser Land nie und nimmer verzichten kann, weshalb es in gewissen Branchen sogar „Bleibeprämien“ regnet.

Manchmal hat man den Eindruck, als gehörten diese Top-Leute alle zu einem Verein, bei dem man sich trifft und die Posten aufteilt. Aber ganz so simpel ist es in der deutschen Wirtschaft wohl ebenso wenig wie in der deutschen Politik. In der griechischen schon: Als Außenstehender könnte man glauben, dass manche der dortigen Würdenträger in ihren Ämtern 100 Jahre alt werden. Stimmt aber nicht: Der Posten blieb nur in der Familie. Der Onkel des jetzigen Premiers war auch schon Regierungschef (das erste Mal 1955, das letzte Mal 1980) und danach zweimal fünf Jahre Staatspräsident. Deshalb heißen die alle Karamanlis. In der anderen, der sozialistischen Partei läuft die Seilschaft zwar etwas familienübergreifender, aber nicht minder geschmiert. Mit dem Geld anderer Leute, auch anderer Länder. Es lebe das „soziale Europa“.

War das jetzt gehässig, gar antieuropäisch? In gewisser Hinsicht schon, denn letztlich ist es doch die Aufgabe einer verantwortungsbewussten, dem europäischen Gedanken Brüsseler Rezeptur verpflichteten Presse, die Menschen für Europa zu begeistern, statt die schönen Phrasen ins Feuer von Attika zu schleudern.

Der Zusammenhang zwischen guter Gesinnung und schlechter Kenntnis der Wirklichkeit ist nämlich weltweit belegt, wie eben eine wunderschöne Fernsehreportage aus dem fernen Südafrika bestätigt hat. Es ging um einige Hundert junge Menschen, die alljährlich in einem malerischen Tal bei Kapstadt zelten und zu dröhnender Techno-Musik tage- und nächtelang tanzen. Sie tun das für den Weltfrieden, wie eine begeisterte Frau Mitte 20 den deutschen Reportern ins Gesicht schwärmt.

Alle seien hier einer Meinung, was die Freundschaft und den Frieden zwischen den Rassen der südafrikanischen Regenbogennation angehe, die ja nur noch zu neun Prozent aus Weißen besteht. Sie kämpften hier für Toleranz und dafür, dass Schwarze und Weiße freundschaftlich zusammenleben und zusammen feiern und tanzen und lachen. Und sie sei auch ganz sicher, dass dieses alljährliche Festival für den Frieden und die Versöhnung der Völker und Hautfarben Großes bewirke. Die anderen jungen Leute pflichten ihr begeistert bei.

So schwenkt die Kamera nach links und nach rechts, man sieht mal ein paar Dutzend Gesichter, mal in der Totale fast das gesamte kleine Festival mit den glücklichen Weltverbesserern, die sich für die Verständigung der Rassen müdetanzen. Nur eines sieht man auf keinem einzigen der Kamera-Schwenks: einen Schwarzen. Nicht mal einen sogenannten „Mischling“. Man wollte sich seinen Weltfrieden wohl nicht von einer Ladung „Township“-Realität versauen lassen.

ZITATE

***Josef Kraus**, **Direktor** des Maximilian-von-Montgelas-**Gymnasiums** bei Landshut und Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, **beklagt** sich im „Stern“ vom 20. August über die **„Reformitis“** an deutschen Schulen und die Aufweichung des dreigliedrigen Schulsystems:*

„Wenn das Leistungsgefälle in einer Klasse zu groß ist, kann ein Lehrer Wissen nicht mehr ordentlich vermitteln. Die Qualität leidet, wenn in einer Klasse der Hauptschüler mit schwachen Deutschkenntnissen neben dem Spitzengymnasiasten sitzt ... Würde man Abituraufgaben von vor 20 Jahren heute stellen, gäbe es ein Notengemetzel, das bestätigen Kollegen quer durch die Bundesländer. Es würde Fünfer und Sechser hageln.“

*Der Kommentator der „Frankfurter Allgemeinen“ (24. August) hat **wenig Verständnis** für das Gebaren des **Opel**-Betriebsratsvorsitzenden **Klaus Franz**:*

„Nachdem GM nun weiter pokert, spricht Franz von einer Provokation, will vor der amerikanischen Botschaft demonstrieren lassen. Tatsächlich aber ist es Franz, der den Steuerzahler provoziert. Noch hat die Mehrheit der Deutschen nicht verstanden, warum sie Opel mit der Sicherung eines Kredits über 4,5 Milliarden Euro zur Seite springen soll oder Opel überhaupt gerettet werden muss.“

*Die „Neue Zürcher Zeitung“ (25. August) wertet die **Wahlen in Afghanistan** als Erfolg, der zeige, dass die Afghanen an der **Stabilisierung ihres Landes** intensiveren Anteil nehmen, als es pessimistische Medienberichte oftmals vermittelt haben:*

„Die Afghanen dürften sich über die Schwächen der Kandidaten und die Mängel des Prozederes keine Illusionen gemacht haben. Doch sie gaben ihre Stimme auch deswegen ab, weil sie offenkundig nicht wollen, dass ihr Land zur Beute eines Haufens mordlustiger Kriegsherren oder einer Bewegung von intoleranten Puritanern wird.“

*FDP-Chef **Guido Westerwelle** ist genervt, dass ihm die mehrfache geäußerte strikte **Absage** an eine Koalition mit **SPD und Grünen** nicht von allen abgekauft wird:*

„Einige werden wohl erst zufrieden sein, wenn ich das mit Blut an frisch gestrichene Wände schreibe.“

Feuerteufel

Wieder tobten wilde Feuer
in den Hainen vor Athen,
ließen Bäume und Gemäuer
in den Flammen untergehn.

Weh den Nymphen und Dryaden,
tödlich von der Glut bedroht,
weh nicht minder den Najaden,
ausgezehrt von Wassernot!

Doch nicht Zeus mit Donnerkeilen
hat das Element entfacht –
auch in Hellas sind derweilen
fremde Götter an der Macht:

Mammon ist jetzt Herr der Welten,
er verordnet Zweck und Sinn,
und wo seine Regeln gelten,
wird selbst Asche zu Gewinn!

Pannonicus